

Va 382
l





Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71-72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 15. April 1928

Nr. 1

Pos. Ka 382.4



Zum Geleit!

Unser Mitteilungsblatt, das bisher nur in einfachster Form auf einem Viervielfältigungsapparat hergestellt werden konnte, erscheint ab heute in der vorliegenden Gestalt. Es ist nichts Welterstatterndes dies kleine Blättchen. Aber es ist unser Blatt. In aller Stille, kaum bemerkt in dem Wirrwarr des vielgestaltigen öffentlichen Lebens, hat sich unsere Bewegung aus kleinsten Anfängen heraus entwickelt. Die Osterkonferenz 1928, über die an anderer Stelle dieser Nummer noch zu berichten ist, bedeutet einen Wendepunkt in unserer Entwicklung. Dies Auferstehungsheft 1928 wird in unser aller Gedächtnis haften bleiben, bedeutet es doch für unsere junge Bewegung ein Auferstehen aus dem Dunkel, aus dem Nichts. Die Konferenz beschloß einstimmig sich ein Organ zu schaffen, das wir heute erstmalig hinausenden. Wir können voll Stolz erklären: Wir haben es geschafft. Trotz unserer geringfügigen Beiträge können wir heute dank unserer sparsamen Wirtschaft und dank der ehrenamtlichen Tätigkeit unserer Vorstandsmitglieder und Obleute uns aus eigener Kraft ein Organ schaffen.

Unser Blatt soll dazu dienen, unsere Interessen in der Öffentlichkeit wahrzunehmen, ein Band zu schlingen um all unsere Mitglieder und Freunde, alles Wissenswerte unsern Mitgliedern zugänglich zu machen, die Wahrheit zu verbreiten gegenüber Verhegung und Lüge. Dienen wollen wir mit unserm Blatt dem Vaterland und der Wirtschaft und damit uns selbst; denn jeder von uns ist ein Glied der Wirtschaft. Wir sind der Ueberzeugung, daß alle in der Wirtschaft Tätigen organisch mit einander verbunden sein müssen; wir erblicken in der Wirtschaft einen lebendigen Organismus wie auch in jedem einzelnen Werk. Wir setzen uns ein für ein gesundes Verbundensein aller im Werk, in der Wirtschaft, im Volk. Gemeinschaft ausgehend von der Produktion und von der Familie, auf sittlicher Grundlage fußend, erfüllt von Verantwortungsbewußtsein und gegenseitigem Vertrauen: das ist unsere Parole. Das ist unser Ziel. Und an der Verwirklichung dieses Zieles wollen wir alle mitarbeiten. Das haben wir uns gelobt, das werden wir auch halten. Und wir wissen: Wie die Winterstürme weichen müssen dem Wonnemond, wie Eis und Schnee schmelzen müssen vor der sieghaften Sonnenkraft, wie die Natur sich auffauchzend schmückt mit den Farben des Frühlings und sich neu belebt, so werden auch wir Neid und Haß, Mißgunst und Unverständnis überwinden, bis uns endlich leuchtet die Sonne der Erfüllung. Dazu aber Bedarf es der Mitarbeit aller, Unternehmer und Arbeitnehmer. „Heran, heran Gefellen alle!“ Nicht rückwärts geschaut, sondern vorwärts den Blick und aufwärts gerichtet! Es geht voran! Und wenn die Welt voll Teufel wär, es muß uns doch gelingen.

Com.



Ist die Wertsgemeinschaft ein Hirngespinnst?

Von Johannes Wolf, M. d. R.

Auf meinem kürzlich in der „Deutschen Zeitung“ erschienenen Aufsatz „Wertverein — Wertgemeinschaft“ schreibt mir ein Arbeiter, daß die wertgemeinschaftliche Idee wirklichkeitsfremd, ein Luftschloß sei, das sich nie verwirklichen lasse. Vor allem befürchtet er von der Bewegung eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft und darum glaubt er, dieselbe ablehnen zu müssen. Da die über-große Mehrzahl der Arbeitnehmerschaft dieselben Gedanken heute noch vertritt, so dürfte es notwendig sein, die Wertsgemeinschaft näher zu begründen.

Die Wertsgemeinschaft ist insofern der Gegensatz zur bisherigen Organisationsform der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, als diese auf dem Gegensatz zwischen leitender und ausführender Arbeit aufgebaut sind, während die Wertsgemeinschaft die gemeinsamen Interessen als Unterlage für die Organisation benützt. Es ist also die Frage zu stellen: „Gibt es solche gemeinsamen Interessen?“

Ich gehe bei Beantwortung der Frage aus von der Gesamtwirtschaft. Das gesamte deutsche Volk bildet eine Schicksalsgemeinschaft, aus der sich wohl einzelne durch Auswanderung lösen können, allgemein gesehen aber sind wir alle an unser Volk und an den Raum gebunden. Der wirtschaftliche Grund, auf dem wir stehen, ist die Volkswirtschaft, die sich zusammensetzt aus der Gesamtsumme aller Wirtschaftsbetriebe. Die bisherige Einstellung durch die Gewerkschaften ist, die Wirtschaft als die Wirtschaft der anderen, der Arbeitgeber anzusehen, sich selbst aber von dieser Wirtschaft ausgebeutet zu betrachten. Hier muß ich auf eine Bemerkung des Briefes eingehen, wonach ich von den Nöten der Arbeiterschaft wohl keine Ahnung hätte. Ich bemerke dazu, daß ich einer landwirtschaftlichen Tagelöhnerfamilie entstamme, selbst als Landarbeiter, Ziegler und Bauhilfsarbeiter tätig war und daher sehr wohl über Arbeiterfragen mitsprechen kann.

Ich behaupte nun, daß der Arbeiter das erste Interesse an der Erhaltung und Förderung der Wirtschaft hat. Wieso? Bei jedem Rückgang, jedem Stöcken der Wirtschaft werden jene Volksteile von der Wirtschaft abgestoßen, die am lockersten mit ihr zusammenhängen, das sind die Arbeiter, sie verlieren damit für sich und ihre Angehörigen ihre Lebensgrundlage. Hat aber deswegen der einzelne Arbeiter ein besonderes Interesse an dem Betrieb, in dem er beschäftigt ist? —

Innerhalb der Nation führen wir kein Nomadenleben. Wohl findet ein gewisser Wohn- und Betriebswechsel, besonders in den jüngeren Jahren statt. Schließlich aber wird die übergroße Mehrzahl der Arbeiter örtlich und betrieblich sesshaft. Damit gewinnt sie erhöhtes Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung des Wohnortes und des Arbeitsbetriebes. Mit dem Betrieb wird der Arbeiter und seine Familie schicksalsverbunden. Schon in Zeiten allgemeiner guter Wirtschaftslage tritt das für den älteren und schwächeren Arbeiter in Erscheinung. Rißt die Beschäftigung nach, kommt er zur Entlassung, dann findet er nur schwer neue Arbeitsmöglichkeit, seine und seiner Familie Existenz ist gefährdet. In Zeiten schlechter Wirtschaftslage findet bei Entlassung selbst der junge, im Vollbesitz seiner Kräfte stehende Arbeiter nur schwer eine neue Existenz. Die Tatsache der Schicksalsverbundenheit mit dem Betrieb kann demnach von keinem denkenden Arbeiter geleugnet werden.

Wenn aber die Arbeiterschaft in so enger Weise mit der Wirtschaft verbunden ist, dann geht sie einen falschen Weg, wenn sie sich wie bisher gegen die Wirtschaft einstellt, sie muß sich vielmehr zur Wahrnehmung ihrer Interessen für sie einstellen. Die Stelle, an welcher der Arbeiter mit der Wirtschaft verbunden ist, ist der Betrieb. Hier allein kann die organisatorische, erkenntnis- und willensmäßige Bindung erfolgen.

Die Interessen von Arbeitnehmer und Unternehmer fallen zusammen, da es beiden Teilen am besten geht, wenn der Betrieb in vollkommenster Weise ausgenutzt werden kann. In diesem Falle hat der Unternehmer den höchsten Verdienst, die Arbeiterschaft ist gesichert in ihrer Stellung. Trifft diese Vollbeschäftigung auf die ganze Wirtschaft zu, dann haben alle Arbeiter Stellung und Verdienst, der Arbeitslohn steigt, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hebt sich. Jeder Versuch, die Löhne künstlich zu heben, scheitert. Wohl können in einer schlechten Wirtschaftslage einzelne

Erwerbsgruppen ihre Lage verbessern, es geschieht aber auf Kosten entweder der Gesamtheit der Arbeiterschaft oder der Wirtschaft überhaupt, sie sind die Wasserreißer am Baume der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften suchen einseitig durch Lohnsteigerung die Lage der Arbeitnehmer zu heben. Ohne etliche Ertragssteigerung der Wirtschaft oder gar bei deren Rückgang gleicht diese Lohnpolitik dem Versuch, einen Apfel unter drei Personen so zu verteilen, daß jeder einen halben bekommt. Der Streit um den Lohn ist der Kampf um die Verteilung der Wirtschaftsgewinne, gewissermaßen der Ernte. Erst aber muß durch gemeinsame Arbeit die Ernte erzielt sein, ehe sie verteilt werden kann. Die gemeinsame Arbeit ist also das Primäre, der Streit um den Verdienst das Sekundäre. Die Gewerkschaften sind also aufgebaut auf einer untergeordneten, die Wertsgemeinschaften bauen sich auf der übergeordneten Tatsache.

Die Gewerkschaften können künstlich den ziffernmäßigen Lohn in die Höhe treiben, nicht aber den wirklichen, den Reallohn. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Kiel sagte der Hauptredner zum Agrarprogramm Dr. Baade, daß sich in Deutschland seit 1900 die Reallohne langsamer entwickelt haben als vorher.

Nun überlege man: Vor 1900 gab es in Deutschland Gewerkschaften von Bedeutung nicht, auch die Sozialdemokratie war ohne politische Bedeutung. Trotzdem haben sich die Reallohne vor 1900 schneller als nachher gehoben, als die Gewerkschaften bis 3 Millionen Anhänger sammelten und die sozialdemokratische Partei über 100 Abgeordnete aufbrachte. Der Grund für diese Tatsache der Lohnentwicklung ist, daß von 1870 bis 1900 Deutschland eine blühende wirtschaftliche Entwicklung durchmachte, die sich nach 1900 verlangsamte.

Wenn wir aber die ganze Entwicklung in dem ersten Viertel des jetzigen Jahrhunderts nehmen, dann ergibt sich, daß 1926 die Reallohne zurückstanden hinter 1913. In Abzug zu bringen sind aber noch die Erwerbslosen, die 1926 nahezu ein Achtel der Arbeiterschaft ausmachten. Weiter ist zu berücksichtigen, daß auch die Arbeiterschaft ihre Erparnisse verloren hat. Zieht man das alles in Betracht, so kommt man zu dem Schluß, daß die Gesamtlage der Arbeiterschaft sich seit 1900 überhaupt nicht gehoben, sondern verschlechtert hat. In dieser Zeit erlebten wir den Zusammenbruch des Staates und der Wirtschaft und damit auch den Zusammenbruch der Löhne. Hinzu kommt aber, daß die angebliche Macht der Gewerkschaften ausgeglichen wird durch die Macht der Arbeitgeberverbände. Zwar haben die Gewerkschaften ein Plus durch ihren politischen Einfluß, der aber nicht hindert, daß sich die Lohnerhöhungen in Preiserhöhungen umkehren und so nur das Geld entwerten und einen neuen Zusammenbruch unserer Wirtschaft in den Bereich einer neuen Möglichkeit rücken. Nicht vergessen aber darf man, daß der Zusammenbruch der Wirtschaft erfolgte nach 1922, also in der Zeit, als die Gewerkschaften über 10 Millionen Mitglieder zählten, den Reichspräsidenten stellten und auch sonst über die Macht im Staate verfügten.

Die Wertsgemeinschaft hat innerhalb der Arbeiterschaft allgemein mit dem von den Gewerkschaften ausgegrenzten und täglich genährten Mißtrauen zu kämpfen, das auch in dem angezogenen Briefe zum Ausdruck kommt, als stehe sie einseitig im Dienste der Arbeitgeber und suche die Löhne zu drücken. In größeren Umfange konnte sich die wertgemeinschaftliche oder berufsständige Bewegung bisher lediglich in einigen Teilen der Landwirtschaft Geltung verschaffen. Da aber zeigen die Jahrbücher für Statistik von 1924 bis jetzt, daß die von der berufsständigen Bewegung geschaffenen Arbeitsstarke, sowohl in bezug auf Lohnhöhe, wie auf die sonstigen Bestimmungen günstiger für die Arbeiterschaft sind, als die von den Gewerkschaften abgeschlossenen. Zu demselben Ergebnis kommt Dr. Hans Otto Bethke in seinem vor wenigen Wochen herausgegebenen Buche über die Landarbeiterorganisationen in Mecklenburg. Dieser steht auf dem Boden der Gewerkschaften und dürfte wahrscheinlich Sozialdemokrat sein. Er stellt fest, daß in Mecklenburg-Strelitz die berufsständige Bewegung vorherrschte, während in Mecklenburg-Schwerin die Gewerkschaft dominiert. Dann stellt er weiter fest,

daß in Mecklenburg-Strelitz die Löhne höher, die Arbeitsverhältnisse günstiger, die Wohnungen besser sind als in Mecklenburg-Schwerin. Er erhofft einen Zusammenbruch der berufsständischen Bewegung und ein Anwachsen des Landarbeiterverbandes, — wenn die Landwirtschaft so geschwächt ist, daß sie die hohen Löhne nicht mehr zahlen kann und gezwungen ist, Lohnabzüge zu machen und Arbeiter zu entlassen.

Ungemollt hat hier Herr Dr. Bethke die wahre Einstellung der Gewerkschaften enthüllt. Sie brauchen eine schlechte Stellung der Arbeiterschaft, weil sie dann unzufrieden ist und damit Zuflucht zur Gewerkschaft nimmt. So in der Beleuchtung von Dr. Bethke gesehen, bekommt der Kampf der Gewerkschaften gegen die Wirtschaft erst seinen eigentlichen arbeiterfeindlichen Sinn.

Die werksgemeinschaftliche Bewegung kämpft für die deutsche Wirtschaft und damit für die Zukunft des deutschen Arbeiterstandes, für den der Aufstieg oder Zusammenbruch der Wirtschaft den Aufstieg oder Untergang bedeutet.

Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege

Unter diesem Titel hat der Privatdozent an der Universität Halle Dr. Hans Herzfeld im Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig, ein Werk erscheinen lassen, das die weiteste Beachtung verdient. Das Werk ist der Niederschlag des Dolchstoßprozesses in streng sachlicher Bearbeitung. Die Zeugenaussagen sind fast vollständig abgedruckt und weitere wertvolle Dokumente zusammengetragen. Wir kommen auf Einzelheiten des Werkes noch zu sprechen, möchten aber jetzt bereits einige besonders bemerkenswerte Sätze festhalten. „Die revolutionären Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie sind vorhanden und wirksam gewesen, lange ehe das Schicksal des Krieges entschieden war“. „Ohne die fürchtbare

Not des deutschen Volkes wäre der revolutionären Agitation niemals die Ueberwindung des Geistes von 1914 geglückt; ohne die bewußte Art des revolutionären Treibens wäre der Uebergang der passiven Anzufriedenheit und Gärung im Volke zu bewußter Auflehnung gegen den nationalen Existenzkampf in keinem Falle denkbar“.

„Der Versailler Friede ist in seiner ganzen Furchtbarkeit erst durch die Revolution möglich geworden, die Deutschland alle Waffen, die physischen, wie die moralischen, aus der Hand schlug, und im Lager des Gegners alle Stimmen bedenklicher Mäßigung erstickte, weil sie auf keinen Feind mehr hinweisen konnten, dessen Dasein den Siegern Achtung einzulößen vermochte“.

Aus der Bewegung.

Bericht über die Osterkonferenz der Arbeitnehmer-Vereinigung in Halle.

Ostermontag fand eine gut besuchte Konferenz der Vorstände und Obleute im „Coburger Hofbräu“ zu Halle statt. 25 Vertreter von nahezu ebensoviel Gruppen waren erschienen. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die vom Vorstand vorgeschlagene Erweiterung des Mitteilungsblattes. Es wurde einstimmig beschlossen, das Mitteilungsblatt in der vorliegenden Gestalt als Organ der Vereinigung herauszugeben. Es soll nach Bedarf, möglichst aber 1 mal im Monat erscheinen. Als verantwortlicher Schriftleiter wurde Kamerad Heinrich Schlüter-Canena bestimmt. Es wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß alle Gruppen sich rege an der Belieferung mit Material, Versammlungsberichten, Voranzeigen usw. beteiligen. Als Termin für die Hauptversammlung wurde der 15. Juli 1928 festgesetzt. Die Hauptversammlung soll verbunden werden mit einer großen Kundgebung. Als Ort der Tagung ist Merseburg in Aussicht genommen. Die Vorbereitung liegt in den Händen der Gruppe Beuna. Eine rege Aussprache entspann sich über die Frage der Werksparkassen. Es wurde beschlossen, sobald als möglich mit den Vertretern der einzelnen Werke hierüber und andere wichtige Fragen Verhandlungen herbeizuführen.

Ueber die Betriebsratswahlen wurde, soweit solche bereits stattgefunden haben, von den einzelnen Vertretern Bericht erstattet. Es gelang überall Vertreter in die Betriebsräte hinein zu wählen. Diese erfreuliche Tatsache wurde vom Vorstand gebührend anerkannt. Aus verschiedenen Vorkommissionen wurden entsprechende Lehren gezogen, die als besondere Anweisungen den einzelnen Gruppen noch zugeleitet werden.

Beschlossen wurde der Ausbau der bestehenden Frauen- und Jugendgruppen. Kamerad Quersfurt (Beuna) machte hierzu sehr beachtliche Ausführungen.

Besprochen wurden ferner die nicht verstummenden allgemeinen Klagen über die Knappschast. Im Revier Halle ist es, wie von mehreren Seiten betont wurde, besonders die Gemeinlast, die als höchst ungerecht empfunden wird. Die allgemeine Unzufriedenheit fand ihren Niederschlag in einer Entschliezung, deren Wortlaut wir nachstehend veröffentlichen. Die einstimmig gefaßte Entschliezung soll umgehend dem Herrn Reichsarbeitsminister eingereicht werden.

Die Stellung zu den kommenden Wahlen wurde in reger Aussprache geklärt. Kamerad Steindorf als Vorsitzender gab eine grundsätzliche Stellungnahme bekannt, wie sie unserm ganzen Aufbau und unsern Zielen entspricht. Es wurde Uebereinstimmung erzielt dahin-



Werbt für den Besuch der Tagung in Merseburg!



gehend, daß es selbstverständliche Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, seine Stimme abzugeben und zwar einer Partei, von der wir eine Rettung unseres Vaterlandes aus Not und Unfreiheit erwarten und erhoffen. Dies kann niemals eine Partei sein, die von der „Internationale“ ihr Heil erhofft. Deshalb keine Stimme der Sozialdemokratie oder den Kommunisten!

Unter Verschiedenes wurde bekannt gegeben, daß mehrere bisher noch abseits stehende Gruppen ihren Beitritt zur Arbeitnehmer-Vereinigung angemeldet haben, was allseitig freudig begrüßt wurde.

Der Vorsitzende dankte zum Schluß allen Delegierten für ihre treue Mitarbeit und schloß gegen 2 Uhr die Konferenz mit einem bergmännischen Glückauf!

Entschliebung:

Im Namen vieler Bergarbeiter einer großen Anzahl Gruben der Reviere Halle, Borna und Meuselwitz bringt die Arbeitnehmer-Vereinigung dem Herrn Reichsarbeitsminister zum Ausdruck, daß in den Belegschaften eine außerordentliche Mißstimmung über die derzeitige Höhe der Knappschaftsbeiträge herrscht. Wir erklären unumwunden, daß es lange so nicht weiter gehen kann, und verlangen, daß der Herr Reichsarbeitsminister endlich geschweigerische Maßnahmen vorschlägt, die erträgliche Beitragshöhen für die knappschaftliche Versicherung bewirken.

Die Beiträge sind für uns durch die Abschaffung der Parität ins Ungemessene gewachsen. Wir sehen nicht ein, daß beim Vorhandensein eines Arbeitervertrauensmannes auf Arbeiterseite auch noch eine Stimmenmehrheit liegen muß. Wir fordern daher Wiedereinführung der Parität in der Beitragsleistung und in dem Stimmenverhältnis.

Wir halten es ferner für erforderlich, daß die zurzeit gewährten Leistungen nachgeprüft und die Bestimmungen hierüber einer Revision unterzogen werden. Solange ein Arbeitnehmer noch in der Lage ist, zu arbeiten und seinen Lebensunterhalt sich zu erwerben, besteht keinerlei Veranlassung ihm Ansprüche auf Pensionen zuzuerkennen. Erst wenn die Arbeitsunfähigkeit eintritt, muß nach unserer Ansicht der Bergmann gut und ausreichend, jedenfalls besser als früher versorgt werden. Bis dahin jedoch haben seine Ansprüche zu ruhen. Dementsprechend verlangen wir eine Revision des Reichsknappschaftsgesetzes.

Werksgemeinschaft „Pfännerhall“ bei Merseburg. Im vollbesetzten Kasino des Werksgasthofes, tagte am 18. März 1928 die Monatsversammlung, mit folgender Tagesordnung:

1. Verlesen der letzten Niederschrift.
2. Entlastung des Kassierers.
3. Verschiedenes.

Nach Erledigung der beiden ersten Punkte entspann sich zu Punkt 3 eine rege Aussprache über Verbesserungen in der Werksgemeinschaft. Anschließend erstattete Kamerad Schmidt einen kurzen Bericht über den Verlauf des Rednerkurzes in Kl. Wangen. Auf allgemeinen Wunsch, hielt er dann einen Vortrag über das Thema „Sozialdemokratie und Beamtentum“. Die Ausführungen, wurden von allen Anwesenden hauptsächlich von den zahlreich erschienenen Beamten und Angestellten mit starkem Beifall aufgenommen. Dann

verlas Kamerad Bentzenstein eine Rede des Reichstagsabgeordneten Leopold über das Knappschaftsgesetz. Auch hier wurde mit Beifall nicht gespart. Nach reichlicher Aussprache über die verlesene Rede des Herrn Leopold wurde die Versammlung mit einem kräftigen Glück auf! geschlossen.

Arbeitnehmer-Vereinigung der Bonnaer Kohlenwerke. Am 6. April hielt die Arbeitnehmer-Vereinigung der Bonnaer Kohlenwerke nachm. 5 Uhr im Gasthof „Wünsche“ ihre Mitgliederversammlung ab, die den Umständen gemäß gut besucht war. Nachdem vorher die fälligen und rückständigen Monatssteuern einfließt waren, eröffnete der erste Vorsitzende die Versammlung mit einer kurzen Begrüßung.

Zur Tagesordnung beschloß die Versammlung zu Punkt 1: Für die bevorstehende Betriebsratswahl wird die Werksgemeinschaft eine eigene Vorschlagsliste einreichen. Die Kandidatenliste ist dieselbe, wie im vergangenen Jahr. Punkt 2: Der Beschluß vom 30. 11. 1925, wonach an abtretende Mitglieder die Kapitalsanlage nur am Schluß des Wirtschaftsjahres ausgezahlt werden sollte, wird aufgehoben und statt dessen neu beschloffen, Sparguthaben, wie auch Kapitalsanlage an abtretende Mitglieder 4 Wochen nach erfolgter Abkehr zu zahlen. Mitglieder, die ein halbes Jahr und länger mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, verlieren für diese Zeit ihre Anrechte an die Kapitalsanlage. Die sich auf diese Weise

ergebenden Summen werden dem Wohlfahrtsfond der Werksgemeinschaft zugeführt. Punkt 3: Kamerad Querturth hielt einen Vortrag über Jugendpflege. Der Vortrag wurde begeistert aufgenommen. Punkt 4: Es soll versucht werden, auch im Sommer (am 1. Juli) Mitglieder aufzunehmen. Die Vorarbeiten sollen so schnell als möglich in Angriff genommen werden. Punkt 5: Wahl der Delegierten für auswärtige Tagungen. Die Wahl fiel auf Kamerad Ritter. Schluß der Versammlung 7,45 Uhr.

Vortragskalender.

Halle, Haus d. Landwirte, Donnerstag, den 19. 4., abends 8 Uhr, geschlossene Versammlung, Redner Barts.

Kohbach, Kantine, Mittwoch, den 18. 4., abends 8 Uhr, Vortrag: Das Werk als Organismus.

Canena, Werkstantine, Dienstag, 24. 4., abends 8 Uhr, letzter Vortrag der volkswirtschaftlichen Reihe.

Borna, Börjehalle, Dienstag, 24. 4., abends 8 Uhr, geschlossene Versammlung, Redner Barts.

Streckau, Gasthof Voigt, Mittwoch, den 25. 4., abends 8 Uhr, geschlossene Versammlung, Redner Dr. Elze.

Braunsdorf, Werksgasthof, Donnerstag, den 26. 4., abends 8 Uhr, geschlossene Versammlung, Redner Barts.

Kierisch, Gasthof zur Post, Freitag, den 27. 4., abends 8 Uhr, geschlossene Versammlung, Redner Barts.

Regis Breitingen, Gasthof Franke, Sonnabend, 28. 4., abds. 8 Uhr, geschlossene Versammlung, Redner Dr. Elze.

Werbt neue Mitglieder

und Leser!

Sorgt für

weiteste Verbreitung

dieses Blattes!

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena. — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 1. Mai 1928

Nr. 2

Der Kampf um den Wirtschaftsfrieden.

Die wirtschaftsfriedliche Idee gewinnt von Tag zu Tag mehr Anhänger. In dem gleichen Maße, wie der Klassenkampf immer radikalere Formen annimmt und politischen Zwecken dienstbar gemacht wird, macht sich allenthalben die Sehnsucht bemerkbar, wieder zu vernünftiger Wirtschaftsgebarung zurückzukehren. Man beginnt in allen Kreisen, im Lager der Unternehmer und Arbeitnehmer die furchtbaren Folgen zu erkennen, die der unentwegte Klassenkampfgedanke gezeitigt hat. Namhafte Kreise der Wissenschaft, Praktiker des Arbeitsrechts, Politiker aller Schattierungen, Vertreter der mannigfachen Organisationen kurz, die Öffentlichkeit beschäftigt sich seit einiger Zeit ernsthaft und lebhaft mit der Frage: Hat nicht in der Tat der unentwegte Klassenkampfgedanke den für den Bestand eines Staatswesens unentbehrlichen Gemeinschaftsgeist in Volk und Wirtschaft untergraben?

Alle begreifliche Hege materiell interessierter Kreise vermag den Vormarsch der Vernunft nicht aufzuhalten. Die furchtbare wirtschaftliche und volkliche Not des deutschen Volkes hat uns die Augen geöffnet. Schlagworte der Straße haben ihre Zugkraft verloren. Die eindringlichen und wohlgemeinten Mahnungen und Warnungen ernsthafter Männer in Wort und Schrift haben ihren Eindruck nicht verfehlt. Die Arbeiterschaft ist sehend geworden und hat es endlich satt, sich am Nasenring hin- und herzerren und sich politische Schnurpfeiereien vormachen zu lassen. Sie versagt den bramarbasierenden Klassenkampf-Interessenvertretern die Gefolgschaft. Wo ist die vielgerühmte Freiheit geblieben, von der man einst soviel Gerede machte? Wo ist das Paradies, das man unseren Vätern vorgaukelte, geblieben? Wo ist die neue Zeit, von der man uns Wunderdinge erzählt hat?

Diese furchtbar anklagenden Fragen wollen nicht mehr verstummen, immer lauter entringen sie sich der gequälten Brust deutscher Menschen, und immer klarer beginnt man zu erkennen: Wir sind betrogen worden, verraten und verkauft. All das schöne Gerede war Hirngepöhl, und nur den Schönrednern selbst ist geholfen worden, d. h. sie haben sich geholfen. Zehn lange Jahre sind dahin seit dem Zusammenbruch. Vorbei ist der Taumel mit all seinem Zauber, nur die Erkenntnis ist geblieben; die Erkenntnis, daß wir aus einem wüsten Traum erwacht sind und nun der rauhen Wirklichkeit gegenüberstehen. Mit dieser Erkenntnis aber wächst der Wille, den alten Schutt fortzuräumen und Neues aufzubauen, neues Leben aus den Ruinen erstehen zu lassen. Wir

wollen Gemeinschaft im Volk, Gemeinschaft in der Wirtschaft. Es wird noch manchen Kampf und manche Auseinandersetzung kosten, hüben wie drüben, beim Unternehmer wie beim Arbeitnehmer. Aber die Not hat sich allezeit als die beste Lehrmeisterin erwiesen.

Den besten Beweis dafür bietet

die Entwicklung zum Wirtschaftsfrieden in England. Der englische Bergarbeiterstreik vom Jahre 1926, der der nahezu einhalbes Jahr gedauert hat, hatte mit einer furchtbaren Niederlage der Arbeiterschaft geendigt, wie sie wohl in der Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt ohne Beispiel ist. Das Ergebnis des Streiks war eine Heraufsetzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde und eine Senkung der Löhne. Das war der „Erfolg“ des radikalen und unentwegten Klassenkämpfers Cook. Dieser Streik brachte in England die Wendung zur Vernunft. Wirtschaftsfriedliche Gedanken beginnen sich durchzusetzen. Und zwar sind es nicht Unternehmerkreise, die den Anstoß dazu gaben, wie unsere Klassenkampfpresse lügnerisch vorzutäuschen sucht unter der Rubrik: „Die Industrie braucht Dumme“, sondern es sind die Arbeiter, die den ersten Schritt tun.

Der Sozialdemokrat Max Schippel, Professor in Dresden, berichtet darüber in den Sozialistischen Monatsheften 1927/II Seite 971 ff:

„Die politische Organisation der englischen Arbeiter war sogar auf dem neuen Weg eigentlich vorangegangen. Der Sekretär der Labour Party Arthur Henderson hatte schon am 11. Januar 1927 in seiner Rede in Falkirk empfohlen, durch den Sprecher des Parlaments eine Spitzkonferenz von Arbeitgebern und Gewerkschaftsverbänden einberufen zu lassen, um von der gesamten Lage der Produktion ausgehend zu erwägen, ob sich nicht bessere Verständigungswege für Kapital und Arbeit eröffnen ließen. In kurz vorher gehaltener Rede hatte Henderson ausdrücklich an das „große Projekt“ unter der Koalitionsregierung von 1919 angeknüpft; mit dem Hinzufügen, daß bei Erfüllung der damaligen Arbeitsgemeinschaftsbeschlüsse „Die tragischen Vorgänge der jüngsten Zeit nicht hätten zu sein brauchen.“ Als Henderson am 6. Januar zu seinen Wählern in Burnley sprach, klang aus der Rede sogar der Vorwurf heraus, daß der Radikalismus mit seiner Ablehnung erst der Beschlüsse von 1919, dann der Vorschläge der Sankeymmission und zuletzt wieder der Sammelkommission im Kohlenrubenkonflikt jedesmal eine Wendung zumungunsten der Position der Arbeiter herbeigeführt habe. Oder wie wir nach unserer Sprechweise in Deutschland sagen würden: Daß unter dem Feldgeschrei des schärferen Klassenkampfes die Stellung der Arbeiter unwiederbringlich geschwächt worden sei. Speziell zum letzten Bergarbeiter- und ungewollten Generalsstreik sagte Henderson in Burnley:

Von Anbeginn an war ich überzeugt, daß im Rahmen des Ausschussberichts viel für die Gesundung der Bergbauproduktion getan werden konnte, und das Unheil (Der Streik d. Arb.) brauchte nicht hereinzubrechen, wenn man im Sinn der Kommission an die

Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern und an die Rationalisierung der Organisation und Technik der Industrie herangegangen wäre. Diesen Weg wollte man nicht, man schob Löhne und Arbeitszeiten in den Vordergrund und die weit mehr durchschlagenden Fragen der Rationalisierung, der Verschmelzung und der Verkaufsorganisation traten zurück.

Auch Mac Donald, der bekannte Arbeiterführer und ehemalige englische Ministerpräsident will von den bisherigen Klassenkampfmethoden nichts mehr wissen. „Er verspottet in drastischer, an Hohn kaum zu überbietender Weise erst kürzlich wieder die Taktik“ nämlich der Klassenkämpfer. „In einer Rede am 1. Februar wandte Mac Donald diese Auffassung auf die wirtschaftlich-sozialen Konflikte an. England habe keine Zukunft, wenn es keine innere Abriistung zu finden wisse. Lassen Sie uns zu einer neuen Entwicklungsschnitt gelangen! (von uns gesperrt. Die Red.)

Hinweise, auf diese Vorgänge sucht man in unserer Antzspresse vergebens. Diese Herrschaften werden sich auch schön hüten, ihre treu behüteten Schäflein könnten sonst ja irre werden an der alleinseligmachenden Idee des Klassenkampfes. Sowa ist nur in dem Lande der Dichter und Denker möglich, der englische Arbeiter denkt da viel nüchterner und realpolitischer. Er ist ein Wirklichkeitsmensch und schert sich den Teufel um Internationale und sonstigen faulen Zauber. „Unsere Kohlenwirtschaft ist krank, überfrant; Deutschland hat sich während des verdammten Streiks einen Teil des Weltkohlenmarktes zurückerobert, o wir Dummköpfe. Deshalb müssen wir sehen, daß wir

unter allen Umständen und mit allen Mitteln unsere englische Kohlenwirtschaft wieder flott machen. Mit Streik und Klassenkampf geht es nicht, das haben wir ja nun gelernt. Also müssen wir innerlich abriisten, d. h. zu einer wirtschaftsfriedlichen Regelung mit den Unternehmern kommen. Nicht wegen der schönen Augen der Unternehmer, sondern aus Selbsterhaltungstrieb, aus Gründen der Produktion und der Wirtschaft. Sonst gehen wir alle miteinander vor die Hunde und den Gefallen wollen wir den Deutschen nicht tun.“

So denkt heute der englische Bergmann, und sein Gedankengang ist richtig, weil er national ist. Alles andere ist dummes Geschwätz. Damit lockt man keinen Hund hinterm Ofen vor. Sollen wir warten, bis durch das Zusammenwirken der englischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die englische Kohlenwirtschaft wieder auf die Höhe gebracht ist und wir in Deutschland wieder das Nachsehen haben, also die Dummen sind? Ja, das möchten wohl unser Klassenkämpfer; daß sie damit die Geschäfte der internationalen Kapitalisten besorgen, kommt ihnen wohl gar nicht zum Bewußtsein. Aber sie sollen die Rechnung ohne die vernünftige deutsche Arbeiterschaft gemacht haben. Die ist aufgewacht und setzt sich auch bei uns ein für Wirtschaftsvernunft und Wirtschaftsfrieden, für Verständigung mit dem deutschen Unternehmertum, weil sie weiß, daß nur auf diese Weise die nationale Wirtschaft wiederhergestellt werden kann. Die Wertgemeinschaft marschiert!

Immer wieder die Knappschafft.

In der letzten Nummer dieses Blattes haben wir eine Entschließung zur Knappschafft veröffentlicht, die die Osterkonferenz gefaßt hat. Inzwischen sind uns eine große Menge Zuschriften zugegangen, die uns ihre Zustimmung zu diesem Entschluß mitteilen und uns bitten, auf diesem Wege fortzufahren und uns dafür einzusetzen, daß endlich eine Abstellung der vielfachen Härten im Reichsknappschafftsgesetz erreicht wird.

Wir entsprechen dieser Anregung und veröffentlichen nachstehend auszugsweise die Ausführungen, die der bekannte Reichstagsabgeordnete Leopold (Deutschnational) vor einigen Wochen zum Etat des Reichsarbeitsministers im Reichstag gemacht hat. Herr Leopold gehört zu den Wenigen, die immer wieder im Reichstag und in der Öffentlichkeit auf die unerträglichen Lasten der Knappschafft hingewiesen und sich für Erleichterungen und Verbesserungen eingesetzt haben:

Meine Damen und Herren! Es bereitet sicherlich kein großes Vergnügen, in Zeiten politischer Hochspannung vor leerem Hause zu sprechen. Trotzdem bin ich dazu gezwungen, weil Frau Abgeordnete Schröder (Schleswig-Holstein) bezüglich des Knappschafftsgesetzes hier Bemerkungen gemacht hat, die nicht unwidersprochen ins Land gehen dürfen. Sie hat gemeint, daß die hohen Beiträge weder für die Werke noch für die Bergarbeiter und Bergbauangestellten drückend seien.

Ich bin der Meinung, und habe schon seinerzeit im Ausschuß darauf hingewiesen, daß auf 7- bis 800000 Menschen eine Sozialversicherung wie das Knappschafftsgesetz mit so weitgehenden Leistungen praktisch gar nicht aufgebaut werden durfte, daß das versicherungstechnisch eine Unmöglichkeit war. Daß man den Versuch trotzdem wagte, hat die Folgen gezeitigt, die wir heute vor uns sehen. Die Folgen sind allerdings ganz außerordentlich betrüblich, so daß man für die Zukunft des Knappschafftswesens ernstlich besorgt sein muß.

Es ist nicht uninteressant, die Verhältnisse im Reichsknappschafftsverein zu betrachten, die sich ja insofern ver-

schoben haben, als nicht mehr die bösen Arbeitgeber dort die Führung besitzen, sondern der rote Bergarbeiterverband. Wenn ich an die Tarifverhandlung denke, die jetzt zwischen Angestelltenorganisationen und eben diesem Bergarbeiterverband durchgeführt werden, dann empfinde ich eine kleine, stille Schadenfreude, die mir von Herrn Viktor auch als berechtigt zugestanden worden ist. Was da zwischen eben diesem Herrn und etwa Herrn Frommholz, dem Kollegen des Herrn Ziegler, den Herren vom D. S. V. und anderen Organisationsvertretern gesprochen wird, ist nämlich so, daß, wenn ich es sagte, Frau Schroeder gewiß sagen würde: das ist der Blutsauger, das ist der Lohndrücker. Denn es ist dort zum Ausdruck gebracht worden, daß die Forderungen, die gestellt würden, untragbar seien, daß die Zukunft des Knappschafftsvereins gefährdet sei, daß also die Forderungen unter keinen Umständen erfüllt werden könnten. Dabei handelt es sich bloß darum, neue durchzuführen.

Die Beiträge in der Knappschafft sind zu hoch. Sie haben nicht bloß, wie der Herr Reichsarbeitsminister meinte, bereits die Grenze des Erträglichen erreicht, sondern sie haben sie weit überschritten. Es ist nicht uninteressant, in dieser Verbindung darauf aufmerksam zu machen, daß einige Knappschafftsältesten, die durchgängig Sozialisten sind, an den Vorstand der Bezirksknappschafft Halle-Altenburg Eingaben gerichtet haben, in denen folgende Forderungen präzisiert sind:

Sofortiger Abbau der Knappschafftsbeiträge auf ein erträgliches Maß;

Anpassung der Knappschafftslasten an das Leistungsvermögen der zahlenden Mitglieder;

Größte Sparsamkeit in der Verwaltung durch gute Verwaltungsorganisation;

Abbau aller nicht unbedingt erforderlichen Kosten, auch der Vertrauensmänner — dabei Dreifünftelmehrheit nicht nötig —.

Ferner: Anpassung der Gehälter der Knappschaftsbeamten an die im Bergbau gezahlten Gehälter bei gleichen Leistungen.

Wiederherstellung der Beitragsleistungen zu gleichen Teilen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Diese letzte Forderung ist begreiflich, wenn man bedenkt, daß durch eine solche Wiederherstellung eine Verbilligung der Beiträge für die Arbeiter und Angestellten in Frage kommen würde.

Ich darf Ihnen im übrigen folgende Ziffern nennen. In einem eng begrenzten Bezirk des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus haben die Arbeitnehmerbeiträge im ersten Vierteljahr 1926 im ganzen 764675 Reichsmark betragen. Im ersten Vierteljahr 1927 haben sie die Summe von 1339290 Reichsmark erreicht.

Die Arbeitgeberbeiträge haben während dieser Zeit eine Steigerung von 996458 auf 1264800 Reichsmark erfahren, sind also weniger gestiegen als die Beiträge der Arbeitnehmer. Es ist deswegen nicht besonders verwunderlich, daß trotz zweifacher Lohnerhöhungen der Reallohn im Anfang des Jahres 1927 geringer war als vor dem 1. Juli 1926.

Infolgedessen darf ich — nicht mit Genugtuung, aber doch immerhin mit dem Bewußtsein, Ihnen damals im Reichstag nichts Falsches gesagt zu haben — auf einen Absatz der Darlegungen verweisen, die ich bei Verabschiedung des Reichsknappschaftsgesetzes von dieser Stelle gemacht habe. Ich sagte damals:

Weil wir verhüten wollen, daß dieses neue Gesetz sich nicht wiederum zum Schaden der Beteiligten auswirkt, daß dieses Gesetz auf der einen Seite einen Lohndruck, eine Unzufriedenheit in den Kreisen der Arbeiterschaft auslöst und das Verhältnis zwischen den Unternehmern und den Vertretern der Versicherten vielleicht noch mehr erschwert als im Augenblick usw. usw.

Habe ich mit diesen Darlegungen recht oder unrecht behalten? Herr Aufhäuser, ich glaube, ihr Lachen gibt mir Bestätigung, ich danke Ihnen dafür.

— Nun, wenn Herr Aufhäuser seine Zustimmung gibt, so will das, glaube ich, in Ihrer Faktion doch einiges bedeuten.

Es ist wenigstens gut, daß der § 132, der übrigens wider die Meinung des Referenten des Reichsarbeitsministeriums in dieses Gesetz hineingekommen ist, dem gegenwärtigen Reichsknappschaftsverein die Möglichkeit gibt, die Leistungen zu mindern bzw. die Beiträge zu erhöhen. Nur soll man, Herr Ministerialdirektor Grieser, von diesem Paragraphen keinen Gebrauch machen, der meines Erachtens weder mit seinem Inhalt noch mit seinem Zweck noch auch mit Bestimmungen des Gesetzes recht in Einklang zu bringen ist. Wenn man hört, daß den alten Angestelltenpensionären, die bereits vor dem 1. Juli 1926 eine Rente bezogen, die Rente mit Bezug auf § 132 jetzt nachträglich gekürzt wird, weil man weiß, daß gerade diese Renten die Angestelltenpensionskasse besonders belasten, so bin ich persönlich der Meinung, daß solche Maßnahmen mit den Bestimmungen des § 132 unmöglich gemeint gewesen sind. Er sollte nur zum Ausdruck bringen, daß die allgemeinen Sätze der Leistungen gemindert oder die Beiträge erhöht werden könnten, daß aber nicht zu Lasten einer einzelnen Gruppe eine Leistung gemindert werden sollte, die im § 147 eine klar umrissene Regelung gefunden hat.

Damit bin ich bei den Bergbauangestellten angelangt, die von diesem Gesetz in besonders schwerer Art betroffen sind. Ihre Beiträge können schlechtthin als unerträglich bezeichnet werden. Mein Freund Haeden-

kamp hat bereits gelegentlich der Generaldebatte auf den Monatsbeitrag eines mittleren Obersteigers hingewiesen, der im zweiten Vierteljahr 1926, also vor Erlass des Reichsknappschaftsgesetzes 27,68 Mark betrug, nach seinem Erlass dagegen 46,52 Mark, durch das neue Gesetz also beinahe eine Verdoppelung erfuhr. Es gibt Knappschaftsbezirksvereine, wo Angestellte wegen der Bestimmung, daß die Beiträge nach der Höchstgrenze der Angestelltengehaltgruppen abgestuft sein sollen, beinahe 20 Prozent ihres Gehalts an Beiträgen abführen. Das sind Beiträge, die von den Betreffenden nicht anders als eine Last empfunden werden können, denn sie haben nichts anderes zur Folge als eine Einschränkung der Lebensmöglichkeiten der davon betroffenen Gruppen.

So glaube ich sagen zu dürfen, daß in allererster Linie für die Angestellten eine Aenderung der gegenwärtigen Zustände eintreten muß.

Unter den Angestellten aber sind wiederum am schärfsten betroffen die kaufmännischen, die in der übrigen Industrie und Wirtschaft die billige Versicherung der Angestelltenversicherungsanstalt haben und mit ihr und ihren Leistungen allzu leicht Vergleiche anzustellen geneigt sind. Wir haben seinerzeit gefordert, daß die Hauptverwaltungen, die getrennt von den Betrieben liegen, weil sie vor allem kaufmännische Angestellte haben, die viel wechseln zwischen kaufmännischen Verwaltungen oder Kaufmannsgeschäften aller Art, vom Knappschaftsgesetz nicht betroffen sein sollten. Leider sind unsere dahin gegangenen Anregungen vergeblich gewesen. Heute beobachten wir, daß alle kaufmännischen Angestellten aus allen Verwaltungsabteilungen der Betriebe den dringenden Wunsch haben, aus dem Knappschaftsverein herauszukommen, eine Folge, die sicherlich in diesem Hause keiner beabsichtigt hat, der gegen unsere Anträge Stellung genommen hat. Wie konnte es aber schließlich auch anders kommen, wenn ich Ihnen folgende Zahlen nenne:

Ein Angestellter über Tage, der bekanntlich bis zum 65. Lebensjahre steuern muß, ehe er eine Invalidenrente bezieht, zahlt in der Zeit vom 16. bis zum 65. Jahre unter der Voraussetzung, daß er den normalen Lauf in seinem Berufe durchgemacht hat, im ganzen 31368 Mark Beiträge. Ein technischer Angestellter, der bereits vom 50. Lebensjahre an eine Altersrente zu beziehen das Recht hat, zahlt vom 16. bis zum 50. Lebensjahre 23376 Mark und erhält, falls er das 65. Lebensjahr erreicht, vom 50. bis zum 65. Jahre 40563 zurück, hat also aus der Knappschaft — alles ohne Zins und Zinseszins berechnet — ein Realeinkommen von 17000 Mark, während der kaufmännische Angestellte bis zu diesem Tage einen Betrag von rund 32000 Mark zugesteuert hat.

— Immer unter der Voraussetzung, Herr Janscheck, daß er nicht Invalide geworden ist. Bedenken Sie aber weiter, daß in der Angestelltenversicherung die Beiträge relativ erheblich niedriger, die Leistungen relativ höher gelegen sind.

Mein Kollege Lambach und ich haben unter Nr. 3489 vor allen aus diesen für die kaufmännischen Angestellten unerträglich gewordenen Verhältnissen heraus den Antrag gestellt, die §§ 49 und 50 einer gewissen Aenderung zu unterziehen. Ich beantrage, diesen Antrag dem Sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. Wir erhoffen uns von der Beratung dieses Antrags, daß das Problem der Angestelltenversicherung in der Knappschaft endlich einmal in seiner breiten Fülle und grundsätzlichen Bedeutung aufgerollt wird. Wir sind der Meinung, daß die Reichsregierung in dieser Beziehung schon viel zu lange gezügelt hat. Die Nöte und Schäden, die aus seiner Verzögerung in den Angestelltenkreisen, vorzüglich aber auch in den



Kreisen des Bergbaus, in der Zwischenzeit entstanden sind, sind außerordentlich groß. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, hier früher einzugreifen und nicht auf Grund

eines Paragraphen, den man ursprünglich selbst nicht gebilligt hat, die Beteiligten ihrer eigenen Entscheidung zu überlassen.

Karl Marx als Schrittmacher des Kapitalismus.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß auf dem Kongreß der internationalen Sozialisten in Hamburg im Jahre 1923 der amerikanische Delegierte Viktor Berger einen Vorstoß gegen die Lüge von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands und gegen die Reparationszahlungen Deutschlands gemacht hat. Bekannt ist ferner, daß man sich von deutscher sozialistischer Seite gegen diesen Vorstoß zur Wehr gesetzt hat unter der Begründung, ein solcher Bericht könnte der deutschen sozialdemokratischen Partei schädlich sein. Diese Partei hätte die Schuld am Kriege und die Pflicht Reparationen zu leisten angenommen. So zu lesen in der amerikanischen sozialistischen Zeitung Milwaukee Herald vom 13. 10. 23.

Es ist ferner bekannt, daß auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Marseille im August 1925 derselbe Viktor Berger den Antrag gestellt hat, den Vertrag von Versailles zu revidieren. Auch ein Delegierter aus Schottland verlangte die Revision der Friedensverträge und des Dawesplanes. Weniger bekannt dürfte es sein, daß auch diesmal die deutschen Delegierten sich dagegen gewandt haben. Aber das ist doch unmöglich und nicht zu glauben, daß die sogenannten Vertreter der arbeitenden Schichten sich derart gegen die Interessen gerade dieser Schichten gewandt haben sollen. Man sollte es weiß Gott nicht für möglich halten, aber es ist in der Tat so. Wir sind in der angenehmen Lage einen einwandfreien Zeugen zu bringen, es ist der „Vorwärts“ das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ selbst. In seiner Ausgabe Nr. 406 vom 28. 8. 1925 berichtet der „Vorwärts“:

„In seinen weiteren Ausführungen in der gestrigen Sitzung des Kongresses polemisierte Breitscheid wirkungsvoll gegen den dilettantischen Vorstoß Viktor Bergers (Amerika) in der Kommission, wo er sofortige Revision der Friedensverträge gefordert hatte.“

Des weiteren schreibt der „Vorwärts“ in Nr. 403 vom 27. 8. 1925:

Darauf hielt ein schottischer Delegierter eine Rede, die einiges Aufsehen erregte und im Zusammenhang mit jenem Zwischenfall in der Kommission für die Arbeitslosenfrage stand, über den bereits berichtet wurde. Der Redner empfahl die Annahme eines Zusatzantrages, der als weitere Ursache der Arbeitslosigkeit die Reparations- und Kriegsschulden an Amerika bezeichnet und die Revision der Friedensverträge und des Dawesplanes (von uns gesperrt. Die Red.) sowie die Streichung der interalliierten Schulden fordert. Diese vom englischen Arbeiterstandpunkt begrifflichen radikalen Vorschläge stehen allerdings in einem gewissen Widerspruch zu der realpolitischen Einstellung der sozialistischen Internationale in außenpolitischen Fragen.“ (von uns gesperrt. Die Red.)

„Dilettantischen Vorstoß“ nennt der „Vorwärts“ eine Aktion zu gunsten der deutschen Arbeiterschaft und die Internationale ist „realpolitisch“ eingestellt! Aha, jetzt wissen wirs ja. Bedanke dich auch schön, deutscher Arbeiter, bei der Sozialdemokratie Deutschlands und der Internationale, die „des Menschen Recht erkämpft“, nur nicht, wenns um den Geldbeutel geht. Nanu? Ja Kumpel, das verstehst Du wieder nicht. Deshalb wollen wir ein wenig nachhelfen.

Wir lesen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ — ein reaktionäres Blatt natürlich — Nr. 62/63 vom 7. 2. 1925:

In den beim Landgericht I schwebenden Prozesse wegen der obenerwähnten Abschlüsse über 50 Eisenbahnwagen Butter kam natürlich ebenfalls der Verdacht einer unzulässigen Beeinflussung auf und wurde von dem Vertreter Barmats mit der Erklärung zurückgewiesen, daß die beteiligten höheren deutschen Beamten persönlich keine Vorteile von dem außerordentlichen hohen Gewinn Barmats hätten, daß vielmehr ein Teil dieser Gewinne an die sozialdemokratische Parteikasse Deutschlands und ein anderer Teil an die sozialdemokratische Parteikasse Hollands fließe. Außer Zweifel steht dann ferner, daß Barmat sich durch Schenkungen von Lebensmitteln und einer außerordentlichen weitgehenden Gastlichkeit revanchierte.“

Aha, jetzt verstehen wir die Ueberschrift dieses Aufsatzes:

Karl Marx als Schrittmacher des Kapitalismus

Unter diesen Titel schreibt Ottokar Lorenz in der Februarnummer 1928 der „Süddeutschen Monatshefte“: „Diese Arbeit ist entstanden aus dem Erlebnis der deutschen Revolution. Die Novemberrevolution von 1918 ist ja etwas höchst Merkwürdiges: Eine sozialistische Revolution, die dazu führt, daß die Mächte des Kapitalismus einen schrankenlosen Sieg erringen, zunächst auf dem außenpolitischen Gebiet, in der Folge nicht weniger auf dem innenpolitischen. Dem waren nicht England, Frankreich, Amerika, also die Mächte, die nach dem Ausfall Russlands noch als die Hauptgegner Deutschlands auftraten, die Vormächte des Kapitalismus? Und gewann der Kapitalismus nicht in der Folge auch im revolutionierten Deutschland selbst eine Stellung nach der andern? Wurden nicht die meisten ehemals staatlichen Unternehmungen, also die sozialisierten Betriebe, in kapitalistische Regie genommen?“

Die Folgen der Novemberrevolution sind genügend deutlich — ein Sieg des Kapitalismus auf der ganzen Linie. Wir fragen, waren diese Folgen von den Führern der Revolution beabsichtigt?“

Wir werden in der nächsten Nummer auf diese Frage noch näher eingehen.

Vortragskalender:

- Halle, Haus der Landwirte, Montag, den 30. 4. 1928, abends 8 Uhr geschl. Versammlung, Redner Dr. Glze.
- Streckau, Gasthof Voigt, Mittwoch, den 2. 5. 1928, abends 8 Uhr geschl. Versammlung, Redner Barts.
- Braunsdorf, Werksgasthof, Donnerstag, den 4. 5. 1928, abends 8 Uhr geschl. Versammlung, Redner Dr. Hoffmann-Rutische.
- Regis Breitingen, Gasthof Franke, Sonntag, den 6. 5. 1928, abends 8 Uhr geschl. Versammlung, Redner Barts.
- Borna, Börsenhalle, Montag, den 7. 5. 1928, abends 8 Uhr geschl. Versammlung, Redner Dr. Hoffmann-Rutische.
- Kieritzsch, Gasthof zur Post, Dienstag, den 8. 5. 1928, abends 8 Uhr geschl. Versammlung, Redner Dr. Glze.
- Braunsdorf, Werksgasthof, Donnerstag, den 10. 5. 1928, abends 8 Uhr, geschl. Versammlung, Redner Dr. Glze.
- Borna, Börsenhalle, Sonntag, den 13. 5. 1928 nachmittags 3 Uhr Gründungsversammlung der B.W.B. Redner Barts.
- Halle, Haus der Landwirte, Montag, den 14. 5. 1928 abends 8 Uhr geschl. Versammlung Redner Dr. Hoffmann-Rutische.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens
aber einmal im Monat und wird
den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten
an die Druckerei Ewald Schellenbeck,
Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 9. Mai 1928

Nr. 3

„Nieder mit dem Kapitalismus!“

Die Novemberrevolution brachte einen Sieg des Kapitalismus auf der ganzen Linie. Waren diese Folgen von den Führern der Revolution beabsichtigt? Mit dieser Frage wollen wir uns heute beschäftigen und folgen den Ausführungen von Otto Kar Lorenz in seinem Aufsatz: „Karl Marx als Schrittmacher des Kapitalismus“. (Südd. Monatshefte, Februar 1928, Seite 314 und folgende).

„Das große Dogma des Marxismus ist die notwendige Entwicklung zum Sozialismus. Nach Marx ist es unmöglich, Stufen dieses Weges zu überspringen. Es kann sich nur darum handeln, möglichst rasch von einer Stufe zur nächsthöheren fortzuschreiten. Fortschritt wird so das Schlagwort, Reaktion das Schreckgespenst. Die letzte Vorstufe des Sozialismus ist ein auf die äußerste Spitze getriebener Kapitalismus, der alle reaktionären Kräfte, den alten Staat, den Feudalismus, den Mittelstand niedergeworfen hatte und nur noch das Proletariat sich gegenüber sah — die reine Bourgeoisieherrschaft. Bis dieser Punkt erreicht ist, wird das Kapital noch immer den Fortschritt verkörpern. Erst wenn es selbst zur schrankenlosen Herrschaft gekommen ist, verkörpert es nicht mehr den Fortschritt, sondern die Reaktion. Erst jetzt setzt der eigentliche Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie ein, der Endkampf, der die Zukunftsgesellschaft bringen wird. Man muß das Kapital zur schrankenlosen Herrschaft bringen um es stürzen zu können.“

Tatsächlich haben Marx und Engels sich nicht nur mehrfach in diesem Sinne ausgesprochen, sie haben auch praktisch in dieser Richtung gewirkt. Und im Deutschland der vierziger Jahre handelte es sich tatsächlich nicht um die Abschaffung, sondern die Schaffung des Kapitalismus.“

So suchte der Marxismus, die Massen hinter sich zu bringen mit dem Schlagwort: Nieder mit dem Kapitalismus, trug und trägt aber ständig dazu bei, Kapitalismus werden zu lassen.

„Ich brauche nur an die deutschen Eisenbahnen zu erinnern, einen der größten Betriebe der Welt. Früher ein staatliches Unternehmen, das nach sozialistischen Gesichtspunkten geleitet wurde, sind sie heute eine Aktiengesellschaft, in der allein das kapitalistische Erwerbsinteresse herrscht. Hier treten sich zwei entgegengesetzte Arten der Wirtschaftsgestaltung gegenüber, die man eben die kapitalistische und die sozialistische zu nennen pflegt.“

Früher kam es der Reichsbahnverwaltung in erster Linie auf die Leistung und erst in zweiter Linie auf den Gewinn an, es kam ihr hauptsächlich darauf an, der deutschen Wirtschaft im ganzen, der Gesamtheit zu dienen. Mit diesem sozialistischen Grundsatz ist heute allerdings völlig gebrochen worden. Maßgebend ist nur noch „das Interesse des interessierten Kapitals.“ —

Man sollte erwarten, daß jede sozialistische Partei sich gegen diese Umwandlung gewehrt hätte. Aber nein! Als es sich darum handelte, ob die Reichsbahn dem Kapitalismus ausgeliefert werden sollte, da erhob sich keiner der Marxisten, die sich heute noch Sozialdemokraten nennen, da richtete keiner von ihnen flammende Worte gegen Kapital und Ausbeutung und Gewinnsucht, Worte wie wir sie früher oft von ihnen gehört hatten; da rief keiner die Eisenbahner zum Generalstreik auf zur Rettung des Sozialismus; sondern Mann für Mann gaben die deutschen Sozialdemokraten ihre Stimme für das Dawesgutachten ab; und nicht zähneknirschend, nur mit verbissener Wut dem außenpolitischen Drucke weichend, nein mit Freuden gab die Sozialdemokratie hier den Sozialismus preis. Sie wollten die Unterwerfung unter das Dawesgutachten, sie hat nicht einmal dagegen demonstriert. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, schreibt in Nr. 208 vom 30. 8. 24:

„Die Annahme der Dawesgesetze durch diesen Reichstag ist, rein sachlich gesehen, ein ungeheurer Erfolg der sozialdemokratischen Politik. Die Sozialdemokratie hat vom ersten Tage an, zuerst in fast völliger Isolierung, für die Annahme und Durchführung des Dawesplans gewirkt.“

Die Eisenbahn ist jedoch nicht der einzige staatliche Betrieb, der in eine kapitalistische Gesellschaft verwandelt wurde. Auch die gewaltigen deutschen Werke und andere Staatsbetriebe hatten das gleiche Schicksal, zum Teil noch in den ersten Jahren der Revolution, als die sozialistischen Parteien die alleinige Regierungsgewalt hatten.

Auch außenpolitisch haben unsere Revolutionäre einen Widerstand gegen die Vormächte des Kapitalismus nicht einmal versucht. Sie hätten den Widerstand bis zum äußersten proklamieren müssen, wären sie Sozialisten gewesen. Ja, ein echter Sozialismus hätte von Anfang an den Kampf des deutschen Volkes zu seinem eigenen Kampfe gemacht, denn im Weltkrieg ging es nicht nur um die nationale Unabhängigkeit Deutschlands, es war auch ein Kampf gegen das internationale Kapital.

Und ein Sozialismus, der sich an die Spitze des nationalen Kampfes stellte, hätte auch im eigenen Lande den Kapitalismus gebrochen. Die deutsche Sozialdemokratie aber konnte zu Beginn des Krieges nur einen Gegner, gegen den sie mit Begeisterung ins Feld zog; das zaristische Rußland. Rußland war nun merkwürdigerweise die einzige feindliche Großmacht, in der die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht vorherrschte.“

So hat die Kapitalisierung und Ueberfremdung Deutschlands seit der Revolution riesige Fortschritte gemacht dank der Sozialdemokratie. 2 1/2 Milliarden Reparationslasten d. h. jede Sekunde bei Tag und Nacht 80 Mk., einen Zinsendienst von mehr als 2 Milliarden Mark pro Jahr, ein Passivsaldo in unsrer Handelsbilanz 1927 von mehr als 3 Milliarden. Das bedeutet kurz und bündig die Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft, ja man kann, wenn es so weiter geht, bald von deutscher Wirtschaft nicht mehr reden. Und es bleibt tatsächlich für die Sozialisierung in Deutschland nichts mehr übrig, da schließlich der gesamte Besitz ans Ausland verschuldet

Die Frau und der Sozialismus.

„Die Frau und der Sozialismus“ So lautet der Titel eines Buches, durch das August Bebel reich geworden ist. Neben manchem Beachtenswerten enthält das Buch Gemeinplätze ärgster Sorte, gewagte Behauptungen, vor allem aber malt es eine Zukunftswelt vor das kritiklose Auge der vielfach nicht selbst denkenden, aber phantasiebegabten Frau, die es schon begreiflich macht, daß das Buch dem Sozialismus manchen Anhänger und manche Anhängerin gewonnen hat. Sicher hat es in einer reichlich naiven Zeit außerordentlich eingeschlagen, ist viel gekauft worden und hat August Bebel, der es als guter Geschäftsmann ursprünglich im Selbstverlag hat erscheinen lassen, viel Geld eingebracht.

Man muß an dieses Buch denken, wenn man heute einen Blick lenkt auf das Treiben des Sozialismus. Welche Ausichten werden von ihm der Frau für den Sieg des Sozialismus eröffnet! „Befreiung der Frau“ von allen wirklichen oder vermeintlichen Bedrückungen und Lasten, Befreiung der Frau sogar von den meisten Obliegenheiten der Hausarbeit!

Und wie sieht es heute aus? In Reparations-Deutschland ist der Arbeiter zu einem Hörigen der Ententegläubiger geworden (ohne daß die Kenntnis noch weit genug verbreitet ist, daß die Sozialdemokratie bei der Herbeiführung dieses Zustandes den Feinden täglich Hilfsdienste geleistet hat und leistet!). Die Frau des Arbeiters muß also auch heute noch in vielen Fällen mitverdienen. Dabei versängt bei der Frau oder wenigstens bei den meisten Frauen die Phrase vom „Klassenkampf“ nicht mehr, weil ihr wacher wirtschaftlicher Instinkt ihr sagt, daß in einem Lande, das erheblich verkleinert worden ist, und das jährlich 2500 Millionen Goldmark ans Ausland zahlen muß, die Wirtschaft nicht vorwärtsgehen kann, sondern rückwärtsgehen muß (in Sachen der Kasse haben Frauen meistens eine bedeutens bessere Fassungsgabe als die Männer).

Auch ein anderes sieht die Frau: In Rußland sind es jetzt 10 Jahre, daß der Marxismus die Wirtschaft beherrscht. Aber wie aus allen, auch aus bolschewistischen Nachrichten, die aus Rußland kommen, zu ersehen ist, besteht auch in dem sozialistisch-bolschewistischen Rußland die Frauenarbeit in Gewerbe und Industrie nach wie vor weiter.

oder verkauft ist. Dann erst wird die deutsche Arbeiterschaft, die heute noch durch Schlagworte verwirrt ist, erkennen, in wessen Händen sie sich befinden hat, in den Händen von Verführern, die wohl an sich selbst gedacht, dagegen die deutschen Arbeiter verflamt haben im wahrsten Sinne des Wortes. Dann aber ist zu spät, dann ist der Ring geschlossen, aus dem es kein Entkommen gibt.

Deshalb, deutscher Arbeiter wach auf! dann werdet ihr nicht die Verdammten dieser Erde sein, sondern die Befreier, die Erreter aus Schmach und Knechtschaft. Denkt an eure Frauen und Kinder und welches Los ihrer harrt, wenn ihr weiter den lockenden Sirenenklängen sogenannter Arbeiterführer lauscht. Nicht Klassenkampf kann uns retten, sondern Gemeinschaft. Daher schließt Euch zusammen zur Gemeinschaft im Werk, auf daß daraus erstehe die Gemeinschaft im Volk! Aufgewacht! und ans Werk!

Wie konnten die roten Männer, und unter ihnen besonders die Russen, sonst so wacker schmähen über die „Schmach der Frauenklaverei“! Und nun? In Rußland ist allenfalls für die Frauen der Sowjetkommisars die Frage der Frauenarbeit gelöst. Und in Deutschland? Hat die Sozialdemokratie durch ihr wahnwitziges Erfüllungsgeschrei der Entente geholfen, den Friedensvertrag unter Dach und Fach und die Reparationen in feste Form zu gießen, so daß sich auch hier die Lage der Arbeiterschaft — schon durch die ungeheure Arbeitslosigkeit — so verschlechtert hat, daß das „Paradies der Damen“, das Bebel den Frauen versprochen hat, auch in der sehr rot angehauchten Republik nicht gekommen ist.

Nun ist die Frau nicht so dumm, wie sie von Bebel und seinen Genossen eingeschätzt wurde. Nein, die Frau, die der Finanzminister eines ordentlichen Haushalts ist, weiß recht genau, wo und wie uns Deutsche der Schuh drückt. Sie hat in der Inflation und in den zehn Jahren der republikanischen Herrlichkeit durch ihren persönlichen wirtschaftlichen Instinkt auch erfasst, daß die Parteien, die die Volksfreundlichkeit sozusagen in Erbpacht genommen hatten, die Sozialdemokratie in erster Linie, die Glückseligkeit nur einigen gebracht hat: den Revolutionsgewinnern (den politischen und wirtschaftlichen), den Kumpanen von Barmat und Sklarz, und allen denen, die nach der Revolution durch eine durch Kriegsdienst nicht geschwächte Ellbogenkraft sich eine fette Staatsprämie „erkämpft“ haben!

Der Sozialismus hat nicht gehalten, was sich die Frau von ihm versprochen hat. Der rote Mann hat sich des Vertrauens der Frau unwürdig erwiesen. Dies weiß niemand besser, als die Sozialdemokratie und ihre Führer. Deshalb in ihren Blättern die bange Frage: Wie werden die Frauen zukünftig stimmen?

Von den Sozialdemokraten wird behauptet, daß das Frauenwahlrecht eine „unbedingte Forderung“ der Sozialdemokratie sei und stets gewesen sei. Daran ist soviel richtig, daß diese Forderung zwar stets auf dem Programm der Sozialdemokratie gestanden hat, daß aber hervorragende Führer der Roten auf dem Standpunkt gestanden haben, daß es besser sei, diese Forderung bliebe unerfüllt! Es gab einen alten

Berliner sozialdemokratischen Führer, der im vertrauten Kreise den Begriff der Frauenbewegung auf seine Art darlegte, auf eine Art, die zwar auch der Bestimmung der Frau entsprach, aber nicht ihrer politischen Bestimmung.

Der große Führer Ignaz Auer — übrigens sonst ein ausgezeichnete Mensch — machte nie ein Hehl daraus, daß in seinen Augen die Forderung des Frauenwahlrechts das eine Gute habe, daß er ihre Erfüllung nicht erleben werde! Ein prominenter Genosse des rheinisch-westfälischen Industriebezirks fasste seine Ansichten über den Wert der Beteiligung der Frau am politischen Leben in die kurzen aber eindeutigen Worte zusammen: „Bleibt mir bloß mit die Weiber vom Halse! Ueber die kann ich mich zu Hause genug ärgern!“

Man könnte eine schöne Blütenlese zusammenstellen zur Illustrierung des Themas: Die Frau und der Sozialismus. Mit aller Deutlichkeit muß aber eins hervorgehoben werden: Nach der Revolution war in der Sozialdemokratie die Auffassung, daß nunmehr die Zeit zur Durchführung des Frauenwahlrechts gekommen sei, durchaus nicht allgemein. Im Gegenteil! Eine starke Strömung ging dahin, unter dem Vorwand, daß die überstürzenden Ereignisse für die Schaffung eines neuen Wahl-

gesetzes die Zeit nicht ließen, die neue republikanische Körperschaft nach dem etwas modifizierten alten Reichstagswahlrecht vornehmen zu lassen.

Aber man mußte „Grundsätze“ haben (der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebel) und mußte nach dem im Parteiprogramm geforderten Wahlsystem wählen lassen. Aber eins ist bombensicher: wohl ist den Roten nicht dabei gewesen, denn nächst dem „antikollektivistischen Bauernschädeln“ galt ihr Mißtrauen den schwer belehrbaren Frauenköpfen!

Die deutsche Frau und der heute von landfremden, undeutschen Elementen geführte Sozialismus sind zwei Faktoren des politischen Lebens, von denen der eine, nämlich die Frau, immer deutlicher erkennt, daß es hier kein gemeinsames Interesse gibt. Die deutsche Frau ist die Vertreterin des deutschen Idealismus. Der internationale Sozialismus, ist der Volks- und Familienverderber. Hier gibt es keine Brücke. Hier gibt es nur einen Gegenatz.

Die deutsche Frau, die bisher einen roten Zettel abgegeben hat, ist dahintergekommen, daß sie in ihren Erwartungen von dem roten Mann betrogen worden ist.

Zum Reichstnappschäftsgezet.

Die in unserem Mitteilungsblatt wiedergegebenen Entschliessungen zum Reichstnappschäftsgezet, über die auf verschiedenen Konferenzen der Arbeitnehmervereinigung eingehende Ausprägungen stattgefunden haben, scheinen insofern irrtümliche Auffassungen hervorgerufen haben, als angenommen wird, daß nach Absatz 3 der Entschliessung die Ansprüche der Bergarbeiter auf Pensionen in übertriebener Weise eingeschränkt werden sollen. In der Entschliessung ist gesagt:

„Solange ein Arbeitnehmer noch in der Lage ist, zu arbeiten und seinen Lebensunterhalt sich zu erwerben, besteht keinerlei Veranlassung, ihm Ansprüche auf Pensionen zuerkennen. Erst wenn die Arbeitsunfähigkeit eintritt, muß nach unserer Ansicht der Bergmann gut und ausreichend, jedenfalls besser als früher, versorgt werden. Bis dahin jedoch haben seine Ansprüche zu ruhen.“

Es wäre grundfalsch, hieraus zu schließen, daß man den Bergarbeitern zumuten wolle, ohne Rücksicht auf ihr

Alter, solange sie noch einigermaßen arbeitsfähig sind, merktätig zu sein und auf Ansprüche aus der Knappschäftsrentenkasse, in die sie vielleicht jahrzehntelang Beiträge geleistet haben, zu verzichten. Die Entschliessung will vielmehr, daß solche Bergarbeiter, die infolge Alters oder anderweitiger ihre Arbeitskraft beeinträchtigenden Umstände ihren Lebensunterhalt nicht mehr in vollem Umfange erarbeiten können, besser als bisher versorgt werden. Darum betont die Entschliessung ausdrücklich, daß die Voraussetzung für den Verzicht auf Rentenansprüche nur solange als erfüllt anzusehen ist, als der betreffende Bergarbeiter seinen vollen Lebensunterhalt zu erwerben in der Lage ist. Nicht aber die Erreichung des 50. Lebensjahres, wie es das Knappschäftsgezet vorsieht, soll bei der Entscheidung dieser Frage maßgebend sein, sondern die Tatsache, daß der Bergmann nicht mehr im Vollbesitz seiner Arbeitskraft ist.

Unsere Erfolge bei den Betriebswahlen.

Bis jetzt liegen uns folgende Ergebnisse bereits stattgefundenen Wahlen zum Betriebsrat vor:

Grube	Emma	1	Arbeiterrat	unserer	Liste
„	Gustav Adolf	1	„	„	„
„	Beunaer Kohlenwerke	2	„	„	„
„	Bfännerhall	1	„	„	„
„	Michel	1	„	„	„
„	Leonhardt	1	„	„	„
„	Elisabeth	1	„	„	„
„	Alwiner Verein	1	„	„	„
„	Neuglückler Verein	2	„	„	„
„	A S W Böhlen	1	„	„	„
„	Breunsdorfer Werke	1	„	„	„
„	Dora-Helene	2	„	„	„
„	Witznitzer Werke	2	„	„	„
„	Kraft I	1	„	„	„
„	Braunkohlenw. Borna	1	„	„	„

Wir sprechen allen Beteiligten für ihre fleißige Werbearbeit unseren herzlichsten Dank aus. Es gilt jetzt nicht zu rasten, sondern praktische Arbeit zu leisten und dadurch zu zeigen, daß wir wirtschaftlich geschult sind. Der Betriebsrat hat die Aufgabe nicht produktionshemmend, sondern produktionsfördernd sich zu betätigen. Es gilt, das Interesse der Arbeitskameraden in Verbindung zu bringen mit den Interessen des Betriebes. Darin liegt der Kern der werksgemeinschaftlichen Idee. Es gilt den Beweis zu erbringen, das man Betriebsrat sein kann ohne Kontrollorgan der Gewerkschaften zu sein. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß auch die Arbeitgeber dieser werksgemeinschaftlichen Auffassung vom Betriebsrat das richtige Verständnis entgegenbringen. Dadurch wird es möglich sein, der Idee der Werksgemeinschaft zu ihrem endgültigen Siege zu verhelfen.

* * *

Werbt neue Mitglieder und Leser! Sorgt für weiteste Verbreitung dieses Blattes!



Zur Reichstagswahl.

Unsere Mitglieder und Freunde teilen wir mit, daß unser Vorsitzender, Karl Steindorf, Merseburg, im Wahlkreis Halle-Merseburg als Kandidat der **Deutschnationalen Volkspartei** aufgestellt worden ist. Wir verzeichnen diese Tatsache mit umso größerer Genugtuung,

als Steindorf, ein alter Tiefbauhauer, heute noch werktätig ist im Gegensatz zu so vielen sogenannten Arbeitervertretern — Sekretären und Geschäftsführern —, die in ihrem ganzen Leben vielleicht noch nie in eine Grube hineingehaut haben.

Aus der Bewegung.

Achtung! Allen angeschlossenen Vereinigungen wird hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß die in der Osteritzung zu Halle beschlossene Kundgebung in Merseburg auf Sonntag, den 26. August verlegt werden mußte, weil am 15. Juli schon eine große Bergmannsfeier in Borna bei Leipzig vorgesehen war. Die Veranstaltung findet in Merseburg im Casino statt. Es wird gebeten, bei der Festlegung der örtlichen Veranstaltungen diese Nachricht zu beachten.
Der Vorstand.

Bennaer Kohlenwerke. Die diesjährige Betriebsratswahl hat auf dem hiesigen Werke trotz eifrigster Agitation der Gewerkschaften keine andere Zusammenfassung erfahren als im vergangenen Jahr. Der Arbeiterrat setzt sich aus 5 Gewerkschaftlern und 2 Werksgemeinschaftsmitgliedern zusammen. Die Wahlbeteiligung war äußerst rege. Von 677 Wahlberechtigten haben 509 ihr Wahlrecht ausgeübt. Die Liste Nr. 1 der Gewerkschaften erhielt 342, und die Liste der Werksgemeinschaft 163 gültige Stimmen. 4 Stimmen waren ungültig. Das Ergebnis ist für die Werksgemeinschaft sehr zufriedenstellend.

Bekanntmachung.

Bennaer Kohlenwerke. Unsere Mitglieder wird hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß wir infolge der am 20. Mai stattfindenden Reichstagswahl unsere Monatsversammlung auf den 10. Juni verlegen müssen. Die Festsetzung der Versammlung auf einen früheren Termin war aus dem Grunde nicht möglich, da in dieser Versammlung die Aufnahmen der Neugemeldeten für den 1. Juli erfolgen müssen.

Die Tagesordnung wird in der vorhergehenden Vorstandssitzung aufgestellt und den Mitgliedern durch Aushang bekannt gegeben.

Werksgemeinschaft Grube Emma. Am 6. April fand im Gasthof Glückauf Streckau die Generalversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Protokollverlesung der letzten Versammlung. 2. Geschäftsbericht durch den Schriftführer Kam. Weidner. 3. Kassenbericht

und Entlastung (Kam. Fallenstein). 4. Neuwahlen. 5. Verschiedenes. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Unter Verschiedenes wurde über die Betriebsratswahlen berichtet, die einen Sitz brachten trotz der maßlosen und gehässigen Agitation seitens des Bergarbeiterverbandes. Die Gründungsfeier verbunden mit Kinderfest soll am 10. Juni stattfinden.

Vortragskalender:

Braunsdorf, Werksgasthof, Donnerstag, den 10. 5. 1928, abends 8 Uhr, geschl. Versammlung, Redner Dr. Elze.

Borna, Börsenhalle, Sonntag, den 13. 5. 1928 nachmittags 3 Uhr Gründungsversammlung der B.W.B. Redner Barts.

Braunsdorf, Werksgasthof, Sonntag, den 13. 5. 1928, vormittags 10 Uhr Vortrag über das Reichsknappschaftsgesetz Gäste willkommen.

Halle, Haus der Landwirte, Montag, den 14. 5. 1928 abends 8 Uhr geschl. Versammlung Redner Dr. Hoffmann-Rutische.

Borna, Börsenhalle Montag, den 14. 5. 1928 Vortrag über das Reichsknappschaftsgesetz. Gäste willkommen.

Kieritzsch, Gasthof zur Post, Dienstag, den 15. 5. 1928, abends 8 Uhr geschl. Versammlung, Redner Dr. Hoffmann-Rutische.

Streckau, Gasthof Voigt, Mittwoch, den 16. 5. 1928, abends 8 Uhr Vortrag über das Reichsknappschaftsgesetz. Gäste willkommen.

Borna, Börsenhalle, Freitag, den 18. 5. 1928, abends 8 Uhr geschl. Versammlung, Redner Dr. Elze.

Regis Breitingen, Gasthof Franke, Sonnabend, den 19. 5. 1928 geschlossene Versammlung, Redner Dr. Hoffmann-Rutische.

Werbt für den Besuch der Tagung in Merseburg am 26. August 1928

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena. — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 20. Mai 1928

Nr. 4

Unternehmer und Arbeiter reichen sich die Hand.

Gemeinschaftssitzung in Halle am 10. Mai 1928.

In der Osterkonferenz 1928 war beschlossen worden, eine gemeinsame Besprechung zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern herbeizuführen, um verschiedene Fragen der Klärung näherzubringen. Diese Gemeinschaftssitzung fand statt am 10. Mai 1928 in Halle und war besucht von etwa 40 Delegierten der einzelnen Gruppen und 26 Vertretern der einzelnen Werke. Es war eine stattliche Versammlung, deren Leitung auf Bitte unseres Kameraden Steindorf Herr Generaldirektor Dr. Raab übernahm. Nach einer Begrüßungsansprache durch Herrn Generaldirektor Dr. Raab entwickelte Kamerad Steindorf an der Hand eines Vorschlages für die Tagesordnung unser Programm.

Er schilderte die Entstehungsgeschichte der einzelnen Gruppen, das allmähliche Anwachsen der Bewegung, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Arbeitnehmer-Vereinigung, die rechtliche Stellung der einzelnen Gruppen und der Spitzenorganisation und die Aufgaben, deren Erfüllung die Zukunft von uns erwartet.

„Wir stehen hier als aufgeklärte Arbeiter, denen das Wohl und Wehe unserer Wirtschaft und des Gesamtvolkes am Herzen liegt. Wir haben aus der Vergangenheit und aus eigener Erfahrung gelernt, daß der Klassenkampf uns nicht vorwärts bringt, sondern zurück. Unfriede verzehrt. Deshalb lehnen wir den Klassenkampf und seine Methoden ab. Damit verzichten wir nicht unter allen Umständen auf den Streik, stehen aber auf dem Standpunkte, daß nach Durchführung der Werksgemeinschaftsidee Streik und Aussperrung unmöglich werden. Hier stehen die berufenen Vertreter von Tausenden Bergleuten bereit etwas zu geben: Arbeit und den Willen zur Arbeit. Arbeit nicht aus Zwang, sondern Arbeit als Dienst an der Gesamtheit. Es kommt für den Arbeitgeber darauf an, diese Arbeit im rechten Sinne zu nehmen. Geben und nehmen ist eine Kunst.“

Damit rühren wir an die seelischen Probleme, denn die Arbeiterfrage ist nicht so sehr eine Geldfrage, als vielmehr ein seelisches Problem. Wir wollen als Menschen gewertet werden und nicht als Nummer und Maschine. Hier liegen die Sünden einer vergangenen Zeit vor unseren Augen. Der Marxismus mit seiner materialistischen Geschichts- und Weltanschauung hat die Seele in uns ertötet. Hier vor allem gilt es neues Leben zu erwecken auf

beiden Seiten. Hier ist unsere Hand, die treue deutsche Arbeiterhand, schlagen Sie ein, und es geht aufwärts. Aber man soll dem Ochsen, der da drischt, wie es im Sprichwort heißt, das Maul nicht verbinden. Wir erstreben eine gerechte Anerkennung unserer Leistung. Wir wollen keine Geschenke, das ist des deutschen Arbeiters unwürdig, sondern Verdientes; das stärkt den Mannesmut des deutschen Charakters. Leistungslohn und Werksparaffen für Notfälle und für größere Sicherheit im Alter erwarten unsere Mitglieder von uns. Helfen Sie uns mit zu diesem Ziele, und aus der Arbeitnehmer-Vereinigung erwächst in Mitarbeit mit Ihnen, meine Herren Direktoren, die Werksgemeinschaft.“

Der Eindruck dieser Ausführungen unseres 1. Vorsitzenden, die wir nur auszugsweise wiedergeben können, war außerordentlich. Die aus treuem Herzen gesprochenen Worte waren zu Herzen gegangen. So war der Boden geebnet für die nun einsetzende Aussprache, an der sich ein sehr großer Teil der Anwesenden beteiligte. Im Einzelnen mag folgendes hervorgehoben werden. Die Frage nach der rechtlichen Stellung findet zunächst ihre Lösung darin, daß, wie von mehreren Direktoren empfohlen wurde, die Vereinigung eingetragen werden soll. Im Übrigen wurde übereinstimmend von allen, besonders von Herrn Bergwerksdirektor A. Gebhardt, Borna, betont, daß gegenseitiges Vertrauen die beste Grundlage für gemeinschaftliches Arbeiten darstelle entsprechend altdeutscher Rechtsauffassung.

Ueber die Frage des Streiks und der Aussperrung wurde ein alle Teile befriedigendes Ergebnis erzielt. Besonders beachtlich waren hier die Ausführungen der Herrn Generaldirektor Dr. Raab und Bergwerksdirektor Keil. Zur Frage Leistungslohn und Werksparaffe wurden die verschiedenen bereits vorhandenen Lösungsmethoden besprochen und auf Vorschlag von Herrn Bergwerksdirektor Winter, (Prelitzer Braunkohlenwerke) einstimmig beschlossen, einen Ausschuß zu wählen, bestehend aus etwa 6 Arbeitgeber- und ebensoviel Arbeitnehmervertretern, der spätestens im Juni zusammentreten soll, um diese Fragen zu bearbeiten. Der gleiche Ausschuß soll sich laufend mit allen weiteren Fragen, die sich im Laufe der Zeit ergeben, beschäftigen.

Herr Generaldirektor Dr. Raab schloß die Sitzung nach etwa vierstündiger Dauer mit dem wärmsten Danke an alle Teilnehmer. Es war für alle ein Erlebnis, diese Gemeinschaftssitzung. Wir sind ein wesentliches Stück weitergekommen. Wir haben allen Grund, unseren Direktoren zu danken für ihren aufrichtigen Willen gemeinsam mit uns zusammenzuarbeiten. Wir erwarten aber auch von unseren Mitgliedern, daß sie sich der hohen Aufgaben, die wir uns vorgenommen haben, bewußt bleiben und treu mit uns und ihrer örtlichen Betriebsleitung an der Verwirklichung unserer Ziele mitarbeiten. Wir wissen, unsere Schar ist verhältnismäßig klein. Aber wie von vielen Seiten betont wurde, nicht die Masse ist ausschlaggebend, sondern der Geist der uns befeelt. Und uns befeelt der rechte Geist echtdeutscher Verbundenheit, jener Geist, der unser Vaterland groß gemacht hat gegenüber den Kräften der Zerstückung. Aus Haß gezeugt ist die marxistische Lehre und wird mit Haß und Kampf der sogenannten Klassen auch wieder nur Zerstückung und Vernichtung bringen. Unsere Bestrebungen aber sind geboren aus Liebe, aus reiner heißer Liebe zu Volk

und Vaterland. Und diese Liebe allein ist es, die wieder Großes, Lebenskräftiges erzeugt und gebiert. Aus dieser Liebe schöpfen wir die ewig junge Hoffnung auf eine bessere Zukunft, auf ein Auserstehen unseres Volkes aus Knechtesbanden, aus materieller und geistiger Not. Und diese Hoffnung ist untrügerisch und fest, weil wir an Deutschlands Zukunft glauben, an unseres Volkes Auserstehen. Laß diesen Glauben Dir nicht rauben, du deutscher Arbeitgeber, du deutscher Arbeitnehmer, trotz allem, was geschieht. Mag sein, daß Politik oder Wirtschaft unser Schicksal ist. Wir aber sagen: In unserer Brust ist unser Schicksal. Deutscher Forscher- und Unternehmergeist, gepaart mit deutscher Arbeiterkraft und Arbeiterwillen, gestützt von deutscher Wissenschaft: Dieser Dreiklang befeelt und befeeltigt durch Deutsche Seele:

Dann mögen die Stürme uns umbrausen,
Dann mag zerbrechen, was faul ist, mag,
Was morsch ist, zerstellen und vergehen:
Deutschland aber wird bestehen!

Religion und Arbeiterschaft.

Aus der entgötterten Welt des marxistischen Sozialismus strebt der deutsche Arbeiter hinaus nach einem großen sittlichen Erlebnis. Alte verschüttete Stellen brechen wieder auf in seiner Brust, längst verklungene Weisen lösen sich aus der Tiefe und wecken die Sehnsucht nach einem neuen, erquickenden Lebensinhalt. Das Volk hungert heute vielfach leiblich bitter, aber ebenso bitter hungert es seelisch, und mehr denn je gilt heute das Wort: Der Mensch lebt nicht von Brot allein.

Die Sozialdemokratie selbst hat sich der Religion gegenüber offiziell neutral verhalten, aber ihre ganze Tätigkeit lief auf eine Verneinung des religiösen Gedankens hinaus. Wenngleich das Erfurter Programm die Religion zur Privatsache macht, so war sie jedoch dauernd umstritten und auf einzelnen Parteitagungen traten freigeistige Stürmer für eine Aufgabe des neutralen Parteistandpunktes ein. Sie kamen indessen niemals mit ihren Forderungen durch, denn man lehnte alle diese Forderungen ab.

Dieser offizielle Parteistandpunkt, der die Partei dazu zwingen mußte, der Religion gegenüber eine neutrale Stellung einzunehmen, hat jedoch mit dem Problem an sich nichts zu tun. Denn die Partei hat unter dem Deckmantel dieser taktischen Neutralität die Religion stets bekämpft.

Lehrt das Christentum, daß das Leben auf dieser Erde nicht der Schlufspunkt des menschlichen Daseins ist, sondern daß der Schöpfer aller Dinge dieses kurze Erdendwollen sich nur als eine vorübergehende Erscheinung gedacht und sich die endgültige Bestimmung über die Menschen erst nach deren Tode vorbehalten hat, und daher auf dieser Erde einen gottgefälligen Lebenswandel fordert, so lehrt der Sozialismus (und Kommunismus) das Gegenteil.

Religion sei Menschenwerk, Gott die Erfindung von gerissenen Medizinmännern und Priestern; jeder Sorge dafür, daß er auf dieser Erde möglichst viel für sich erkämpfe. Darum konnte Bebel den Satz prägen: „Christentum und Sozialismus stehen sich wie Feuer und Wasser gegenüber.“ Und: „Wir erstreben auf politischem Gebiet die Republik, auf dem ökonomischen

(wirtschaftlichen) Gebiet den Sozialismus und auf dem, was man heute das religiöse Gebiet nennt, den Atheismus (Atheist-Gottesleugner)!“ Darum konnte der Mitbegründer der Sozialdemokratie Friedrich Engels, sagen: „Wir haben der Religion und den religiösen Vorstellungen ein für allemal den Krieg erklärt.“ Und Karl Marx: (Zude) „Religion ist Opium für das Volk.“ Ebenso konnte der alte Liebknecht (Zude) mit Bewußtsein den Standpunkt vertreten, daß das Christentum Knechtlichkeit, Fäulnis und Tod bedeute und ein Gespenst der Vergangenheit sei.

Das Christentum fußt auf dem Glauben an ein Weiterleben nach dem Tode. Das Weltgesehen müßte sinnlos sein, wenn im Augenblick des Sterbens alles zu Ende wäre. Der Sozialismus vertritt die gegenseitige Ansicht, eine Ansicht, die in dem sinnigen Spruch gipfelt:

„Mach Dir das Leben leicht und schön,
Kein Jenseits gibt's, kein Wiedersehn!“

Hier gibt es keine Brücke!

Wir denken hier noch an einen Konflikt aus der Berliner sozialdemokratischen Arbeiterbildungsschule. Es war lange vor dem Kriege. Julian Borchardt, der spätere Kommunist, hatte zwei Artikel veröffentlicht, in denen er auseinandersetzte, man könne weder beweisen, daß es einen Gott gäbe, noch daß es keinen gäbe. Darob großer Sturm. Die marxistischen Grundfesten kamen auf einen Moment ins Wackeln!

Borchardt unterrichtete damals an der Arbeiterbildungsschule, Käthe Dunker ebenfalls. Sie revoltierte, protestierte und klagte an: schwerer Verstoß gegen die allerheiligsten Grundsätze materialistischer Geschichtsauffassung. Klagte an, Tränen der Wut im flackernden Auge, daß es ihr nunmehr unmöglich sei, noch weiter an der Schule Naturwissenschaft im Geiste Karl Marx zu lehren.

Und die sattelfeste Marxistin hatte insofern Recht, als es hier nichts halbes geben kann; hier konnte man sich — aus taktischen Beweggründen — nicht nur mit Mundspitzen begnügen, hier mußte gepiffen werden. Resolut und unentwegt! Und so wurde auch gepiffen.

Auf den Parteitag wurden zwar die radikalen Kirchen- und Religionsbekämpfer regelrecht abgewimmelt, aber draußen im Lande dafür umso ausgiebiger beschäftigt. Adolf Hoffmann hat damit seine meisten Vorträge bestritten.

Offiziell war man für Toleranz, der Parteivorstand wusch sich die Hände in Unschuld, im übrigen sorgte man dafür, daß der Kampf gegen die Kirche, diese „Verdummungsanstalt“ und gegen die „Pfaffen“ recht schneidig geführt wurde, denn solange ein Arbeiter noch unter dem Einfluß der „schwarzen Gendarmen“ stand, war er für den Sozialismus immer nur ein unsicherer Kantontist. Mit Haut und Haaren hatte man ihn erst dann, wenn er auch das letzte Band, das ihn an die Kirche fesselte, gerissen hatte.

Die Partei übt zwar keinen direkten Zwang aus auf religiöse Mitglieder, aber in der Unabhängigen Sozialdemokratie (Hilferding, Dittmann, Crispian) durfte keiner eine Funktionärstellung einnehmen, der nicht mit der Kirche gebrochen hatte.

Dieser Geist bestimmt auch heute nach der Vereinigung der S. P. D. mit der U. S. P. D. die Einstellung. So sagte die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Ausgabe vom 29. Januar 1927:

„Religion ist Privatsache vom Standpunkt des Staates — oder soll es sein —, aber nicht vom Standpunkt des kämpfenden marxistischen Sozialdemokraten, der in den Reihen der Partei und der Arbeiterklasse alle religiösen Vorurteile durch eine umfassend organisierte wissenschaftlich-aufklärende und antireligiöse Propaganda zu bekämpfen hat.“

Wie heftig der Kampf gegen die Religion geführt wird, ergibt sich aus einem Artikel aus der Feder des feingeistigen Astronomen und Philosophen Bruno H. Bürgel, der sich vom Gelegenheitsarbeiter bis zum weitgeschätzten Gelehrten, Dichter und Philosophen emporgearbeitet hat. Er schrieb in der „Berliner Morgenpost“ vom 10. Oktober 1926, man müsse den Kopf schütteln, wenn man höre, „daß sich jetzt eine große Sportvereinigung gebildet hat, in der man nur aufgenommen wird, wenn man aus der Kirche austritt. Sind wir schon so weit, daß schwierige und vielleicht letzten Endes unlösliche Fragen rein geistiger Natur mit den Muskeln des Sportmannes gelöst werden?! —“

Religion soll „Privatsache“ sein. Die Sozialdemokratie sagt, wenn sie sich an religiöse Kreise, besonders Arbeiterkreise wendet, daß sie sich auf religiösem Gebiet völlig neutral verhalte. Ihre Presse dagegen arbeitet, wenn nicht gerade Wahlzeit ist, ganz im Sinne der antireligiösen Religionshetze. So schrieb die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ vom 2. Oktober 1926 unter der Überschrift: „Immer noch zu viel Religionsunterricht“:

„Die Zahl der vom Religionsunterricht abgemeldeten sächsischen Kinder ist im Vergleich zur Zahl der Wähler weltlicher Elternratsmitglieder noch viel zu gering; darum sollten am ersten Schultag nach

den Herbstferien noch eine große Anzahl Erklärungen folgenden Wortlauts an die Schulleitungen allerorts abgegeben werden:

„Wir erklären, daß unser Kind N. N., Schüler (in) der Volksschule, Klasse an dem konfessionellen Religionsunterricht (nach den Grundsätzen der Kirche) nicht teilnehmen soll, sondern an einem Unterricht in Religionsgeschichte und sittlicher Lebenskunde.“

Unterschrift beider Eltern mit Datum und Wohnungsangabe.

Die Elternvereine für die freie weltliche Schule und ihr Landesverband Sachsen erwarten eine starke Zunahme der Abmeldungen vom Religionsunterricht.“

Die Agitation hat nur einen ganz geringen Erfolg gehabt. Die Kraft der christlichen Religion ist auf dem Glauben an das Jenseits aufgebaut. Wird dieser Glaube unterwühlt, bricht, um einen beliebigen Ausdruck Adolf Hoffmanns zu gebrauchen, „der ganze Schwindelbau des Christentums“ zusammen. Der Glaube an einen Ausgleich, an eine Vergeltung, an ein Weiterleben nach dem Tode ist das A und O der Religion. Nimmt man den Gläubigen diesen Trost, diese Zuversicht, so haben sie ihren letzten Halt verloren und verfallen rettungslos dem niedrigsten Materialismus und erheben den Bauch zu ihrem Gott. Das weiß die Sozialdemokratie und daraus erklärt sich auch ihre Einstellung der Religion gegenüber.

Die Angst, die deutschen Arbeiter könnten dem Klassenkampf entsagen und das Versprechen des Nazareners auf ein besseres Dasein nach dem Tode heilig Ernst nehmen, — das ist es, was die Marxjünger immer wieder zu ihrem Kampf gegen Kirche und Religion aufstachelt. Sie wollen genießen, Klubfessel, Auto, Weiber, Sekt, Austern, Braten, Kaviar,

„später — liegt Du dann im Grabe, wo Du still verdauen kannst.“

Ob Sünden oder Norden, ob gemäßigter oder radikal, ob ethisch-ästhetisch oder ökonomisch-historisch: Sozialdemokrat bleibt Sozialdemokrat. Alle sehen in Kirche und Religion das ausschlaggebende Hemmnis auf dem Wege zum Sozialismus und huldigen im Innern dem alten Hefekied, das ja heute wieder von den Genossen sehr viel gesungen wird:

Wenn in Flammen stehen
Kirche, Schul' und Staat,
Kasernen untergehen,
Dann blüht unsere Saat!

Sa, wenn die letzten Säulen unserer Zukunft unterwühlt und niedergedrückt sind, dann blüht die Marxistenfaat, wenigstens für die sogenannten Führer. Wir anderen, wir Proleten, wir Volk mögen sehen, wo wir bleiben. So seht ihr aus! Lange genug habt ihr uns betört und beschwächt. Leider Gottes viel zu lange haben wir euch Glauben geschenkt, bis wir erkennen mußten, daß wir hintergangen waren. Verbrüderung, Internationale, goldene Zeiten: Schwindel über Schwindel. Nein, nein, wir sind klüger geworden und gebrannte Kinder scheuen das Feuer.

Werbt für den Besuch der Tagung in Merseburg am 26. August 1928

Das moderne Sklaventum.

Von allen Seiten freudig begrüßt trat unsere Zeitung, das Mitteilungsblatt, den Weg ins Leben an. Für uns ein guter Freund und Helfer in der Organisation und Agitation. Allen Kameraden, unsern Arbeitsbrüdern die Wahrheit bringen, die ihnen sonst verschwiegen blieb, will unser Blatt. Vor allen denen, die ihre sauer verdienten Groschen den Gewerkschaftsbözen in den unergründlichen Rachen werfen, um dafür so elend betrogen zu werden.

Es werden Tarife abgeschlossen und Gesetze geschaffen, ohne zu fragen ob die Masse damit einverstanden ist. Bekanntlich sind nur 25—30 % in den Spitzenverbänden organisiert. Auf diesen Bruchteil der Arbeiterschaft pocht die Gewerkschaftsbürokratie im Schutze der Reichsverfassung. Die übrigen 70—75 Prozent der Arbeiterschaft werden nicht gefragt. Dennoch pochen die Verbände auf ihre Mehrheit. Mehrheit, was heißt Mehrheit? Unser Schiller sagt im Demetrius: „Was ist die Mehrheit?

Mehrheit ist der Unsinn, Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen!“ Diese Rechtslosmachung geschieht in einem Staate, in einer Republik, die sich die freieste der Welt nennt. Den Bergarbeiter bekümmert das anscheinend nicht. Der beste Beweis dafür ist das Reichsnappschaffsgesetz. Die Bergarbeiter merken es schon gar nicht mehr, wie ihnen der Brotkorb höher und höher gehängt wird. Bei jeder Erhöhung der Abzüge (und dies kommt wirklich nicht selten vor) ein Aufbäumen, und dann ist alles wieder gut. Wer schafft uns diese Lasten? Die Gewerkschaftsbürokraten. Dieselben Marxisten, die gegen die Herabsetzung der Reparationslasten gestimmt haben. Wäre es nicht besser über jedem Fabriktor ständen die einfachen Buchstaben Dawes. „Deutsche Arbeiter werden elende Sklaven!“ Für uns alle, Kameraden möge das eine Geltung haben und zwar: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern.“ Denn Deutschlands Einheit ist unsere Stärke. Karl Zimmermann, Nietleben.

Zur Reichstagswahl.

Es ist eine selbstverständliche Pflicht eines jeden Mitglieds, am Sonntag, dem 20. Mai zur Wahl zu gehen. Unsere Stellung zu den Parteien ist bekannt. Wir wiederholen die Feststellung der Dierckonferenz: Wir geben unsere Stimme einer Partei, von der wir eine Rettung unseres Vaterlandes aus Not und Unfreiheit erwarten und erhoffen. Dies kann niemals eine

Partei sein, die von der Internationale ihr Heil erhofft. Deshalb keine Stimme der Sozialdemokratie oder den Kommunisten! Helst mit, Unentschlossene aufzuklären und Säumige an die Wahlurne zu bringen! Es kommt auf jede einzelne Stimme an. Es empfiehlt sich überall sich am Schleppeidienst zu beteiligen. Auf zur Wahl! Auf zum Sieg! Der Vorstand.

Aus der Bewegung.

Grube Emma. Voranzeige: Freitag den 1. Juni 1928, abends 8 Uhr, Versammlung im Gasthaus Glückauf. Vortrag des Herrn Steigers Boge. Zahlreicher Besuch ist Pflicht.

Bebraer Kohlenwerke. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die nächste Versammlung der Werksgemeinschaft wegen der Reichstagswahl, die am 20. Mai stattfindet und wegen des nahe bevorstehenden Pfingstfestes erst am 17. Juni stattfinden kann. Am 10. Juni beabsichtigt der hiesige Knappenverein einen Ausflug nach Dessau in den Wormlitzer Park. Die Mitglieder der Werksgemeinschaft werden gebeten, sich an diesem Ausflug zahlreich zu beteiligen.

Bebraer Kohlenwerke. Die Jugendgruppe der Werksgemeinschaft macht im diesem Jahr unter Leitung des Kameraden Quersüch zahlreiche Wanderungen in die nahe Umgebung des Geiseltals. Diese Ausflüge dienen zugleich als Anschauungsunterricht zur Vertiefung der Kindergemüter in die wunderbare Weisheit der Natur im engeren Vaterlande. Die Mitglieder der Werksgemeinschaft werden hierdurch gebeten, ihre Kinder an diesen Ausflügen teilnehmen zu lassen.

Neuglückler Verein bei Nietleben. Die Werksgemeinschaft der Grube Neuglückler Verein hielt am 28. April 1928 ihre Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende K. Zimmermann eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache und führte unter anderm folgendes aus: „Seit unserer letzten Versammlung sind im Laufe der letzten drei Wochen 15 Mitglieder unserer Gruppe neu beigetreten. Wenn das Anwachsen so weiter geht, werden wir die Belegschaft bald fast restlos ertakt haben. Bei den Zielen, die wir uns gesetzt haben, ist es gar nicht anders zu erwarten. Wir erstreben den Leistungslohn, Werksvereinbarungen, keinen Pennig den Gewerkschaftsbözen. Bei der Betriebsratswahl entfielen auf die Liste 2 der Werksgemeinschaft 2 Sitze und 1 Sitz der Angestelltenliste. Beim Sammeln der Unterschriften gegen die hohen Knappschaffbeiträge hat die Belegschaft fast restlos unterschrieben. Zu Punkt 2: Vorstandswahl. Es wurden gewählt: K. Zimmermann, 1. Vorsitzender, D. Bergmann 1. Kassierer, Fr. Eichler 2. Kassierer, B. Köckig, Schriftführer. Zu Punkt 3: Verschiedenes wurde beschlossen 30 Pf. Wochenbeitrag zu erheben. Diese Gelder werden bei der Spar- und Darlehnskasse hinterlegt, sie sollen den Mitglidern vor Weihnachten zur Auszahlung gebracht werden. Die Mitglieder äußerten den Wunsch zur nächsten Monatsversammlung Herrn Barts zu einem Vortrag zu bitten. Die nächste Versammlung geht bei statt am 26. Mai 1928 nachm. 3 Uhr. Redner ist zur Stelle.“

Braunsdorf. Am 3. Mai sprach im Werksgasthof Wäannerhall Herr Dr. Hoffmann-Rutschke. Die Kameraden der umliegenden Werke hatten den Weg nicht gesehen und waren zahlreich erschienen. An die 200 Personen füllten den Saal. Nach Eröffnung der Versammlung durch Kam. Bentzenstein ergriff Dr. Hoffmann-Rutschke das Wort zu seinen Vorträge: Deutschlands Wiedergeburt und Entwicklungstheorie der Rassen. Schnell zwang der Redner die Hörer in seinen Bann. Selbst einige anwesende Kommunisten wurden immer nachdenklicher und nickten öfters Beifall. Bei der anschließenden freien Aussprache wurden verschiedene Fragen gestellt und Ergänzungen gegeben. Ein sozialdemokratischer Diskussionsredner gab unumwunden zu, daß Deutschland nicht schuld am Kriege sei, nach seinen Ausführungen seien wir schon 2 Tage vor der Mobilmachung von russischen Schiffen beschossen worden. Schließlich sprach Herr Dr. Hoffmann-Rutschke das Schlüsselwort und betonte vor allem, daß wir aus der Geschichte lernen müssen. Mit den Worten „Deutschland über alles und im Unglück nun erst recht“ schloß er die Versammlung. Es war inzwischen Mitternacht geworden, und immer noch standen heftig debattierende Gruppen beisammen. Der beste Beweis dafür, daß der Vortrag gezündet hatte. Mit Beifall hatte man nicht gesparrt. Fr. Schm.

Vortragskalender:

- Streckan,** Gasthof Voigt, Mittwoch, den 16. 5. 1928, abends 8 Uhr, Vortrag über das Reichsnappschaffsgesetz. Gäste willkommen.
- Borna,** Börsenhalle, Freitag, den 18. 5. 1928 abends 8 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Etze. Gäste willkommen.
- Regis Brellingen,** Gasthof Franke, Sonnabend, den 19. 5. 1928, Vortrag des Herrn Dr. Hoffmann-Rutschke. Gäste willkommen.
- Neuglückler Verein bei Nietleben,** Sonnabend, den 26. 5. 1928 nachm. 3 Uhr Mitgliederversammlung. Vortrag Barts.
- Grube Emma,** Gasthof Glückauf, Freitag, den 1. 6. 1928, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena. — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 15. Juni 1928

Nr. 5

Verantwortung.

Vorüber sind die Wahlen. Das Ergebnis liegt vor. Es zeigt ein nicht unerhebliches Anwachsen der Linkstimmen. Daran vorbeizureden, wäre Vogel-Strauß-Politik. Sozialdemokratie und Kommunismus haben ihre Mandate wesentlich vermehren können.

Es sind eine große Anzahl Gründe genannt worden, woher das wohl komme. Das mag recht nützlich sein für die politischen Parteien, uns als wirtschaftliche Vereinigung geht das weniger an. Aber einige Punkte mögen doch auch von uns betont werden. Der Wahlkampf ist von den Linksparteien geführt worden ohne Weltanschauungsparolen, ohne Parolen, die den Staatsgedanken zum Inhalt hatten. Rein materiell waren die Kampfrufe, die von dort ertönten. „Gib Deine Stimme der Sozialdemokratie, das ist bar Geld.“ Krasser kann der Materialismus wirklich nicht zum Ausdruck kommen. Der Staat mag diesen Leuten wie ein großer Kuchen vorkommen, von dem sich jeder ein möglichst großes Stück abschneiden kann. Nehmen, nur nehmen vom Staat, — geben? Dem Staat etwas geben, dazu sind wir nicht da. Staatspolitisches Denken war nie eine Stärke der Deutschen. Aber daß sich dieser Mangel am 20. Mai so kraß ausdrücken konnte, das ist schon der Gipfel der Unvernunft.

Ein anderes noch lehren uns die Wahlen vom 20. Mai. Das nämlich, daß das Deutsche Volk aus seiner mehrtausendjährigen Geschichte aber auch garnichts gelernt hat. Das geht besonders die Kreise an, die aus Ehrgeiz, Verärgerung, Unzufriedenheit, aus der Sucht heraus, eine Rolle spielen zu müssen, kurz aus vielerlei Gründen, ihre Stimme zersplittert haben. In vielen Fällen war wieder nur Eigennutz, also krasser Materialismus der Beweggrund zur Bildung einer Anzahl neuer Parteien.

31 Parteien waren zugelassen zum Reichstag. Davin zeigt sich mit furchtbarer Deutlichkeit die wahnsinnige Zersplitterung unseres Volkes. Millionen Stimmen sind auf diese Weise völlig nutzlos abgegeben worden. An zehn Millionen haben überhaupt nicht gewählt. Uneinigkeit, innerer Haß und Zwietracht, die innere Zerrissenheit, die sich besonders bei den Wahlen gezeigt, sind seit je die größten Feinde unseres Volkes gewesen, die es immer wieder vermocht haben, uns von dem Platz zu verdrängen, den wir in harter Mühe und Arbeit uns errungen hatten. Diese Lehre hat das Deutsche Volk in großen Teilen nicht gezogen aus der Vergangenheit.

Den Siegern ist merkwürdigerweise gar nicht wohl in ihrer Haut. Der Sieg verpflichtet. Jetzt lastet auf der Sozialdemokratischen Partei die Verantwortung

und gerade daran hatten sie sich bisher vorbeigedrückt. Nichts ist leichter als schimpfen; es besser machen, das ist die Kunst, die die Wählermassen jetzt von ihr erwarten. Die reichen jetzt schon die quittierten Rechnungen ein, und sie haben recht, denn man hats ihnen ja vor der Wahl versprochen: Bar Geld. Drob wird den sozialistischen Kirchvätern schon jetzt Angst und Bange. Ein bekannter Führer der Sozialdemokratie hat sich nach einer Blättermeldung wie folgt geäußert: „Es ist ein Pyrrhussieg. Und dieser Sieg wird uns bei der nächsten Wahl 50 Mandate kosten.“

In diesen Worten liegt immerhin das ehrlche Eingeständnis, daß man den Wählern zwar viel versprochen hat, daß man die Versprechungen aber nicht einlösen kann. Dann aber kommt die Ernüchterung und die Enttäuschung, die Erkenntnis: ja wir sind die Dummen, wir sind wieder einmal belogen worden. Der Vorwärts, der vor den Wahlen den Mund nicht voll genug nehmen konnte, ist schon recht kleinlaut geworden. Er bringt seinen Lesern so nach und nach bei, daß man natürlich keine Wunderdinge von der Zukunft erwarten könne. Immer hübsch langsam und einer nach dem andern.

*) „Es ist noch immer so gewesen, daß sich unser Wille nur schrittweise gegen ihm entgegengesetzte Kräfte durchsetzen konnte, es wird auch in der neuen Regierung so sein. Vordern kann sich das erst, wenn eines Tages die Sozialdemokratische Partei die Mehrheit aller Reichstagsitze einnehmen wird. Der Mehrheitsstiel wird uns zwar nicht — wie man uns als unsere Meinung unterstellt, — den Sozialismus wie einen reifen Apfel in den Schoß fallen lassen — auch nach ihm wird es an schweren Kämpfen gegen objektive Schwierigkeiten und subjektive Widerstände nicht fehlen, aber dann wird eine entscheidend wichtige Position erobert sein, und wir werden ganz anders vorwärts marschieren können als bisher. Einstweilen müssen wir mit den Tatsachen der Gegenwart rechnen.“

Ja, er steht schon im Geiste die erregten Massen, die erkennen, daß sie belogen worden sind, und versucht jetzt schon ängstlich die Verantwortung von sich zu schieben.

„Sollte es so oder noch schlimmer kommen — wie es kommt, hängt ja nicht von uns allein ab — so mögen andere dafür die Verantwortung tragen. Niemand aber soll behaupten können, es sei unser Verjagen, das dabei die Schuld trage.“

Angst und Bange ist den Genossen vor der Zukunft. Die Verantwortung ist schwer und niederdrückend. Und mancher alte Genosse wird den Rat gegeben haben: Laßt die Finger davon, ihr verbrennt euch, und unentwegt bekennt der Vorwärts:

Es ist ein schwerer Irrtum zu glauben, es sei besser nichts zu tun, weil man dann nicht in die Gefahr komme, Fehler zu be-

*) Vorwärts Nr. 248 vom 27. 5. 1928.

gehen. Nichts in einem Augenblick, der politisches Handeln erfordert, ist der schlimmste aller Fehler. Mag uns auch die nächste Zukunft vor schwierige Aufgaben stellen — bange machen gilt nicht!

Wir wollen auch nicht bange machen. Ihr seid ja schon banger als die Hühner, wenns donnert. Wir wünschen euch das, was ihr verdient. Aber eins steht bombenfest: Es wird eine furchtbare Abrechnung geben.

Inzwischen schreitet unsere Bewegung gewaltiger voran, als wir es je gehofft haben. Eine große Anzahl neuer starker Gruppen hat ihren Beitritt zu unserer

Bereinigung erklärt, und immer neue Anmeldungen gehen ein. Wir danken allen unsern Helfern und Freunden für ihre fleißige, opferfreudige Arbeit. Wir machen keine großen Versprechungen aber wir halten, was wir einmal versprochen haben. Im Laufe des Monats finden die ersten Beratungen der gemischten Kommission statt, von denen neuer kräftiger Antrieb erfolgen wird. **Uns ist nicht bange um die Zukunft, denn mit uns ist die Zukunft, und wir marschieren.**

Werksgemeinschaft.

Aus einem Vortrage, den uns Herr Geh.-Reg. Rat. Prof. Dr. A. Voigt, Frankfurt a. M. zur Verfügung stellte.

Es ist der Wunsch der Arbeiter, daß eine Behandlung der Arbeiter im Betriebe stattfindet, die unter Wahrung der Autorität und Disziplin ihrer Menschenwürde und Stellung als Mitarbeiter am Werk gerecht wird. Das ist gewiß eine billige und sehr bescheidene Forderung. Ich glaube nicht, daß die Unternehmer sich ihr widersetzen würden, wenn sie davon Kenntnis hätten. Aber fortwährende Klagen bei diesen wären kaum der richtige Weg zur Beseitigung dieses schweren Uebelstandes. Was aber kann dann dagegen geschehen?

Hier wäre ohne Zweifel der erste Angriffspunkt, das zu verwirklichen, was man die Werksgemeinschaft nennt. Der Kernpunkt des Uebels ist nämlich folgender. Ein großer Teil der Arbeiter ist heute aus Gründen, welche wir noch zu erörtern haben werden, nicht von dem Gedanken durchdrungen, daß der Arbeitsvertrag ihnen Pflichten gegenüber dem Betriebe auferlegt. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß der Arbeitsvertrag sie nur verpflichtet, während der Arbeitszeit im Betriebe anwesend zu sein. Zu veranlassen, daß diese Zeit auch zur Arbeit verwendet werde, sei Sache des Arbeitgebers. Aus dieser Auffassung ergibt sich dann unmittelbar die Notwendigkeit, daß der Arbeitgeber sogenannte „Antreiber“ anstellt, welche eben dafür sorgen sollen, daß auch wirklich hinreichend gearbeitet werde. Daraus folgt dann weiter, daß der Antrieb keine höfliche Mahnung, sondern ein schroffes Befehlen wird. Der Antreiber muß tatsächlich den Herren spielen.

Wie ganz anders wäre es, wenn alle Arbeiter sich ihrer Arbeitspflicht bewußt wären und bei entsprechender Behandlung von der anderen Seite auch die nötige Lust zur Arbeit mitbrächten. Dann wären Antreiber gar nicht notwendig und aus der Werkstattbeamten würden dann

ihre Anleiter und Helfer. Dann wäre die Werksgemeinschaft in der Idee vorhanden. Wäre sie dann auch noch nicht ganz verwirklicht, weil dazu nach der heute vorherrschenden Auffassung eine bestimmte Form gehört, wäre doch der erste und wesentliche Schritt zu ihr getan. Dann würden auch alle Werkstattbeamten Mitglieder werden können, um dort außerhalb des Betriebes kameradschaftlich mit ihnen zu verkehren.

Den Werksgemeinschaften ist eine zweite und sie besonders kennzeichnende Aufgabe zuzuweisen, nämlich die, im Einverständnis mit der Betriebsverwaltung, vielleicht durch den Betriebsrat, wenn dieser vom rechten Geiste erfüllt ist, für Leistungslöhne, das heißt für gerechte Anpassung der Löhne an die Leistungen zu sorgen. Das Akkordsystem ist die einfachste Form des Leistungslohnes. Näher darauf einzugehen, ist hier nicht der Ort noch die Zeit. Es genügt uns, hier festgestellt zu haben, daß die Werksgemeinschaft die Aufgabe hat für den Leistungslohn einzutreten und Sorge zu tragen.

Damit gelangen wir dann zum Schluß auch zu einer vollständigen Bestimmung des Begriffes Werksgemeinschaft, der bisher noch immer Gegenstand vieler Meinungsverschiedenheiten ist. Wir können jetzt bestimmt sagen, daß eine Werksgemeinschaft zunächst die Aufgabe hat, den Frieden in der Werkstatt zu wahren durch Beseitigung der üblen Verkehrsformen der Werkstattbeamten, die eben bei arbeitswilligen Arbeitern gar nicht am Plage sind, und dann noch die zweite noch wichtigere Aufgabe, für die Gerechtigkeit der Entlohnung nach dem Leistungsprinzip zu sorgen. Wie das zu geschehen habe, ist Sache des einzelnen Betriebes und nach dessen Eigenart zu entscheiden.

Was in Deutschland möglich ist.

Entnommen den „Wirtschaftsnachrichten“ des Bundes für Nationalwirtschaft u. Werksgemeinschaft Nr. 11 v. 11. 6. 28.

Nimmt man einen Bericht des Reparationskommissars zur Hand, so findet man regelmäßig die Feststellung, daß Deutschland die ihm auferlegten Verpflichtungen des Dawesplans erfüllt hat. So ist z. B. auf Seite 1 des Berichtes vom 10. Juni 1927 zu lesen: „Die Ausführung des Planes nimmt einen normalen Verlauf. Deutschland hat alle von ihm in den ersten neun Monaten des dritten Annullitätsjahres verlangten Zahlungen geleistet.“

Vor einigen Jahren hielt auf Einladung deutscher Linkstreife der Vizepräsident der französischen Liga für Menschenrechte Viktor Basch, Professor an der Sorbonne in Paris, eine Vortrag in Potsdam, der wegen der gegen Deutschland ausgestoßenen Schmähungen die Entrüstung aller national denkenden Deutschen bis weit in Linkstreife hinein hervorrief. Trotzdem hielt es die „Liga für Menschenrechte“ für angebracht, denselben Basch in diesem

Jahre wieder zu einem Vortragsabend kommen zu lassen. Basch durfte sogar seinen Vortrag im SitzungsSaale des preußischen Herrenhauses halten. Im Saale war eine Abteilung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ anwesend. Leiter der Versammlung war der General von Schönau. In diesem Vortrage hat nun Basch die Behauptung aufgestellt:

Deutschland habe seine Verpflichtungen noch nicht erfüllt und auch noch nicht ehrlich abgerüstet.

Das Deutsche Volk stöhnt schmerzlich unter der Peitsche des Fronvogts; dieser beschneit ihm, daß es brav erfüllt habe, und nun kommt ein alter ausländischer Bösewicht, der sich ausgerechnet einen „Pazifisten“ nennt, und wagt es, die handgreifliche Lüge auszusprechen, wir hätten unsere Verpflichtungen nicht erfüllt!

Man sollte meinen, daß von deutschen Versammlungsteilnehmern unter dem Vorsitz eines Offiziers der alten Armee diese Frechheit ohne weiteres mit dem Hinauswurf des Redners aus dem Saale des Preußenparlaments hätte beantwortet werden müssen. In Paris wäre sicher im umgekehrten Falle noch etwas ganz anders passiert, wenn man sich überhaupt vorstellen könnte, daß ein ähnlicher Vorgang dort möglich wäre. Was tat aber die Versammlung in Herrenhaufe? Sie quittierte Baschs Ausführungen mit stürmischem Beifall, an dem sich auch die Reichsbannerleute beteiligten, und der Herr General von Schönau dankte dem Hezer am Schlusse mit Händedruck für seine „herrlichen Worte“.

Gerechte Bestrafung roten Terrors.

Wir lesen in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ (Essen) Nr. 7 (1928): „Ein gerechtes Urteil wurde vor einiger Zeit vom Amtsgericht Mühlhausen gegen den roten Betriebsrat der Firma Thüringische Maschinen- und Fahrradfabrik Walter & Co., in Mühlhausen gefällt. Der Arbeiter X. war Mitglied des Jungdeutschen Ordens und sonderbarer Weise auch Mitglied des sozialistischen Metallarbeiterverbandes. Als dieser eines Tages dahinterkam, verlangte er den Austritt des X. aus dem Orden. Der Arbeiter tat dies jedoch nicht, sondern meldete sofort seinen Austritt aus dem Metallarbeiterverbande trat gleichzeitig einem nicht roten Verbands bei. Später wurde der Arbeiter X. arbeitslos, sollte jedoch kürzlich wieder

Die Schmach dieses Vorkommnisses wird dadurch nicht ausgelöscht, daß einige Tage später, nachdem die nationale Tagespresse ihrer Entrüstung Ausdruck gegeben und nachdem der bisherige demokratische Abgeordnete Graf Bernstorff im Sportpalast dem Reichsbanner seine traurige Haltung vorgeworfen hatte, der „Demokratische Zeitungsdiener“ von Basch abrückte. Das mußte man schon im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen tun.

Das Reichsbanner will lediglich „Saalschutz“ geleistet haben; das ist ja aber gerade das Schlimme und Unglaubliche, daß es eine Organisation in Deutschland gibt, die Leute wie Basch schützt, obwohl sein Potsdamer Auftreten noch in frischer Erinnerung ist.

Im Ganzen kann man nur sagen „Pfui Teufel!“

von obengenannter Firma eingestellt werden. Der sozialistische Betriebsrat der Firma widersprach dem aber und drohte im Falle seiner Einstellung mit Verweigerung der Überstunden. Infolgedessen sah die Firma von einer Einstellung ab, so daß er weiter ohne Arbeit blieb. Auf Klage gegen die Mitglieder des Betriebsrates hat das Amtsgericht diese verurteilt, dem Kläger den ihm entstandenen Schaden nebst Zinsen zu erstatten. Das Gericht stellt fest, daß das Verhalten des Betriebsrates vorsätzlich und unter Verstoß gegen die guten Sitten den Kläger geschädigt habe.

Er kann auch anders.

(wie die „Deutsche Wacht“, Wochenschrift der Deutschen Vereinigung im Nr. 10 vom 10. 6. 28 schreibt), Albert Thomas nämlich, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Gegenüber den deutschen Gewerkschaften wacht er mit Argusaugen, daß sie ja nicht vom sozialistischen Schema abirren und einige Minuten über die achtsündige Arbeitszeit zugeben. Gleich ruft er, wie er das 1924 getan hat, die ganze Welt zum Protest gegen das deutsche „Dumping“ auf.

Neulich aber war Herr Thomas in Rom, wo er dem dritten Kongreß der faschistischen Syndikate bewohnte. Es sind die „Gewerkschaften“, die nach dem Sprachgebrauch der deutschen Gewerkschaftler teils als „gelbe“, teils als „faschistische“ Organisationen anzusprechen sind; jedenfalls sind sie ohne jedes Streikrecht, rein auf das wirtschaftsfriedliche Prinzip festgelegt. Mussolini rühmte in seiner Ansprache, daß die Arbeiter-

syndikate so viel Disziplin aufgebracht haben, um durch Annahme von Lohnherabsetzungen die Aufwertung der italienischen Währung zu ermöglichen. Thomas stimmte begeistert in das Lob ein. Er war so entzückt von den faschistischen Gewerkschaften, daß er noch in Locarno, wohin er von Rom aus gegondelt war, sich mit großer Befriedigung über das ständige Anwachsen der faschistischen Gewerkschaftsbewegungen in Italien äußert hat, wo die Arbeiter einen großen Anteil an der Stabilisierung der Währung hatten.

Merkt du jetzt, deutscher Arbeiter, daß die ganzen internationalen Einrichtungen, daß ganze Geschwätz von internationaler Solidarität der Arbeiter nur ein abgefäimter Schwindel ist, um die deutsche Wirtschaft in Fesseln zu halten, damit die fremde hochkommt und der deutsche Arbeiter für seine „Brüder“ im Ausland hungern muß?!

Aus der Bewegung.

Es haben sich in den letzten Wochen mehrere bereits bestehende Gruppen unserer Vereinigung angeschlossen: so die Betriebsgruppe Böhlen der A. S. W. mit nahezu 200 Mitgliedern, die Werkgemeinschaft der Braunkohlenwerke Borna A. G. und die Werkgruppe der Gewerkschaft Neuglückler Verein bei Halle. Wir begrüßen alle neuen Kameraden auf das herzlichste und freuen uns, daß wir auf diese Weise einen guten Schritt vorangetan haben auf dem Wege zur Einigung der gesamten nationalen Arbeiterschaft. Auch organisatorisch haben wir uns kräftig entwickelt. Die im Revier Borna vorhandenen Gruppen sind zusammengeschlossen im Bezirk Borna der A. M. B. mit entsprechenden Unterbezirken. Die gleiche Entwicklung vollzieht sich zur Zeit im Revier Halle.

Sonntag, den 26. August veranstalten wir eine große Tagung mit anschließender Kundgebung in Merseburg und treten damit an die breitere Öffentlichkeit. Wir fordern jetzt bereits alle Kameraden in den einzelnen Gruppen auf, für zahlreichen Besuch dieser Tagung, von der eine neue Epoche im hiesigen Bergbau ausgehen soll, zu sorgen. Wir vertrauen auch hier auf den so oft erprobten Opfermut und die bewährte Werbeständigkeit unserer Kameraden. Die noch im Umlauf befindlichen Listen bitten wir alsbald einzusenden. In den nächsten Tagen gehen den einzelnen Bezirken bzw. Gruppen Fragebogen zu, die sorgfältig auszufüllen sind. Glückauf zu neuen Taten!
Der Vorstand.

Gründungsversammlung der Werkgemeinschaft der Braunkohlenwerke Borna u. G.

Unter zahlreicher Beteiligung fand am 13. 5. 28 die Gründungsversammlung der Werkgemeinschaft der B. W. B. statt. Kamerad Morgenstern eröffnete 3,30 Uhr die Versammlung und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Besonders begrüßte er Herrn Barts aus Halle, der in freundlicher Weise den Vortrag übernommen hatte, und die erschienenen Werksgruppen von Böhlen, Großhöffen, Breunsdorf, Wignitz und Neukirchen.

Kamerad Morgenstern gab bekannt, daß die Versammlung in einem öffentlichen Teil (1-3 der Tagesordnung) und einem geschlossenen Teil (4-9) gehalten werden soll. Das hatten sich die unter Führung des Gewerkschaftssekretärs Steffens erschienenen 28 Freigewerkschaftler nicht vermutet; aber ihr Murren half ihnen nichts. Der Versammlungsleiter erteilte Herrn Barts das Wort zu seinem Vortrage, der von den Anwesenden mit starkem Beifall aufgenommen wurde.

Zu Punkt 3 (Ausprache) hatten sich unter anderen 4 von der Gegenseite gemeldet. Da nur 1/2 Stunde Aussprache zur Verfügung stand, einigte man sich dahin, daß nur ein Freigewerkschaftler sprechen konnte, natürlich bestimmten sie ihren Sekretär dazu. Er ließ eine von Lüge und Heze strohende Rede los. Als die Redezeit abgelaufen war, und Kamerad Morgenstern Herrn Barts des Schlusswort erteilte, verließen die Gewerkschaftler unter Führung ihres Sekretärs, ohne das Schlusswort des Herrn Barts angehört zu haben, fluchtartig das Lokal. Als ein voller Erfolg für uns darf das Verhalten der Gewerkschaftler bezeichnet werden, denn würden ihre Ausführungen der Wahrheit entsprechen, so brauchten sie das Schlusswort des Herrn Barts nicht zu scheuen.

Nach kurzer Pause, in welcher noch Anmeldungen angenommen wurden, trat man in den geschlossenen Teil ein. Es wurde durch Kamerad Morgenstern bekannt gegeben, daß sich der Stand der Mitglieder auf 40 Mann erhöht habe. Immerhin ein sehr schöner Erfolg. Herr Barts übernahm bereitwillig die Leitung der Versammlung, bis der Gesamtvorstand (Punkt 4) gewählt war. Es wurden folgende Mitglieder in den Gesamtvorstand gewählt.

1. Vorsitzender	Kamerad Morgenstern	
2. "	"	Noeske
Rassierer	"	Engelmann
Schriftführer	"	Karberg
1. Beisitzer	"	Schulz
2. "	"	Dennhardt

Alle Gewählten nahmen ihr Amt an und dankten für das in sie gesetzte Vertrauen.

Dann nahm der 1. Vorsitzende die Leitung der Versammlung in die Hand. Er ging auf Punkt 5 (Satzungen) ein. Nach kurzer Aussprache beschloß man, sie zur Ausarbeitung an den Gesamtvorstand zu überweisen.

Zu Punkt 6 (Steuern) einigte man sich auf Vorschlag des 1. Vorsitzenden auf 30 Pfennig pro Monat.

Punkt 7, (Werksparkasse) wurde nach einer längeren Debatte angenommen.

Ebenso fand Punkt 8, Anschluß an die A. M. B. Annahme.

Unter Punkt 9, Sonstiges, wäre noch zu erwähnen, daß als Vereinslokal das Gastzimmer der Werkskantine gewonnen worden ist.

Mit Worten des Dankes für die Mitarbeit aller, die zu dem Gelingen des Zusammenschlusses beigetragen haben, schloß Kamerad Morgenstern mit kräftigem Glück auf! 1/29 Uhr die Versammlung.

Der Mitgliederstand hat sich inzwischen auf 54 Mann erhöht.

Werkgemeinschaft der A. R. W., Kraft I und III, Thraña.

Im Gasthof zu Thraña fand am Sonntag, den 29. April 1928, abends 7 Uhr die 3. Mitgliederversammlung statt. Nach kurzen Begrüßungsworten an die erschienenen Mitglieder erstattete der 1. Vorst. Kamerad Jahn Bericht über die Beratung auf der Osterkonferenz der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau, an welcher er und Kamerad Heuschkel als Gäste teilgenommen hatten, und über das, was er dort sonst über die Arbeit und den Ausbau der A. R. W. und der in ihr zusammengeschlossenen werksgem. Gruppen in Erfahrung bringen konnte. Seine Anregung, der A. M. B. beizutreten fand Anklang, sodaß der Anschluß in nicht ferner Zeit wohl vollzogen werden wird. Einstimmig erklärte sich die Versammlung für eine geschlossene und zahlreiche Teilnahme an der in Merseburg geplanten Rundgebung gelegentlich der Hauptversammlung der A. M. B. Eine sehr eifrige Aussprache rief dann auch die Entschliebung in der Frage der Knappschaftsbeiträge hervor. Zahlreiche Zustimmungserklärungen auch aus Nichtmitgliederkreisen sind schon erfolgt, und es soll nicht nachgelassen werden in der Unterzeichnungsammlung, damit endlich einmal diese für uns

Bergleute so wichtige Frage durch den Appell an den Reichsarbeitsminister ins Rollen gebracht und hoffentlich zur Verhandlung im neuen Reichstag geführt werden kann. Im Mittelpunkt der Versammlung stand dann der Vortrag von Dr. Brechtel (Deutsche Vereinigung, Zeitz) über „Die Lage im deutschen Kohlenbergbau“, welcher den anwesenden Kameraden ein eindrucksvolles Bild gab von den gegenwärtigen Verhältnissen im deutschen Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau. Die Ausführungen des Redners zeigten auch die Lage auf dem internationalen Kohlenmarkt und beschäftigten sich insbesondere ferner mit dem Schmalenbachgutachten über „Ersparnismaßlichkeiten in der Produktion und im Absatz ostelbischer und mitteldeutscher Braunkohlenbriketts“. In der weiteren Erledigung der T. O. nahm der Vorsitzende grundsätzliche Stellung zu den bevorstehenden Wahlen und ermahnte die Mitglieder, ohne sie irgendwie auf eine bestimmte Partei festlegen zu wollen, Ihre Stimme als deutsche Staatsbürger nur solchen Parteien zu geben, deren Arbeitsziele die wirtschaftliche und politische Befreiung unseres Vaterlandes sind. Nachdem unter Punkt Verschiedenes noch eine Reihe Vereinsangelegenheiten, wie weiterer innerer Ausbau, Werbearbeit usw. nach eifriger Aussprache ihre Erledigung gefunden hatten, konnte der Vorsitzende mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden und dem freudig aufgenommenen Bergmannsgruß „Glückauf!“ die gut verlaufene Versammlung schließen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft die Mitglieder, noch zahlreicher in den Versammlungen zu reger Mitarbeit zu aller Wohl erscheinen möchten.

Werkverein der Rositzer Braunkohlenwerke.

Am 6. 5. fand im Werkskafino Rositz die Monatsversammlung statt mit folgender T. O.: 1. Werkvereinsangelegenheiten. 2. Vortrag: „Staat und Parteien“ (Redner: Dr. Brechtel, Deutsche Vereinigung Zeitz). 3. Verschiedenes. — Unter den Vereinsangelegenheiten wurde insbesondere noch einmal die Wichtigkeit der Entschliebung der A. M. B. für das Reichsarbeitsministerium betont und alle Mitglieder aufgefordert, eifrig für die Unterzeichnung unter allen Belegschaftskameraden zu werden. Der Vorsitzende Kamerad Taubert sprach sich dann des längeren über die Bedeutung des Anschlusses an die A. M. B. aus, der baldmöglichst vollzogen werden soll. Anschließend an den gelegentlich der bevorstehenden Wahlen besonders aktuellen Vortrag erag sich eine recht rege Aussprache, in welcher der Vorsitzende die Kameraden ermahnte, am 20. 5. den rechten Weg zu gehen, ohne sie dabei aber parteipolitisch festzulegen.

Werkgemeinschaft „Bergmannswohl“ auf Grube Emma bei Streckau.

Am 28. 4. tagte die Monatsversammlung im Gasthaus „Glückauf“ in Streckau. Die Versammlung wurde um 8 Uhr vom Vorsitzenden Kamerad Härtner eröffnet, anwesend sind 30 Mitglieder. Die Tagesordnung lautete: 1. Verlesen des letzten Protokolls. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten Punktes, wurden in Punkt 2, drei neue Mitglieder aufgenommen. Im Punkt 3 wurde vor Allem Näheres über das am 10. 6. ds. Js. stattfindende Kinderfest besprochen. Es wurde hierzu ein fünfgliedriger Ausschuß gewählt, der mit dem Gesamtvorstand, die eigentlichen Vorbereitungen treffen soll. Es fand eine sehr rege Aussprache über den Verlauf des Festes statt. Mit dem Kinderfest soll gleichzeitig die Gründungsfeier stattfinden, bei welcher abends Volksstänze (von jung. Damen) ein Theaterstück, sowie ein kleines Länzchen für alle Mitglieder vorgesehen sind. Weiter wird der Vorschlag gebracht, ein Luftgewehr anzuschaffen, um dann beim Kinderfest, wie auch bei Monatsversammlungen den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich dem Schießsport zu widmen. Der Vorschlag fand allgemeinen Anklang. Weiter sprach Kamerad Weidner über die Osteragung der Arbeitnehmervereinigung in Halle, vor allem über den Punkt 3 betr. Besprechung mit den Arbeitgebern. Nach Aufklärung durch den Vorsitzenden, wurde zur Unterschriften Sammlung betr. der Entschliebung (der Osteragung) „Gegen die hohen Knappschaftsbeiträge“ geschrieben. Die Liste soll weiter vervollständigt werden. Ferner warf der Vorsitzende die Frage auf, ob die Mitglieder in diesem Jahre die Absicht hätten einen Ausflug zu machen. Nach kurzer Aussprache hierüber, wurde der Ausflug fallen gelassen, dafür sollten, und wollen die Mitglieder recht zahlreich zu der 1. Tagung der Arbeitnehmer-Vereinigung im Mitteldeutschen Bergbau im Monat August in Merseburg erscheinen. So fand die Tagesordnung ihr Ende und die Versammlung wurde gegen 10,30 Uhr vom Vorsitzenden mit einem kräftigen „Glückauf“ geschlossen.

Im gemütlichen Teil sang man schöne alte deutsche Volkslieder, welche von Herrn Obersteiger Pätzsche am Klavier begleitet wurden. In diesem harmonischen Teile blieben die Mitglieder bis gegen 12 Uhr fröhlich beisammen.

Ffn.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena. — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 12. August 1928

Nr. 6

Zur Jahreshauptversammlung.

Reges Leben herrscht allenthalben in unseren Gruppen. In wenigen Wochen findet die erste Jahreshauptversammlung der jungen Arbeitnehmer Vereinigung statt. Und da heißt es sich regen und rühren, damit die Veranstaltung einen würdigen Verlauf nimmt. Beratungen, Versammlungen, Vorstandssitzungen beschäftigen sich seit Monaten mit den Vorarbeiten für unsere Tagung.

Die Zweifler und vor allen unsere Gegner sagen: Was wird da groß werden? Was wollen die paar Leuten? Einige Duzend Gelbe werden sich ein Stelldichein geben und Freibier trinken.

Die so denken, werden sich doch wohl erstaunt die verschlafenen Neuglein reiben, wenn sie den Aufmarsch ernsther und selbstbewußter Arbeitermassen erleben, die es satt haben, sich am Gängelbände einzelner Nutznießer daharleiten zu lassen.

Gewiß, gemessen an der gesamten Bergarbeiterschaft ist es nur eine kleine Schar, die hier in Merseburg aufmarschiert und ihren Willen kund tut, neue Wege zu gehen, um aus Elend und Knechtschaft herauszukommen. Jeder aber weiß, daß das Kleine die Wiege des Großen ist, so in der Natur, so im privaten und öffentlichen Leben. Das wissen ganz besonders unsere Gegner, die vor einigen Jahrzehnten ein winziges Häuflein nur waren. Wir aber stehen auf dem Standpunkte, daß man die Stimmen wägen und nicht zählen muß, und bekennen uns zu dem Dichterwort: Die Mehrheit ist der Unsinn, Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen. Das durch Beweise noch zu erhärten, hieße Eulen nach Athen tragen. Die Geschichte der letzten 10 Jahre ist eine schwere Kette vollgültiger Beweise dafür. Leider am meisten für uns deutsche Arbeiter.

Alles Große in der Weltgeschichte ist von Einzelnen, niemals von der Masse ausgegangen, von der Masse geht stets die Zerstörung und Vernichtung aus. Immer waren es einzelne Männer, die ihrer Zeit weit voraus eilten, die Wahrheit erkannten und trotz Anfeindung und Bekämpfung ihren Willen durchsetzten und Großes schufen, das die Jahrhunderte überdauerte. Gründer von Staaten und Religionen, Staatsmänner, Erfinder und Künstler, Dichter und Denker haben das genugsam erfahren. Erst viel später erkennt die Masse, was an gewaltigen Gütern, was an Fortschritt und Kultur es diesen mutigen, willensstarken Vorkämpfern verdankt.

Unsere Mitglieder haben es nicht leicht, gegenüber Unvernunft und Gehässigkeit sich zu behaupten und durchzusetzen. Aber sie haben in ehrlichem Ringen mit sich selbst die Wahrheit erkannt und sind willens neue Wege zu neuen Zielen zu beschreiten.

Unser Endziel aber ist die Befreiung unseres Standes und Volkes von Bevormundung und Knechtschaft. Es mag als ein Wagnis erscheinen in einer Zeit der sozialen Spannungen und Streitigkeiten, die den Tag erfüllen, den Blick auf die Zukunft zu richten. Aber darin liegt unsere Stärke, daß wir den Mut haben, von den Sorgen des Alltags hinweg unsere Augen zu lenken auf das Morgen, das uns Erlösung und Befreiung bringt. Wir vergessen darüber das Heute nicht, sind in im Gegenteil nicht ohne Erfolg bemüht, unsere Lage zu bessern. Wir wissen auf der anderen Seite aber, daß der Mensch mehr als ökonomische Bedürfnisse hat. Das eben erhebt uns über das Tier. Daran aber leidet unsere ganze Zeit an allermeisten, und das ist die größte Not, daß wir verstrickt sind, weit mehr als die meisten ahnen, in ödesten Materialismus. Daher unsere größte, die seelische Not.

Hier gilt es, den Hebel ansetzen und rücksichtslos ausreißern, was faul und morsch ist. Wir bauen auf Sumpf- und Moorboden und versinken elendiglich, wenn nicht die heiligsten Güter Liebe und Treue zum Ganzen, Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit im Einzelnen, vor allem aber die alles überwindende Liebe zum Vaterlande mit dem heißen Befreiungswillen gepaart fest in uns verankert sind.

Unsere Ziel ist: Freiheit der Nation.

Wir wollen frei sein von Sklaventetten, die wir Arbeiter am meisten spüren. In jedem Bissen und jedem Trunk, in jeder Schaufel Kohle, die wir fördern, bezahlen wir Tribut, Schweiß von unserer Arbeit. Einigkeit ist der Weg zur Freiheit. Wir streben die Volksgemeinschaft an aller Volksgenossen.

Unser Ziel ist: Freiheit des Standes und der Arbeit.

Wir wollen frei sein von Bevormundung und Gängelerei. Unsere Organisationsstätte ist unser Betrieb, unser Werk. Wir wollen nicht gegen unser Werk arbeiten, sondern mit ihm, das uns Arbeit und Brot gibt. In gemeinsamer freiwilli-

ger Arbeit mit der Leitung und den Organen des Werkes, mit unsern Unternehmern wollen wir arbeiten und Werte schaffen zu unserm und der Wirtschaft Besten. Wir wollen als Menschen gelten und anerkannt sein. Für unsere Leistung unsern Lohn. Wir wollen Werkgenossenschaft.

So gehen wir nach Merseburg, um durch unsern einmütigen Willen unsere Ziele zu bekunden.

Einig im Ziele, einig im Weg, einig im Willen.

Willkommen in Merseburg.

Es ist nicht von ungefähr und nicht ohne besondere Bedeutung, daß die Tagung der vaterländischen Bergarbeiter Mitteldeutschlands in Merseburg stattfindet. Merseburg, die altberühmte historische Regierungstadt, ist mit Deutschlands Vergangenheit ruhmreich verknüpft. Ernst und gewaltig mahnen Dom und Schloß, eingedenk zu sein der Tugenden unserer Ahnen und Väter, denen wir den Bestand unseres Reiches verdanken, eingedenk zu sein derer, die in treuem Festhalten an der Väter Sitten, voll Vertrauen zu Gott, in rechtem Gemeinschaftsgeist Werke schufen, die die Jahrhunderte überdauerten und uns mit ehrfürchtigen Staunen erfüllen.

Vom nahen Leuna grüßen 13 Schornsteine, Wahrzeichen neuzeitlicher Schaffenskraft, deutschen Unternehmungsgeistes. Ein gewaltiges Werk, wohl einzig dastehend in Deutschland, in der Welt. Entstanden in großer Zeit, durch kühnen Unternehmerrmut in Verbindung mit deutscher Arbeit gewaltig emporgewachsen, stellt es die neue Zeit dar, die Zeit industrieller Entwicklung.

Das zwischen Merseburg und Mücheln sich dehrende Geiseltal mit seinen zahlreichen Braunkohlengruben legt Zeugnis ab von dem Reichtum und den Schätzen, die in unserm Boden schlummern.

Hier in Merseburg berühren sich Vergangenheit und Gegenwart. Hier in Merseburg tagen wir, um der Zukunft neue Wege zu weisen. Tiefwurzelnd in der Vergangenheit, feststehend auf dem Boden der Gegenwart, erheben wir unsere Herzen, richten unser Denken und Wollen auf die Zukunft, die uns Erlösung und Befreiung bringt.

Überall in deutschen Landen wächst die Erkenntnis, daß vieles, allzuvielen krank ist im privaten und öffentlichen Leben. Laut genug wird gesprochen von kulturellem Niedergang. Es ist schon wahr, wir bewegen uns in einer Niederung des Geistes, wir sind müde geworden, und unsere Gedanken sind nur gerichtet auf die

Wir haben uns zusammengefunden, wir Kumpels aus dem Geiseltal und Halle, aus dem Weißenfeller Bezirk, aus Borna und Meuselwitz, die wir uns zu diesen Zielen bekennen. Die Merseburger Tagung wird uns kräftigen und festigen in unsern Bestrebungen, wird uns inniger zusammenschweißen. Und aus der großen Not der Zeit herausgeboren wird eine neue Bewegung, die jugendfrisch sich entfalten und mit dazu beitragen wird, daß einst komme der Tag, wo auf Gruben und Halben Freiheitsklänge erschallen, wenn geeint ist unser Volk. In diesem Geiste auf zur Merseburger Tagung.

Nichtigkeiten das Heute, das Morgen kümmert uns wenig. Genießen, nur genießen ist die Lösung in weitesten Kreisen. Wie das einmal enden wird, was nach uns kommt, wie sich das Morgen gestaltet: was schert die Heutigen. Lebe und auslebe! Es fehlt an metaphysischem Denken. Die ewigen Werte der Seele sind außer Kurs gesetzt.

Ob es noch lange so weiter geht? Untergang des Abendlandes? Wir glauben es nicht und wollen es nicht glauben. Uns befeelt ein anderer Geist. Wir haben den Mut, den vielerlei Gefahren offen ins Auge zu sehen. Und wir stehen nicht allein da. Wer aufmerksam im Lande herumsehnd und ein Empfinden hat für die vielerlei und feinen Regungen deutscher Seele, der hat herausgeföhlt, daß unter dem äußern Firnis doch noch Leben ist, Sehnen nach besseren Zeiten, Glauben, Hoffen und Liebe. Viele fühlen sich angeekelt von den mannigfachen Auswüchsen auf allen Gebieten und haben es satt, dem Moloch Bauch weiter zu opfern. Es wächst die Erkenntnis, daß vieles, wenn nicht alles reformbedürftig ist. In der Zeit der Rationalisierung, der „Vernünftigmachung“ erkennt man mehr und mehr daß nicht zuletzt die Menschen vernünftig gemacht werden müssen.

Nicht nur neuer Formen bedarf es, es bedarf geistiger und seelischer Erneuerung. Hier liegt unser Weg vorgezeichnet. Von innen heraus neues Leben gestalten aus dem Schoße der Familie, aus dem Werk heraus. Nicht mit den Mitteln des Klassenkampfes, sondern in rechtem Gemeinschaftsgeist und Gemeinschaftsgefühl.

In diesem Geiste kommen wir in Merseburg zusammen, bereit jeden willkommen zu heißen, der guten Willens ist, Gemeinschaft werden zu lassen. Es grüßt uns die Vergangenheit, es lebe die Zukunft, Deutschlands Erneuerung! Steindorf.

Wohnungszwangswirtschaft.

(Aus dem Hann. Kurier Nr. 328/29 vom 15. 7. 1928.)

Die Kosten der Wohnungszwangswirtschaft nach dem Kriege hat Reichstagsabgeordneter Lucke von der Wirtschaftspartei ermittelt. Er hat festgestellt, daß 58400 Beamte eingesetzt werden mußten, davon rund 19000 für die Bearbeitung von Wohnungsangelegenheiten auf den Gerichten. 8000 Steuerbeamte für die mit den Wohnungsämtern zusammenhängenden Steuern und schließlich 30600 Beamte für die Wohnungsämter selbst. Der Aufwand an Gehältern für dieses Beamtenheer beträgt jährlich 230 Millionen Mark, wozu noch rund 100 Millio-

nen Mark Verwaltungskosten kommen. Die im letzten Jahr im Zusammenhang mit der Wohnungszwangswirtschaft geföhrt 816000 Prozesse haben dem Staate 122,4 Millionen Mark gekostet und den Beteiligten Kosten und Verdienstaussfall von mindestens 91 Millionen Mark verursacht. Für 1927 sind 586,4 Millionen Mark als Summe der Wohnungszwangswirtschaftskosten anzusehen. In den neun Jahren der Nachkriegszeit sind somit rund 5 Milliarden Goldmark infolge der Wohnungszwangswirtschaft vergeudet worden. In den Jahren 1919 bis 1923

war es möglich, für 1 Million Goldmark 250 Wohnungen zu erbauen, mithin für 500 Millionen, die jährlichen Kosten der Zwangswirtschaft, 125000 Wohnungen pro Jahr. In diesen 5 Jahren hätten somit für 2,5 Milliarden Mark 625000 Wohnungen geschaffen werden können, genau die Zahl, die jetzt als Fehlbedarf gemeldet wird. Das Bauen ist jetzt, sicherlich auch als mittelbare Folge der Zwangswirtschaft, teurer. Mit einer Million können nur knapp 200 Wohnungen erstellt werden. Seit 1924 bis Ende 1927 wären dies 360000 und seit Kriegsende rund 1000000. Dadurch, daß diese Million Wohnungen

nicht gebaut worden ist, sind dem Baugewerbe einerseits sehr große Einnahmen entgangen, andererseits sind die sogenannten fixen Kosten der Baubetriebe und der Baustoffindustrie für die Unterhaltung des Verwaltungsapparates, der Baupläze und Gerätschaften, für Versicherungsbeiträge und Arbeitslohnunterstützung bestehen geblieben. Man wird den dadurch der Wirtschaft seit Kriegsbeginn entstandenen Verlust mit ebenfalls 5 Milliarden sicherlich nicht so hoch schätzen. So errechnen sich die seit Kriegsende aufgelaufenen Kosten der Zwangswirtschaft auf insgesamt 10 Milliarden Mark.

Aus der Bewegung.

Monatsversammlung der Werksgemeinschaft der Benaer Kohlenwerke am 17. Juni 1928. Die Versammlung wurde um 3⁰⁰ Uhr vom 1. Vorsitzenden eröffnet. Der Besuch war trotz manningfälliger Veranstaltungen ein recht erfruchtlicher. Bendor in die Tagesordnung eingetreten wurde, fand der Versammlungsleiter warme Worte innigen Gedenkens für den verstorbenen Kameraden Helmut Gebhart. Die Versammlung ehrte den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzn.

Die Tagesordnung umfaßte folgende 4 Punkte: 1. Verlesung der Niederschrift. 2. Bericht über die Konferenz in Halle. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Der erste Punkt konnte nicht erledigt werden, da der Schriftführer am Erscheinen dienstlich verhindert war. Zum zweiten Punkt erläuterte der Vorsitzende unsere Grundsätze im Gegensatz zu anderen Bestrebungen. Ein beachtenswerter Erfolg liegt darin, daß es endlich gelungen ist, mit den Arbeitgebern auf rechtmäßiger Grundlage in Verbindung zu treten. Die gewählte paritätisch zusammengesetzte Kommission, die alle weiteren Schritte unternehmen soll, wird am 26. Juni zum erstenmal zusammentreten.

Zu Punkt 3 konnten 15 Belegschaftsmitglieder in die Werksgemeinschaft aufgenommen werden. Ein Beweis, daß trotz Hitze und Gegenagitation der Gedanke der Werksgemeinschaft auf unserem Werk nicht unterdrückt werden kann, sondern sich kräftig durchsetzt. Der Vorsitzende begrüßte die neuen Kameraden durch warme Worte und verpflichtete sie zu den Aufgaben der Werksgemeinschaft durch Handschlag.

Zu Punkt 4 wurden einige innere Vereinsangelegenheiten besprochen. Damit war die Tagesordnung erschöpft und mit Worten herzlichsten Dankes für das für unsere Bewegung befundete Interesse innerhalb der Belegschaft schloß der Vorsitzende die Versammlung um 5 Uhr.

Am 10. 6. ds. Jz. veranstaltete die **Werksgemeinschaft „Bergmannswohl“** auf Emma ihr diesjähriges Kinderfest. Es wurde eingeleitet durch einen Fackelzug am Sonnabend den 9. 6. Unter Vorantritt der Wehrwolf Kapelle aus Lobstädt bewegte sich der imposante Zug durch die Straßen des Dorfes und endete auf der Grube.

Am Sonntag morgen 6 Uhr wurde ein Weckruf veranstaltet. Unter Vorantritt von 5 Mann in Uniform der Bergleute, bewegte sich die Kapelle (25 Mann stark) durch das Dörfchen, und ließ alte Märsche und Soldatenweisen ertönen. So manch einer der uns sonst fern steht, guckte neugierig durch das Fenster und wollte sich nicht die alten lieben Weisen entgehen lassen.

Zu nachmittags um 2 Uhr war der eigentliche Festzug angehezt. Schon um 1 Uhr sammelten die sich in Weiß gekleideten Kinder, und zahllose Neugierige säumten den Platz vor der Grube. Der Wettergott machte ein gar freundlich Gesicht. Um 2 Uhr stellte sich der Umzug, voran 8 Kameraden in Uniform unter Führung des Kameraden Steiger Freiberg, dann folgte die Kapelle, und hieran schlossen sich die Kinder, mit ihrem schwarz-weiß-roten Fahnen und Blumentoren. Zum Schluß marschierten die anderen Mitglieder. Den Umzug, der alle Straßen des Dorfes berührte, lenkte die Aufmerksamkeit aller Einwohner auf sich. Ein jeder schaute verwundert auf die Kleinen. In Voigt's Gasthof angekommen, wurden die Kinder mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Nachdem begann das Spielen der Kinder. Drei große Sterne waren zum Schießen bereitgehängt, ein jedes Kinderauge leuchtete froh und munter, und manches Stück Schokolade wurde dabei in Empfang genommen. Weiter wurde auf der Mausefalle und an der Kletterstange die Geschicklichkeit und Schlaubheit der Kleinen erprobt. Um 6 Uhr wurde zur Verteilung der Geschenke geschritten. Ein jedes Kind erhielt ein hübsches Geschenk, und man konnte sehen, daß ein jedes zufrieden und glücklich

war. Nachdem die Kinder noch je ein Paar Würstchen mit Brötchen erhalten hatten, wurden sie mit Musik bis zur Grube begleitet, und das eigentliche Kinderfest war abgeschlossen.

Da Mitte April die Werksgemeinschaft auf ihr 5 jähriges Bestehen zurückblicken konnte von einer Feier aber abgesehen wurde, fanden sich am 10. 6. abends alle Mitglieder mit ihrem Angehörigen im Gasthof ein, um noch nachträglich ihr 5 jähriges Bestehen untereinander zu feiern. Schon gleich nach sieben Uhr hatten sich wieder eine rege Zahl von Nichtmitgliedern eingefunden. Die Wehrwolf-Kapelle unter der vorzüglichen Leitung ihres Dirigenten gab sehr schöne Weisen zum Besten. Vor Allem ein Soldatenlieder-Potpouri fand ganz begeisterte Aufnahme. Weiter wurden von 16 jungen Damen vom Turn-Verein Trebnitz unter der rührigen Leitung des Kameraden Thron (Wertgem. Jacobsgrube) drei schöne Reigen aufgeführt. Auch hier wurde an Beifall nicht gespart. Nachdem der Vorsitzende Kamerad Härtner einige Worte an die Anwesenden gerichtet hatte, kam unser hochverehrter Herr Barts-Halle zu Wort.

Er beleuchtete kurz die Vergangenheit, das Werden und Wachen unserer Bewegung und gab Ausblicke auf die Zukunft. Mit einem Hoch auf unser geliebtes Vaterland schloß er seine zu Herzen gehenden Ausführungen, worauf die äußerst zahlreiche Versammlung das Deutschlandlied anstimmte. Ein hübsches Tänzchen beschloß den Abend.

Ausflug der Werksgemeinschaft der Jakobsgrube b. Trebnitz.

Am 1. Sonntag im Juli begrüßte die aufgehende Morgenjonne ein lustiges Völkchen, das sich auf seiner Arbeitsstätte zu einer Wagenpartie in den Zeißer Forst eingefunden hatte. Rührige Hände hatten am Vorabend für die Ausschmückung der fünf Fahrzeuge reichlich gesorgt, ihre Mühe fand lobende Anerkennung. Schon lange vor der Abfahrt waren alle Wagen besetzt, aber guter Wille schuf immer noch ein Plätzchen für die Säumigen. Redende Reden schwirrten von Wagen zu Wagen. Punkt 7 Uhr rollen die Wagen vom Fabrikhof, und Abschiedsgrüße winken von den zurückgebliebenen Kameraden nach. Der Weg führt über Luckenau - Grama, und bald liegt das letzte Bergwerk hinter uns. Bei Hagnsburg begrüßt uns alter deutscher Wald, und unsere Lunge atmet die köstliche frische Waldluft. Auf hohem Berge winkt uns ein Stück deutscher Geschichte, die Hagnsburg. Weiter geht es mit Gesang durch Kaba, die Pforte der Zeißer Schweiz, der Schneidemühle zu. Hier wird 20 Minuten gerastet, dann geht es zu Fuß weiter durch Breitenbach nach dem vorgesehenen Lagerplatz im Walde, wo eine mehrstündige Rast gemacht wurde. Ein jeder suchte sich ein schönes Plätzchen, und das Frühstück begann, wozu auch ein Fäßchen edlen Trunfes angerollt wurde, es verfehlte seinen Zweck nicht und sorgte für Stimmung und Gesang. Nach dem Frühstück entwickelte sich ein reges Treiben. Die Jugend sorgte durch Spiele, Wettlaufen, Tauziehen und viele andere Belustigungen für Abwechslung, aber auch mancher von den Älteren wurde mit hineingezogen in das fröhliche Treiben. Die vorgesehenen Geschenke für die Kinder mußten sich diese erst redlich verdienen. Auch für die echten Hainstädter Würstchen fanden sich Abnehmer. Aber allen zu schnell verging die Zeit. Um 3 Uhr geht es weiter durch den weiten Wald nach Wetterzeube, wo nochmal gehalten werden mußte, weil man schon von weitem merkte, daß die Rostbratwürstchen gut sind. Der Authentik muß erheblich abgekürzt werden, denn die Zeit rückt vor und weiter geht es nach Droyßig, wo wir noch eine wunderbare Lindenallee, das Seminar und Schloß bewundern konnten. Die Fahrt geht weiter in Richtung Kirchsteig, von weitem winkt uns die Heimat entgegen, mit frohem Gesang stehen wir in Trebnitz ein. Zu Hause angekommen, sei allen denen der wärmste Dank ausgesprochen, die zu dem vorzüglichen Gelingen der Fahrt beigetragen haben.

Einladung!

Die Arbeitnehmer-Bereinigung im mitteldeutschen Bergbau

gibt sich die Ehre, Sie zu ihrer am

Sonntag, den 26. August 1928 im Kasino zu Merseburg

stattfindenden

Jahreshauptversammlung

einzuladen. Die Jahreshauptversammlung stellt eine Heerschau dar über alle vaterländischen Bergleute in Mitteldeutschland und wird ausklingen in eine machtvolle Kundgebung für

Freiheit der Arbeit

Freiheit der Wirtschaft

Freiheit des Vaterlandes.

Tagesordnung:

10 Uhr Kirchgang (Abmarsch vom Kasino).

11³⁰ „ Gefallenenehrung und Kranzniederlegung am Ehrenmal.

12³⁰ „ Jahreshauptversammlung (für Vorstand, Vorstandsrat und Delegierte). — Gäste willkommen. —

3³⁰ „ Kundgebung und anschließend zwangloses Beisammensein.

Redner: Steindorf, 1. Vorsitzender.

Universitätsprofessor, Geh. Rat Dr. Voigt, Frankfurt a. M.

Bergw.=Dir. Berg.=Ass. Leopold, M. d. R. Berlin.

Dir. Dr. A. Engel, Berlin.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß Sie durch Ihr Erscheinen Ihren Willen zur Mitarbeit an unseren Bestrebungen bekunden und zum guten Gelingen unserer ersten öffentlichen Kundgebung beitragen helfen.

Mit Glückauf!

Steindorf, 1. Vorsitzender.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena. — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Bereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 20. September 1928

Nr. 7

Die Merseburger Tagung.

Nun liegt sie hinter uns, die Merseburger Tagung, lange herbeigesehnt von uns allen, hoffnungsfreudig und voller Erwartung. Füt wahr! Unsere Erwartungen haben sich nicht nur erfüllt, sie wurden weit übertroffen. Es war eine glanzvolle Tagung, auf die wir mit Recht stolz sein können. Keiner der weit über 1000 Teilnehmer wird den gewaltigen Eindruck vergessen, den der Aufmarsch der vaterländischen Bergleute Mitteldeutschlands hervorgerufen hat.

Wir schulden Dank allen denen, die zum guten Gelingen der Tagung beigetragen haben, in erster Linie der tätigen Gruppe Beuna, die die Vorbereitungen übernommen hatte. Dank ferner allen, die zum Teil von weither kamen und die großen Opfer nicht gescheut haben. Mit der Eisenbahn, mit Lastkraftwagen, auf Rädern und zu Fuß kamen sie, an 1200 Mann, voll Bekennermut, freudig zu zeugen für unsere Ideale und Bestrebungen, einig im Herzen, einig im Willen, einig im Ziel. Das Gelübde, das Herr Pastor Angermann für uns am Ehrenmal ablegte, wollen wir getreulich halten: Wir deutschen Bergleute wollen mithelfen an der Wiederauferstehung unseres Vaterlandes.

Unsere Bewegung, das hat Merseburg bewiesen, steht fest und unerschütterlich da und bildet jetzt bereits einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor im Mitteldeutschen Bergbau. Von Merseburg geht neuer Auftrieb und neues Leben aus. Gehobenen Muts gehen wir von Merseburg an die Arbeit, neuen Taten entgegen.

Der Kirchgang.

Kurz vor 10 Uhr traten die Knappen im Kasino an zum Kirchgang.

Unter Vorantritt eines Spielmannszuges (Beuna) und zwei Musikkapellen (Borna und Michel) bewegte sich ein stattlicher Zug (etwa 1000 Personen) mit den Fahnen befreundeter Knappenevereine durch die Stadt. Massen von staunenden Zuschauern umrahmten die Straßen, die der Festzug durchzog. In mustergiltiger Ordnung nahmen die Teilnehmer in der festlich geschmückten Stadtkirche Platz.

Es war ein erhebender unergeschlicher Augenblick, als unter dem Spiel einer Motette die Fahnen langsam und feierlich einrückten und am Altar aufstellung nahmen. Unvergesslich wird für alle die Teilnahme an diesem

Festgottesdienst sein. Unvergesslich die Predigt des Herrn Pastor Angermann. Folgende Gedanken seien aus ihr besonders hervorgehoben:

Wir leben in einem Zeitalter fortschreitender technischer Erfindungen. Aber nicht nur der Erfinder, sondern jeder Einzelne leistet mit seiner Arbeit einen Beitrag zum Fortschritt der Menschheit. Ein jeder soll, nach Luthers Wort, dem anderen nützlich und dienlich sein. Ehre der Arbeit und der Seele. Wir sollen nicht zur Maschine werden. Wir brauchen auch Ausspannung und Ruhe. Freie Zeit für die Seele. Die heutige Zeit aber ist seelenlos geworden, oberflächlich und inhaltlos. Viele sind in dem materiellen Wahn befangen. Bei allem Stolz auf die Technik muß auch unserem Volke gesagt werden: Vergesse die anderen nicht! Wir sind alle Menschen, ob Geheimrat oder Arbeiter. In uns regt sich die Seele und wo sie nicht ist, ist nichts. Die Seele ist die Hoheit, der Adel. Da ist wahrhaftes Glück. Das ist Leben. Das sind Werte, die uns die Welt nicht nehmen kann. Was hilfe es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele.

Ihr wollt hier bezeugen, das ist unsere Gesinnung. Die Notdurft will aber auch befriedigt werden. Deshalb hat der Heiland die Bitte ums tägliche Brot ins Vaterunser gesetzt. Was recht ist, soll euch werden, sagt ein Heilandswort. So ist's nicht, daß das Christentum nur auf den Himmel verweist. Es ist mit sozialem Empfinden verbunden und von ihm durchdrungen. Für rechte Arbeit, rechten Lohn.

Alle Fragen, die sich darauf beziehen, sollen in Frieden verhandelt und geregelt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen in verständnisvoller Zusammenarbeit miteinander gehen.

Liebe zum Vaterland und den Herrgott im Herzen. Das gilt unserem ganzen Volke. Volkstum und Christentum gehört zusammen.

Es ist eine Zeit schwerster deutscher Not. Was ist uns alles genommen und wie vieles wird uns aufgebürdet! Aber daß viele für die Schande und Not keine Empfindung haben, das macht die Not noch schlimmer. Und doch: Deutsches Volk verzage nicht. Arbeit und Seele können uns helfen.

Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse allein führt nicht zur Freiheit. Nicht allein die körperliche Erziehung, auf den Geist kommt es an. Die gute schlichte, ehrenhafte deutsche Art, verbunden mit Glauben, das ist echte Mannhaftigkeit. Ohne die Arbeiterschaft geht es nicht. Alle müssen von diesem Geiste erfasst werden. Dann erhellt das Morgenrot einer besseren Zukunft die Gegenwart.

Gefallenenehrung.

Nach dem Gottesdienst bewegte sich der Festzug unter klingendem Spiel nach dem Gefallenenehrenmal, um hier einer kameradschaftlichen, vaterländischen Pflicht Genüge zu leisten. Soweit es der Platz erlaubte, nahmen die Teilnehmer Aufstellung im Kreise um das Ehrenmal. Die Kapelle spielte das Niederländische Dankgebet, dann sprach Herr Pastor Angermann ergreifende Worte: Treue ist der Maßstab für unser Tun. So sollen in Ehren gehalten werden, die treu waren bis in den Tod. Schon mancher hat hier gestanden, tief bewegt. Heute ist es großer Besuch. Es sind deutsche Männer, denen das Vaterland im Herzen lebt. Es war euch ein Bedürfnis, denen, die für uns gefallen, ein Zeichen dankbaren Gedankens zu bringen.

Es sollte so sein, daß alle, ohne Unterschied, sich eins fühlen müssen in Liebe zu Volk und Vaterland. Weil noch so vieles daran fehlt, ist es um so erhebender, als die Bergleute hier ihre vaterländische Gesinnung bekunden. Damit verbinden wir das ernste Gelübde, daß es mit unserem Vaterlande wieder anders kommen soll. Wir wollen daran mitarbeiten, daß wir wieder in Ehren dastehen können. Der Jüngling, der das Ehrenmal krönt dort oben, ist ein Symbol für das Wort: Herr mach uns frei! Die Freiheit aber muß errungen werden. Stellen wir den Hader beiseite. Erfüllen wir die Seele mit Glauben und Gottesfurcht. Und aus der Erkenntnis heraus möge der Wille zur Tat entstehen. Wir deutsche Bergleute wollen mithelfen an der Wiederauferstehung unseres Vaterlandes. Das ist unser Gelübde. Möge das ganze Volk sich darin vereinen. Dann wird der Ruf, Herr, mach uns frei, auch wieder Erfüllung finden.

Alsdann legte der Vorsitzende der Arbeitnehmervereinigung Kamerad Steindorf einen prächtigen Kranz am Kriegerehrenmal nieder mit den Worten:

Treu unser Herz, wahr unser Wort.

Deutsch unser Lied, Gott unser Hort.

Mit dem Abspielen des Liedes: „Ich hatt' einen Kameraden,“ fand die Kriegerehrung ihr Ende.

Die Jahreshauptversammlung.

Der erste Vorsitzende der Arbeitnehmervereinigung, Kamerad Steindorf, eröffnete 12,45 Uhr die Jahreshauptversammlung mit herzlichen Begrüßungsworten. Der Jahresbericht gab ein anschauliches Bild von der reichen Arbeit, die die Arbeitnehmer-Vereinigung seit Bestehen geleistet hat. Einen großen Teil dieser Arbeit beanspruchten die Bestrebungen, die Werksgemeinschaft zur Tat werden zu lassen. Eine größere Anzahl von Besprechungen und Beratungen mit den Unternehmern führte zu einem gewissen Abschlusse, der Bildung eines paritätischen Ausschusses nämlich, der bereits mehrmals zusammengetreten ist und über wichtige Punkte

eine Klärung herbeigeführt hat. Einen breiten Raum in der Tätigkeit nahmen die Bildungsbestrebungen ein, die in Zukunft durch Schulung von Betriebsräten erweitert werden sollen. Der Fortgang der Frauen- und Jugendarbeit zeigt ein erfreuliches Bild, wiewohl hier noch vieles zu geschehen hat. Auch nach der organisatorischen Seite hin wurde die Bewegung weiter ausgebaut.

Den Kassenbericht erstattete Kamerad Schlüter. Er wies darauf hin, daß unsere Gruppen ein Eigenleben führen und nach jeder Seite hin selbständig sind. Das Beitragswesen ist je nach Erfordernissen geregelt und in den einzelnen Gruppen verschieden gestaltet (Kranken- und Sterbekasse, Wochenhilfe, Sparkasse, Unterstützungsweisen). Einheitlich ist für alle Gruppen der Zentralbeitrag an die Arbeitnehmer-Vereinigung. Da die Tätigkeit sämtlicher Organe eine ehrenamtliche ist und alle Funktionäre im Arbeitsverhältnis stehen, war es möglich, mit einem äußerst geringen Beitrag auszukommen. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus Druckkosten (Zeitungen und Flugblätter), Auslagen für Delegierte zu Sitzungen und Konferenzen, Porto und kleinen Verwaltungskosten. Es ist uns gelungen, bis heute mit dem kleinen Beitrag auszukommen und noch einen kleinen Ueberschuß zu erzielen. Da aber der Aufgabekreis ein immer größerer wird und auch an den Aufbau der Zeitung gedacht werden muß, ist es notwendig, den Zentralbeitrag um 5 Pfg. je Mitglied und Monat zu erhöhen.

Die Versammlung beschließt einstimmig dem Antrag gemäß und erteilt nach Anhören der Revisoren der Kassenführung und dem Gesamtvorstand Entlastung.

In der anschließend vorgenommenen Neuwahl werden gewählt die Kameraden Steindorf, als 1. Vorsitzender, Thron als 2. Vorsitzender, Härtner als Schriftführer, Schlüter als Kassierer, Kruse, Jaculi, Taubert, Keck als Beisitzer. Als Revisoren die Kameraden Wittig und Steinbrecher.

Die Gewählten nehmen sämtlich die Wahl an und sprechen ihren Dank für das ihnen gezollte Vertrauen aus, anschließend gab Kamerad Steindorf eine programmatische Kundgebung bekannt, die in der Nachmittagsfeier zur Verlesung gebracht werden soll. Sie fand einstimmige Annahme. (Den Wortlaut dieser Kundgebung bringen wir an anderer Stelle dieser Nummer.)

Nachdem noch einige Fragen die Knappschaft, Werksparkasse und die Organisation betreffend in eifriger Debatte besprochen waren, fand die Versammlung gegen 15,30 ihr Ende.

Der Vorsitzende dankte allen Teilnehmern für ihre rege Mitarbeit und forderte zu neuer, verstärkter Tätigkeit im Sinne unserer Bestrebungen zum Wohle des Einzelnen und zum Wohle der Wirtschaft auf.

Die Nachmittagskundgebung.

Reges Leben und Treiben. Schneidige Märsche der Bornaischen Bergkapelle. Scherzworte fliegen hin und her. Alte Bekannte begrüßen sich, erfreut sich hier wiederzusehen. Bunte Fähnchen verleihen dem Garten ein festliches Gepräge. Würstchenduft lagert verheißungsvoll über dem Ganzen. Der Himmel hat sein schönstes Gesicht aufgesetzt. Fanfarenklänge. Schnell tritt Ruhe ein. Auf dem Podium steht Kamerad Steindorf und spricht:

Kein Stand hält so sehr auf Ueberlieferung seiner Sitten und Gebräuche, kein Stand hält so sehr auf Kameradschaft, wie der Bergmannsstand.

Wie sie lügen.

Wir brauchen nicht besonders betonen, daß uns an dem Urteil unserer Gegner recht wenig gelegen ist. Aber damit unsere Mitglieder, besonders die Teilnehmer an der Merseburger Tagung erkennen, was von der Berichterstattung der sozialistischen Blätter zu halten ist, veröffentlichen wir nachstehend eine Notiz, die das Volksblatt für Halle am 28. August 1928 gebracht hat:

„Aufmarsch der Gelben in Merseburg. Wenn der Beweis des vollständigen Bankrotts des gelben Werks-gemeinschaftsgedankens noch erbracht werden mußte, dann ist dieser Beweis vollständig gelungen bei dem Aufmarsch der Garde des Deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Leopold am Sonntag in Merseburg. In einem Mitteilungsblatt wurden die mitteldeutschen Arbeitnehmer aufgefordert, an der Kundgebung in Merseburg teilzunehmen. Es sollte eine Heerschau werden über die „vaterländischen“ (gelben) Bergleute von Mitteldeutschland.

Trotz des größten Tamtams, Freifahrt und Freibier, waren sage und schreibe 400 Kumpels (einschließlich vieler Frauen und Kinder) herbeigeeilt. Mit mitleidigen Augen sahen die Merseburger eine kleine Zahl fast vollständig ausgemergelter Gestalten dahertrotten. Nach Schluß der Kundgebung, nachdem das gespendete Freibier seine Wirkung getan hatte, sah man schwankende Gestalten

unter dem Schutze der Schutzpolizei durch die Straßen wandern.

Vor dieser Garde brauchen sich die Bergarbeiter nicht zu fürchten. Wenn der mitteldeutsche Bergbau auf diese angewiesen ist, dann er geht wirklich bankrott.“

Mit behaglichem Lächeln werden unsere Leser diese Notiz lesen und werden denken: Arme Volksblattleser, so werdet ihr belogen, wie in diesem einen Falle, so auch in vielen anderen. Eure Zeitungsschreiber denken nur an Freifahrt und Freibier (auf Steuerzahler Kosten) und wo sich Massen vernünftiger Arbeiter zusammenfinden, da fährt dem mutigen Klassenkämpfer hinter dem Strauche der Schreck in die Knochen. Lügt nur ruhig weiter, wir marschieren und unser ist die Zukunft.

Im Uebrigen wollen wir gerne vermerken, daß eine größere Anzahl Tageszeitungen soweit bis jetzt zu überblicken ist, 17 an der Zahl, sehr anerkennende Berichte von unserer Tagung gebracht haben, z. B. mit völligem Abdruck der Kundgebung. Eine der größten Tageszeitungen Mitteldeutschlands schreibt darüber: „deren (der Kundgebung) kernige gesunde Grundgedanken lassen durchaus verstehen, daß diese Bewegung so überraschend schnelle Fortschritte macht.“

Wirtschaftsfrieden in England.

Ben Turner, der englische Gewerkschaftsführer, eröffnete in diesen Tagen den britischen Gewerkschaftskongreß. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht die Regelung der Beziehungen zwischen Industrie und Arbeiterschaft. Der Kongreß wird darüber zu entscheiden haben, wieweit der Generatrat der Gewerkschaften an den Konferenzen teilnehmen soll, die auf Anregung des Großindustriellen Sir Alfred Mond (jetzt Lord Melchett) stattfinden. Nach allgemeiner Ansicht kann erwartet werden, daß die Kongreßmehrheit für eine Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern der Mondgruppe eintreten wird, um den Frieden in der Industrie wieder herzustellen und zu erhalten.

Mit diesem Beschlusse wird die englische Gewerkschaftsbewegung einen neuen Entwicklungsabschnitt beginnen. Schon mehrfach im Laufe ihrer langen Entwicklung hat die wirtschaftliche und politische Auffassung der englischen Gewerkschaften sich gewandelt.

Koalitionsfreiheit besteht in England seit 1824. Aber schon vorher bestanden gewerkschaftsähnliche Vereinigungen, die sich in der Hauptsache mit Unterstützungswesen befäßen. Nach 1824 gerät die Bewegung in politisch radikales Fahrwasser. Robert Owen, ein eifriger Agitator für den Gewerkschaftsgedanken, macht kommunistische Experimente. Jahre hindurch tobt sich der Chartismus aus, mit Maschinen und Fabrikszerstörungen, Straßenkämpfen und Generalstreiks.

Ihre Blütezeit erleben die Gewerkschaften in der Zeit von 1850 bis 1885. Man kennzeichnet diese Periode am besten als die wirtschaftsfriedliche, insofern als wirtschaftsfriedliche Grundneigungen überwiegen. Organisiert sind in der Hauptsache die gelernten und bestgelohnten englischen Arbeiter.

Ein Rückgang der Bewegung erfolgt um 1885, seitdem nämlich auch ungelernete Arbeiter Gewerkschaften bilden und naturgemäß eine Radikalisierung herbeiführen. Bei Kriegsende waren etwa der siebente Teil der englischen Lohnarbeiter in den Gewerkschaften organisiert.

Nach dem Kriege nimmt die Radikalisierung ihren Fortgang. Die Tätigkeit des Bergarbeiterführers Cook ist noch in Erinnerung.

Eine Wendung bringt der englische Kohlenarbeiterstreik und die damit verbundene wirtschaftliche

Spannung besonders auf dem Kohlenmarkt. Wir haben bereits im Mai dieses Jahres in diesen Blättern auf Äußerungen namhafter englischer Partei- und Gewerkschaftsführer hingewiesen, aus denen die Besorgnis hervorgeht um die zukünftige Lage der Wirtschaft. Die Notwendigkeit einer besseren Verständigung zwischen Kapital und Arbeit wird auf verschiedenen Kongressen betont. Ueber alles marxistische Zukunftsgerede, über sozialistische Phantastereien setzt sich der gesunde englische nationale Wirklichkeitsinn praktisch und nüchtern hinweg. Hier liegt der große Unterschied zwischen unsern internationalen irreführenden Phantasten und den nationalen englischen Wirklichkeitspolitikern klar zu Tage.

Am 1. Februar 1927 tut Mac Donald den ver zweifeltesten Ausspruch: England hat keine Zukunft, wenn es keine innere Abrüstung zu finden weiß. Lassen Sie uns zu einem neuen Entwicklungsabschnitt gelangen! Dieser Abschnitt ist da. Das Jahr 1928 wird in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung einen Wendepunkt bedeuten. Und der neue Abschnitt wird die Ueberschrift tragen:

Industrieller Friede. Verständigung zwischen Kapital und Arbeit.

Schon vor Jahresfrist, im September 1927, hatte Ben Turner auf dem Edinburgher Gewerkschaftskongreß auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung Englands zu einer Neuregelung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu kommen. Eine direkte Fühlungnahme und Aussprache der Wirtschaftsführer mit den Vertretern der Arbeiter sei notwendig, um die Möglichkeit einer gemeinsamen ständigen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Hebung der Leistungsfähigkeit der Industrie und der Hebung der Lage der Arbeiterschaft herbeizuführen. Die sozialistische Presse in Deutschland verschwiegel schamhaft diese Vorgänge ihren Lesern.

Der Appell der Arbeiter blieb nicht unerhört. Eine einflußreiche englische Industrie-Gruppe unter Führung von Sir Alfred Mond nahm den Ruf auf und lud im November 1927 zu einer Gemeinschaftssitzung ein. Der Vorstand des englischen Gewerkschaftskongresses nahm diese Einladung an, und es kam am 12. und 24. Januar 1928 zu einer denkwürdigen Tagung. Vertreten waren über 20 Milliarden Mk. Kapital und etwa 4 Millionen Arbeiter.

Zu dieser Tagung veröffentlichte der Erzbischof von Canterbury und eine Reihe industrieller Arbeitervereinigungen eine Kundgebung, in der alle Beteiligten aufgefordert wurden, alles zu tun, um den industriellen Frieden sicher zu stellen.

Am Tage vor der Sitzung veröffentlichten beide Parteien Aufrufe, in denen sie ihren guten Willen und ihre Bereitschaft zu engster Zusammenarbeit mit dem früheren Gegner betonten.

Die Deutsche Linkspresse gerät in ärgste Verlegenheit. Gänzlich verschweigen kann sie diese Dinge nun, da sie aus der Vorbereitung in die Entscheidung gelangt sind, nicht mehr. Also schreibt der „Vorwärts“ unter dem 4. Januar 1928: „Nach der T. U. ist ein günstiges Ergebnis der vorbereitenden Konferenz ziemlich zweifellos. Warten wir ab. Wir trauen diesem „Frieden“ nicht recht.“ Das ist dem „Vorwärts“ und seinen Leuten schon nachzufühlen.

Unter dem 12. Januar 1928 berichtet er weiter unter der Ueberschrift: „Die Friedensverhandlungen in England“, die Ausfichten seien nicht günstig, und beschränkt sich in der Folgezeit darauf, auf 10 Druckzeilen seine Leser abzuspeisen mit gänzlich unweiblichen Dingen, wie z. B. dem Verhalten des Radikalen Cook, der im Uebrigen seine Rolle gänzlich ausgespielt hat.

Ben Turner erklärte, daß die heutigen Besprechungen die bedeutendste Entwicklung in der englischen Industrie seit einem Jahrhundert einleiten.

Auf beiden Seiten erkenne man das Bestehen von Fehlerquellen an und sei bestrebt, sie abzustellen.

Man beschloß ein gemeinsames Arbeitsprogramm aufzustellen und übertrug die hierfür erforderlichen Vorarbeiten einem paritätisch zusammengesetzten Ausschuß. Der Vorsitz der Konferenz soll wechseln von Sitzung zu Sitzung zwischen Lord Melchett (Sir A. Mond) und Ben Turner.

Dieser Ausschuß begann sogleich seine Tätigkeit und setzte ein Programm fest, das in der Vollkonferenz am 4. Juli 1928 angenommen wurde. Wir werden auf dies Programm und die bereits gefaßten Entschlüsse demnächst näher eingehen.

Umschau.

Zur Neuen Deutschen Regierung.

So überschreibt Max Cohen einen Aufsatz im Augustheft der Sozialistischen Monatshefte, der eine vernichtende Kritik der bisherigen kurzen Regierungszeit der neuen Reichsregierung enthält. „Man wird nicht sagen können, daß die kurze Sitzungsperiode, die der Reichstag nach der Neubildung des Kabinetts abgehalten hat, besonders inhaltsreich gewesen sei. Alles was geschah, war ein wenig unzulänglich und schlecht vorbereitet. Das lag vielleicht daran, daß man unmittelbar nach den Wahlen und all den vielen in dieser Zeit gemachten Versprechungen wenigstens etwas tun mußte. Sachlich ist das was in steuerlicher Beziehung und auch sonst geschehen ist, wenn man von den Amnestie absieht, recht spärlich. Hoffen wir, daß im November, wenn der Reichstag zu seiner nächsten Sitzungsperiode zusammentritt, nicht wieder so primitiv sondern in allem, was er tut, auf Grund wohlüberlegter zusammenhängender Pläne vorgegangen wird.“

Wir haben des öfteren hier darauf hingewiesen, daß es leicht ist, zu kritisieren und den Wählermassen Versprechungen zu machen. Sie zu erfüllen ist schwer, aber die Massen merken schließlich doch die Täuschung und beginnen zu murren. Und wenn ein namhafter Sozialist wie Max Cohen zu derart hartem Urteil kommt, so will das schon allerhand bedeuten.

Inzwischen hat der

Panzerkreuzer die Regierung torpediert.

Großer Tumult in der sozialistischen Wählerschaft ob der „verräterischen“ Bewilligungsfreudigkeit der Ministergenossen. Ein sozialdemokratisches Parteigericht hatt stattgefunden; es hat bedauert, daß die Minister vor der Beschlußfassung des Kabinetts den Parteiausschuß nicht befragt haben. Man läßt die Minister aber vorläufig noch im Kabinett. Stehen die sozialdemokratischen Minister eigentlich unter Kuratel?

Aus der Bewegung.

Am 13. September 1928 fand in Halle die erste Sitzung des neuen Vorstandes der Arbeitnehmer-Vereinigung im Mitteldeutschen Bergbau statt, in der wichtige Beschlüsse gefaßt wurden im Sinne der in der Jahresversammlung erhaltenen Anregungen. Es wurde eine Kommission bestimmt zur Ergänzung der Satzungen. Nach Fertigstellung erhält jedes Mitglied ein Exemplar in Form eines Mitgliedsbuches.

Beschlossen wurde ferner die Eintragung der A. M. B. ins Vereinsregister. Der Winterarbeitsplan wurde eingehend besprochen. Vor allem wurde eine Tagesordnung ausgearbeitet für die nächste Sitzung des Gemeinschaftsausschusses, die möglichst noch in diesem Monat stattfinden soll. Umfangreiche Maßnahmen für die Werbung werden alsbald getroffen. Neue Zahlkarten gehen den einzelnen Gruppen in der nächsten Zeit zu.

Eine eingehende Aussprache beschäftigte sich mit unserer Haltung zu den Ältestenwahlen. Das Ergebnis dieser Aussprache wird den Gruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Wir bitten die Gruppen um Zusendung von kurzen Versammlungs- u. w. Berichten. Wegen des Berichts der Merseburger Tagung konnten die noch vorhandenen Berichte in dieser Nummer nicht gebracht werden.

Vortragskalender:

Montag,	17. 9. 28	Braunsdorf
Montag,	1. 10. 28	Thräna
Montag,	15. 10. 28	Braunsdorf
Dienstag,	16. 10. 28	Wählig
Mittwoch,	17. 10. 28	Beuna
Donnerstag,	18. 10. 28	Borna
Freitag,	19. 10. 28	Lobstedt
Montag,	22. 10. 28	Thräna
Dienstag,	23. 10. 28	Groß-Kayna
Mittwoch,	24. 10. 28	Regis
Donnerstag,	25. 10. 28	Kietzkjch.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena. — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königt. 71.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Bereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. Oktober 1928

Nr. 8

Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.

Welches ist aber sein Lohn? Gleicher Lohn für alle? Arbeit gleich Arbeit? Es liegt auf der Hand, daß das nicht stimmen kann. Wenn so verfahren wird, dann muß naturnotwendig der Arbeitserfolg sinken. Der Fleißige und Tüchtige wird seine Arbeit anpassen der Arbeit des weniger Tüchtigen und weniger Fleißigen. Das aber bedeutet Rückgang der Produktion, Verteuerung der Erzeugnisse, Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt, Absatzkrise und Verelendung der Massen.

Wie jagte doch einmal August Bebel: Die Wunde am sozialen Körper des Proletariats muß offen gehalten werden. Warum? Nun, damit das Proletariat im Elend verbleibt, nie zufrieden wird, immer bereit ist, den Verheerungen seiner sogenannten Führer zu folgen, die selbst auf den Schultern des Proletariats sich über die Massen erheben und vom Elend nichts verspüren, sondern ein herrliches Leben führen.

Von den christlichen Gewerkschaften wird seit einiger Zeit der Kulturlohn in den Vordergrund gestellt und mit sittlichen Forderungen begründet. Im Grunde eine Selbstverständlichkeit; denn über die sittliche und soziale Bedeutung eines möglichst hohen Lohnstandes der gesamten Bevölkerung besteht wohl Einmütigkeit zwischen den Anhängern der verschiedenen Weltanschauungen und Parteien Deutschlands. Aber man kann den Lohn nicht nach dem festsetzen, was in sittlicher und kultureller Hinsicht wünschenswert ist, sondern nach dem, was wirtschaftlich möglich erscheint.

Die wirtschaftliche Gebundenheit des Lohnes.

Jede Lohnerhöhung bedeutet zunächst Steigerung der Herstellungskosten. Das bedeutet entweder Verteuerung der Erzeugnisse also Preiserhöhung, oder Schmälerung des Gewinns. Eine Preiserhöhung bedeutet eine Verringerung des tatsächlichen Einkommens derjenigen, die diese Erzeugnisse kaufen müssen und verteuert außerdem die Erzeugungskosten der Weiterverarbeitung. Preise lassen sich natürlich nicht beliebig in die Höhe setzen. Uebersteigen sie eine gewisse Grenze, so vermindert sich der Absatz, so daß eine entsprechende Einschränkung der Erzeugung mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit eintreten muß. Die Beachtung dieser Grenze ist gerade für unsere Deutsche Wirtschaft mit ihrer Verflechtung mit dem Ausland besonders wichtig. Für den größten Teil der

deutschen Erzeugnisse bilden die Weltmarktpreise die obere Grenze. Wird diese überschritten, so tritt nicht nur Arbeitslosigkeit für die Arbeiter der Auslandsindustrien, sondern auch Einschränkungen in den anderen Zweigen der Wirtschaft ein, denn selbst bei den nicht zur Ausfuhr bestimmten Waren können die Preise nicht beliebig in die Höhe gesetzt werden, da hierdurch eine Schmälerung des Realeinkommens des Käufers erzwungen, also die Lohnerhöhung wieder aufgezehrt würde.

Nicht weniger verhängnisvoll wirkt sich eine Schmälerung des Gewinnes aus. Jede Wirtschaft braucht zu ihrer Aufrechthaltung und erst recht zu ihrer Vergrößerung Kapital. Eine Beschneidung des Gewinnes aber bedeutet Verringerung der Kapitalbildung und beschneidet die zukünftige Güterversorgung.

Die Heranziehung ausländischen Kapitals ist bei ungenügendem oder sinkendem Gewinn nicht möglich. Sie kann nur dann für gerechtfertigt gelten, wenn Erlös und Selbstkosten, also auch die Löhne in einem solchen Verhältnis zueinander stehen, daß nicht nur die hohen Zinsen für die Anleihen herausgewirtschaftet werden können, sondern darüber hinaus auch ein Gewinn übrig bleibt, der später das ausländische Kapital ersetzen kann.

Der Leistungslohn.

Es genügt nicht, den politischen Lohn der Gewerkschaften als die Wirtschaft und damit die Arbeiterschaft selbst schädigend zu bezeichnen, es muß Aufgabe der Wirtschaft und der wirtschaftsvernünftigen Arbeiterschaft sein, dem unwirtschaftlichen Lohnsystem ein besseres gegenüber zustellen. Das aber ist der Leistungslohn. Grundlegend für die Entlohnung ist der Satz: Nicht der Unternehmer zahlt den Lohn, sondern die Unternehmung. Der Leistungslohn ist die Entlohnung des Arbeiters nach seiner Leistung entsprechend der Ertragsleistung des Unternehmens. Der Leistungslohn bezahlt die Mehrleistung des Arbeiters nach dem Stande des Unternehmens und nach dem Ertrag. Voraussetzung für die praktische Leistungsentlohnung ist möglichst einwandfreie Erfassung der normalen Produktionsmöglichkeiten des Arbeiters. Das mag in dem einen Industriezweig leichter sein als in dem anderen, mag besonders schwierig sein im Bergbau. Aber es ist notwendig, um zu einem gesunden Lohnsystem zu kommen. Die inzwischen erfolgte,

z. T. noch erfolgende Rationalisierung gerade im Bergbau dürfte diese Untersuchungen erleichtern. Alles andere ist Sache des Arbeiters: durch Fleiß, Geschicklichkeit, Einstellung zur Arbeit usw. gesteigerte und Höchstleistungen zu erzielen. Diese selbst werden, wenn sie über den Durchschnitt hinausgehen, mit Prämien versehen. Eine Ueberanstrengung des Arbeiters findet keinesfalls statt. Das beweisen die Erfahrungen, die bereits vorliegen und außerdem die Äußerungen von Kommissionen des Reichsarbeitsministeriums, die sich besonders mit dieser Frage beschäftigt haben. Die Leistungsfähigkeit des Arbeiters ist natürlich abhängig von seiner Ausbildung. Daher Auswahl, Anlernung und Fortbildung besonders des Nachwuchses. Aber auch die innere Einstellung zur Arbeit und zum Betrieb spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Keht mehr und mehr Wirtschaftsvernunft in den Köpfen und Herzen der Arbeiterschaft ein, wird die Arbeitsstätte nicht als Ort des Fluches und der Drangsalierungen, sondern als Quelle des Glücks angesehen und der Lohn als Segen der Arbeit, dann wird der ein-

zelne wieder erfüllt von Arbeits- und Berufsfreudigkeit. Das Interesse an der Arbeit und am Betriebe wächst. Die Leistungen steigen, es steigt der Lohn. Die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nimmt zu. Mag in überbetrieblichen Instanzen (tariflich) ein Richtlohn festgesetzt werden, das Entscheidende muß die Leistung sein in Verbindung mit dem eingangs Gesagten. (Stand des Unternehmens). Durch ein solches Lohnsystem wird vermieden eine dauernde Beunruhigung der Wirtschaft; der Arbeiter wird sein Realeinkommen vermehren können, während er bei dem bisher üblichen Verfahren zwar mehr verdient, aber weniger für seinen Lohn kaufen kann, weil die Kosten für die Lebenshaltung mindestens in gleichem Maße, meist sogar mehr steigen, als sein erhöhter Tariflohn ausmacht.

Die Arbeitnehmervereinigung wird nicht aufhören, in diesem Sinne tätig zu sein, um die Wirtschaft zu heben und die Arbeiterschaft zufrieden zu machen. Unsere Aufgabe soll es sein, die Wunde am sozialen Körper der Arbeiterschaft zu schließen.

Die Rechtslage der nationalen Arbeiterbewegung

von Max Quies, Oberbeuna.

In der Reichsverfassung, die dem deutschen Volke am 11. August 1919 in Weimar gegeben wurde, gibt es außer dem Knappschaftsgesetz kein Gesetz, das der nationalen wirtschaftsfriedlichen Arbeiterschaft nicht dieselben Rechte gewährt als wie den Gewerkschaften. Das moderne Arbeitsrecht steht auf dem Boden des Kollektivrechts. Vertreter der Arbeiterschaft kann nur eine Vereinigung von Arbeitnehmern sein. Wer Träger auf dem Gebiete des Gesamtrechts, der Betriebsverfassung und des Betätigungsrechtes bei den sozialen Wahlen ist, ist im heutigen Arbeitsrecht nicht ausdrücklich festgestellt. Das einzige Erfordernis ist: man muß es bei der Vertretung der Arbeitnehmer mit einer Vereinigung zu tun haben, die nur Arbeitnehmer in sich vereinigt. Was eine Vereinigung ist, entscheidet auch heute noch allein das allgemeine Vereinsrecht im B. G. B. Eine Vereinigung ist nicht abhängig von einer bestimmten Mitgliederzahl. Ein Unterschied besteht in der Rechtsfähigkeit und Nicht-Rechtsfähigkeit. Diese Fragen sind für die nationale Arbeiterbewegung rechtlich unwichtig, aber wesentlich bei Tarifabschlüssen oder sonstigen Vereinbarungen. Das A. G. Bielefeld hat z. B. die Tariffähigkeit eines Werkvereins nicht anerkannt, weil der Verein zu wenig Mitglieder hatte; diese Entscheidung ist vom B. A. G. aufgehoben und die Tariffähigkeit anerkannt worden.

Die Frage, ob sich eine solche Vereinigung sozialrechtlich betätigen kann, ist allein in der Reichsverfassung geregelt. Nach Art. „124, 159, 165“ kann diese Frage nicht bestritten werden. Hiernach muß der Werkverein und Werkgemeinschaftsbewegung die Gleichberechtigung zuerkannt werden. Stellen sich diese Vereinigungen auf

den Boden der oben angeführten Tatsachen, so muß ihnen daselbe Recht eingeräumt werden, als den gewerkschaftlichen Verbänden. Die nationalen wirtschaftsfriedlichen Vereine müssen die Möglichkeit haben, sich auf allen Gebieten, soweit sie der Arbeiterschaft gesetzlich zustehen, zu betätigen und zwar: bei den sozialen Einrichtungen (Krankenkassen) mitzuwirken, bei den A. G. mitzuberaten, im Betriebsrat tätig zu sein und Tarife abzuschließen.

Das Recht, bei den Krankenkassen mitzuwirken, ist uns im Bergbau durch das Reichsknappschaftsgesetz entzogen. Die Wahlenwahlen beweisen es genügend. Der § 184 des Reichsknappschaftsgesetzes bestimmt: Als wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern gelten solche Verbände, die einen Gesamtverband angehöben, der als Benennungskörper für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat anerkannt ist.

Art 159 der R. V. sichert die Vereinigungsfreiheit für jedermann und für alle Berufe. Wie § 184 des Reichsknappschaftsgesetzes mit diesem Art. in Einklang zu bringen ist, ist ein Geheimnis. Wir stehen vor Neuordnung des Reichswirtschaftsrates. Schon aus diesem Grunde müssen wir unser Recht fordern. Daß Vertreter von Werkvereinen als Beisitzer zu den A. G. zugelassen werden müssen, dafür liegen Urteile vor, auch für die Tariffähigkeit. Im B. R. Gesetz ist der nationalen Arbeiterschaft daselbe Recht gesichert, wie der anders organisierten, oder nicht organisierten Arbeiterschaft. Ich verweise hier auf den Artikel in Nr. 5 des Mitteilungsblattes: „Gerechte Bestrafung roten Terrors“.

Die R. V. gibt auch uns die Möglichkeit, unser Recht zu wahren. Tun wir das, indem wir bei jeder Gelegenheit unser Recht fordern.

Das Reichsarbeitsgericht erkennt die Tariffähigkeit des Werkvereins an.

Am 10. Oktober hatte sich das Reichsarbeitsgericht in Leipzig zu befassen mit der Revision eines Urteils des Landesarbeitsgerichts Stettin, das der Werkvereinsbewegung (R. v. A.) die Tariffähigkeit aberkannt hatte. Das Reichsarbeitsgericht hat das Urteil der Vorinstanz aufgehoben und an die Berufungsinstanz zurückverwiesen. Das R. A. G. stellt fest, daß der Begriff

„wirtschaftliche Vereinigung“ gleichzusetzen sei mit der „Tariffähigkeit.“ Das R. A. G. geht bei der Beurteilung der Tariffähigkeit nicht von der Voraussetzung des „Kampfeswillen“ und der Kampfmöglichkeit“ aus.

Nach Meinung des R. A. G. können auch wirtschaftsfriedliche Vereinigungen tariffähig sein. Bei der

Prüfung ist zu beachten, ob dem Werkverein nur Arbeitnehmer angehören; da dieses versichert ist und die Gegner daselbe auch nicht bestreiten, hat das R. A. G. keine Bedenken gegen die Tariffähigkeit des örtlichen Vereins. Es ist festgestellt und von der Gegenpartei nicht bestritten worden, daß die Gründung des Vereins ohne Unterstützung, insbesondere solcher finanzieller Art, seitens der Arbeitgeber erfolgt sei. Was die geistige Abhängigkeit betrifft, so ist diese in der Vorinstanz überhaupt nicht aufgerollt und in der Revisionsverhandlung nur „allgemein gefaßt“ behandelt worden.

Der örtliche Verein sei eine tariffähige Vereinigung, ob es auch der Bezirksverband der vaterländischen Arbeiter- und Werkvereine sei, habe die Vorinstanz nicht genügend geprüft. Da aber der Kläger von einem Vertreter des Bezirksverbandes in seinem Rechtsstreit vertreten worden sei, sei das Urteil aufzuheben und zur nochmaligen Verhandlung zurückzuverweisen.

Diese Entscheidung des R. A. G. ist von außerordentlicher Wichtigkeit für die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung. Wir beglückwünschen den R. v. A. zu diesem schönen Erfolge.

Das nennt die Welt Betriebsräte.

Als man nach der Revolution glaubte dem Arbeiter ein größeres Mitbestimmungsrecht innerhalb des Betriebes geben zu müssen, schuf man die Betriebsräte. Ihre Rechte und Pflichten wurden im Betriebsrätegesetz festgelegt, von dem man wohl sagen kann, daß in ihm viel gute Gedanken enthalten sind, die bei vernünftiger Anwendung viel zum Segen des Arbeiters und des Unternehmens beitragen könnten. Man sollte nun glauben, daß es die erste Pflicht der Leute wäre, die das Amt eines Betriebsrates bekleiden, daß sie das B.-R.-Gesetz einigermaßen kennen. Wie sieht es aber nun in Wirklichkeit aus. Siehen doch im Bornaer Bezirk verschiedene solche Betriebsräte, die man als die besten Leute der roten Gewerkschaften bezeichnen kann, denn bekanntlich kommen in den Betriebsrat nur die Tüchtigsten. Die Gesetzkennntnis zweier dieser wollen wir einmal kurz streifen.

Auf dem Braunkohlenwerk Dora und Helene ist als Betriebsrat von den Freigewerkschaften P. Hille Dieser hatte eine Belegschaftsversammlung einberufen mit der eigenartigen Tagesordnung: Punkt I: Der bevorstehende Kampf in Mitteldeutschland. Punkt II: Freie Aussprache. Es verlohnt sich vielleicht den Betriebsratsvors. vorm Arbeitsgericht einmal über das Aussehen einer Tagesordnung zu unterrichten. Unsere Kameraden von Dora u. Helene hatten sich als ihren Vertreter zu der Versammlung unseren Kameraden Jaculy bestellt der nach dem Betriebsräteges. § 47 das Recht hat an der Versammlung teilzunehmen. Infolge der mangelhaften Gesetzkennntnisse des Vors. Hille wurde unser Vertreter durch Hille aus dem Saal gewiesen.

Der zweite Fall geschah auf einer Belegschaftsversammlung der Breunsdorfer Kohlenwerke. Schon die Vorgeschichte dieser Versammlung ist interessant. Wenn man nämlich der Auffassung ist, daß der Wunsch nach einer Belegschaftsverf. aus der Belegschaft kommt, so hat man sich in diesem Falle geirrt; denn diese Versammlung war den soz. Betriebsräten von der Verwaltungsstelle des Bergarbeiter-Verbandes in Borna vorgeschrieben worden, sie sah aber auch danach aus. Nachdem der Gew. Angestellte Steffens seine Rede gehalten hatte, von der selbst Gew. behaupten, daß kein Mensch daraus klug geworden ist, wurden die gew. Leistungen von unseren Kam. Jaculy gebührend gekennzeichnet. Das brachte natürlich den Herrn Steffens in große Erregung, und da er uns sachlich nichts erwidern konnte, erging er sich in beleidigenden Äußerungen gegen unsere Kameraden. Er konnte das natürlich nur tun, weil der soz. Vors. O. Rufs keine Ahnung vom Bet. R. Ges. hat; denn sonst wäre ihm das Wort entzogen worden. Die scharfen Worte unseres Kameraden Jaculy, die dem Vorsitzenden und Herrn Steffens erwidert wurden, mögen sie sich hinter die Ohren schreiben, vor allen die Worte: „Lernt das Betriebsrätegesetz erst einmal so kennen wie wir.“

So sehen also die berufenen Vertreter der Belegschaft aus. Man muß doch unwillkürlich an Schillers Worte denken im Demetrius: „Mehheit ist Unsinn, der Bestand ist stets bei wenigen nur gewesen“, ob er bei den soz. Betriebsräten ist, überlassen wir dem Leser. J.

Umschau.

Roter Terror.

Von Karl Zimmermann, Neuglieder Verein.

Ein Kamerad unserer Werksguppe baut sich aus eigenen Mitteln ein Haus. Die üblichen Zuschläge aus öffentlichen Mitteln sind ihm bis dato verweigert worden.

Nach der Arbeitszeit und Sonntags arbeiteter an seinem Bau gemeinsam mit einigen Mauern aus seinem Ort.

Jetzt sind die Mitglieder des roten Bergarbeiterverbandes dahintergekommen, daß er in der Arbeitnehmer-Vereinigung organisiert ist. Und schon setzt der Terror ein mit allen und schärfsten Mitteln. Eine Meldung geht an den Verband der Maurer. Die Maurer werden mit 2 M. bestraft für jede Woche, die sie bei unserem Kameraden gearbeitet haben. Im Falle der Wiederholung wird ihnen der Ausschluß angedroht.

Wie lautet doch das Sprüchlein: Und willst du nicht mein Bruder sein, so hau' ich dir den Schädel ein.

Der lachende Dritte.

Das englische Fachblatt „O'Connells Coal and Iron News“ vom 23. August 1928 schreibt:

„Ein Niedergang im deutschen Kohlenhandel ist augenscheinlich seit dem März d. J. vorhanden. So ist der Export von 2 251 000 Tonnen im März auf 1 421 000 Tonnen im Juni gefallen. Die Lohnerhöhung, die vor drei Monaten stattfand, hat natürlich die Gesteinskosten erhöht, und das Ergebnis davon ist, daß englische Kohlen mit sehr gutem Erfolg mit deutschen Kohlen in den bestrittenen und unbestrittenen Bezirken Deutschlands in Wettbewerb haben treten können. Ungefähr 30 000 Arbeiter sind in den letzten 12 Monaten infolge verringerter Nachfrage nach Kohle arbeitslos geworden.“ Aus „Deutsche Wacht“ vom 7. 10. 1928.

Aus der Bewegung.

Im gutbesetzten Werkstasino zu Köstz tagte am 19. 8. 1928 die Mitgliederversammlung. Den Verhandlungen lag folgende Tagesordnung zugrunde:

1. Festigung und Ausbau der gewerkschaftlichen Bewegung.
2. Merseburger Tagung der Arbeitnehmervereinigung.
3. Wirtschaftliche Unterstützung unserer Mitglieder.
4. Verschiedenes.

Dank der eingehenden Vorbereitungsarbeiten des Vorstandes konnte die Versammlung einen guten Verlauf nehmen, weil jeder der anwesenden Mitglieder sich wieder einmal davon überzeugen konnte, daß im Werkverein der RWB. aufrechte Männer bei der Arbeit sind zum Wohle der Gesamtheit.

Nach Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden Kam. Taubert referierte zu Punkt I der T. O. Herr Dr. Brechtel (Deutsche Vereinigung, Zeit). Redner gab eine ausführliche Schilderung der wirtschaftlichen und innerpolitischen Lage. Eine kritische Betrachtung der gewerkschaftlichen Forderungen auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik ergab als Folgerung die Notwendigkeit engeren Zusammenarbeitens auf wirtschaftlicher Grundlage im Betrieb, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Nur dadurch und durch die aktive Mitarbeit jedes einzelnen Mitgliedes könne die werkschaftliche Gesamtbewegung eine Verstärkung und Festigung erfahren, die gerade gegenwärtig besonders notwendig sei um die Anerkennung der werkschaftlichen „wirtschaftlichen Vereinigungen“ nötigenfalls zu erzwingen. Das Ziel unseres Strebens: „Freiheit der Arbeit, Freiheit der Wirtschaft, Freiheit des Vaterlandes“ könne nur erreicht werden durch die Wiedergewinnung der Organisationsfreiheit, die jetzt umgebogen sei entgegen den Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung zum Organisationszwang. Nur durch unsere Mitarbeit am Staat und im Staat, die verfassungsrechtlich jedem Staatsbürger zugesichert, uns aber widerrechtlich genommen sei, könnten wir mithelfen an einer Umgestaltung und Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse. Es gelte also Gleichgestimmte zusammenzuführen und Front zu machen gegen die Unfreiheit auf allen Gebieten. Wirtschaftlicher Aufstieg der Gesamtheit wie des einzelnen ist nur denkbar Hand in Hand mit der Steigerung des Sozialproduktes, also der Erhöhung der Gesamtproduktion beides aber ist Voraussetzung für die Lösung sowohl der Lohn- wie der Arbeitszeitrage, die auch wir baldmöglichst für alle deutschen Arbeitnehmer erhoffen. In der anschließenden Aussprache, die volles Einverständnis mit den Ausführungen des Redners erkennen ließ, wurde insbesondere auf die Notwendigkeit der volkswirtschaftlichen Weiterausbildung der Mitglieder hingewiesen, die ihnen die geistigen Mittel für die Werbearbeit gibt.

Zu Punkt II berichtet der Vorsitzende über die diesbezüglichen Vorbereitungen bei der Vorstandssitzung in Halle und wies nochmals eingehend auf den Zweck der Merseburger Tagung und die Notwendigkeit reger Beteiligung hin. Die zahlreichen Anmeldungen zur Teilnahme werden die Anfahrt in zwei Lastautos nötig machen. Nach Erledigung aller die Rundgebung betreffenden Fragen konnte der Vorh. schließlich in die Behandlung des Punktes III die Mitgliedschaft von der Absicht gemeinsamen Kartoffelbezuges durch die werkschaftliche Landarbeiterbewegung (Reichslandarbeiterbund) in Kenntnis setzen. Daß von dieser wirtschaftlichen Unterstützung der Mitgliedschaft durch sofort vorgenommene Bestellungen in recht bedeutendem Gesamtumfang so eifrig Gebrauch gemacht wurde, zeigte wieder einmal die Notwendigkeit an, sich von der Gemeinschaft aus auch auf diesem Gebiet zu Nutz und Frommen der Mitgliedschaft zu betätigen.

Unter dem letzten Punkt der T. O. wurden dann noch eine Reihe innerer Vereinsangelegenheiten geregelt.

Nach einem nochmaligen Appell an die Mitgliedschaft, daß jeder einzelne an seinem Fleiß und nach seiner Kraft mitarbeiten solle an der Aufbauarbeit der Werkschaftsbewegung, konnte der Vorsitzende die Versammlung mit einem kräftigen „Glückauf!“ beschließen. Meiler, Schriftf.

Deutsche Arbeitnehmervereinigung Grube Phönix.

Am 16. August 1928 fand im Werkstasino der Grube Phönix die 3. Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung:

1. Berichterstattung der Niederschrift der letzten Versammlung.
2. Orientierung über die Bewegung auf Grube Phönix.
3. Referat: Festigung und Ausbau der Werkschaftsbewegung. (Redner: Dr. Brechtel, Deutsche Vereinigung Zeit)
4. Verschiedenes.

Den breitem Raum nahmen die Verhandlungen zu Punkt 2) ein, galt es doch neben der Regelung der Beitragsfragen, Berichterstattung, Mitgliederaufnahme u. a. innere Vereinsangelegenheiten

insbesondere die Vorstandsergänzungswahlen vorzunehmen und die Satzungen endgültig zu verabschieden.

Nach dem Vortrag, der erneut die Notwendigkeit festfügten Zusammenstehens und Zusammenarbeitens darlegte um der werkschaftlichen Gesamtbewegung verstärkte Durchschlagkraft zu geben wurden unterm letzten Punkt der T. O. noch Vorbereitungen zur Merseburger Tagung der RWB, Programm der Ausbildungsarbeit für den kommenden Winter u. a. m. besprochen.

Die Mitgliederversammlungen finden am Donnerstag nach dem 15. jeden Monats 7 Uhr abends pünktlich im Kasino der Grube Phönix statt. Gäste aus der Belegschaft der Phönix-Werke sind jederzeit willkommen!

Am Sonntag den 30. September hielt die Arbeitnehmervereinigung der Beunaer-Kohlenwerke im Gasthof „Wünsche in Oberbeuna“ ihre Monatsversammlung ab. Nach Einnahme der Steuern eröffnet der Vorsitzende um 16³⁰ die Versammlung.

Die Tagesordnung hat folgende Punkte:

1. Bericht über die Jahreshauptversammlung der A. M. B.
2. Beitragsfragen.
3. Verschiedenes.

Zu 1. gab Kamerad Quiek einen Ueberblick über den Verlauf der Jahreshauptversammlung und erklärte die Beschlüsse, die dort gefaßt wurden. Diese Beschlüsse wurden von der Versammlung für richtig anerkannt. Zu 2. wird einstimmig beschlossen den erhöhten Beitrag an die A. M. B. zu zahlen. Um die Arbeit für unsere Bewegung durchdringen zu gestalten und um hierzu Mittel zur Verfügung zu haben, wird ebenfalls einstimmig beschlossen, den Lokalebeitrag auch auf 15 Mq. zu erhöhen. Zu 3. Die Weihnachtsfeier findet auch in alter Weise statt. Aufnahme neuer Mitglieder wie immer nach vorheriger Anmeldung. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß in Merseburg ein Schulungslehrgang stattfinden soll. Wer daran teilnehmen will kann sich melden. Die Versammlung beschließt: Kameraden die am Lehrgang teilnehmen, erhalten das Jahrgeld aus der Kasse. Zu der Frage: Beschaffung von Bekleidung wird der Vorschlag: Gemeinsamer Bezug von Stoffen und gemeinsam bei einem Schneider arbeiten zu lassen angenommen. Der Vorsitzende wird beauftragt, Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Unter Punkt „Verschiedenes“ gibt Vorsitzender bekannt, daß unsere Vorschlagslisten zu der bevorstehenden Knappschaftsältestenwahl eingereicht sind. Eine Festsetzung des Einganges ist allerdings nicht erfolgt. Wir wissen jedoch, daß die A. M. B. von der Aufstellung der Listen nach § 184 des ReichsKnappschaftsgesetzes ausgeschlossen ist. Um nicht ein falsches Bild von der Stärke der Gewerkschaften zu geben, hat der Vorstand in seiner Sitzung in Halle am 13. 9. beschlossen, daß auch da, wo die christlichen Gewerkschaften eigene Listen aufstellen, wir uns von der Wahl ferne halten; dies gilt zugleich als Protest gegen die Rechtslosmachung! von mindestens 70% Bergarbeiter.

Nach einer regen Aussprache über besondere Angelegenheiten der Gruppe wurde die Versammlung um 18¹⁵ geschlossen.

Arbeitnehmervereinigung Braunkohlenwerke Leonhard Zippendorf.

Der am Sonntag d. 16. 9. 28. nach 18 Uhr stattgefundenen Mitgliederversammlung ging ein von Dr. Brechtel Zeit gehaltener Vortrag über das Thema:

Klassenkampf oder Wirtschaftsfriede

voraus. Zu diesem Vortrag waren auch Gäste zugelassen. Die am Schluß des Vortrages eintreffende Aussprache war interessant und sehr sachlich. Für den 14. 10. 28. wurde die Abhaltung eines neuen Vortrag über das ReichsKnappschaftsgesetz gewünscht.

In der anschließenden Mitgliederversammlung wurden neue Mitglieder aufgenommen. Zur Frage der Knappschaftsältestenwahl wurden den Mitgliedern wichtige Richtlinien mitgeteilt. Schluß der Versammlung 20 Uhr.

Mitteilung.

Den Mitgliedern der Werkgruppen im Geisetal bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß in Merseburg, Sand Nr. 1, eine Rednerschule eröffnet wird, in welcher Mitglieder aller Organisationen, die auf christlichem und nationalem Boden stehen und in der Technik des Redens gefördert werden wollen, ausgebildet werden können.

Der Unterricht beginnt am Montag den 15. Oktober, abends 7,30, und wird kostenlos erteilt. Besonderer Wert wird auf jüngere Teilnehmer gelegt.

Anmeldungen können an Karl Steindorf, Merseburg, Sand Nr. 1, gerichtet werden.

Es gibt für uns auf die Frage nach der Arbeitszeit nur eine Antwort. Auch wir erstreben die kürzeste Arbeitszeit, aber wir lehnen jede schematische Regelung, die die Wirtschaft und damit unsere eigene Lebensbasis schädigt, ab. Solange die gegenwärtige Weltkrise andauert, solange unser Absatz bedroht ist, solange unsere Wirtschaft durch gewaltige Tributzahlungen an den Gegner vorbelastet ist, können wir nicht dieselbe, geschweige eine kürzere Arbeitszeit haben, als die sogenannten „Siegerstaaten“. Der Umstand aber, daß wir aus Wirtschaftseinsicht eine Einführung des Achtstundentags für unmöglich halten, entbindet die Unternehmerschaft nicht von der Verpflichtung, mit uns gemeinsam einen Weg zu suchen, auf dem wir, ohne die Wirtschaft zu schädigen, zu einer Verkürzung der Arbeitszeit kommen können.

Wir treten ein für eine

vernünftige Sozialpolitik,

die dem Kranken und Schwachen hilft, aber den Gesunden nicht schädigt. Die Sozialpolitik unserer Tage macht den Menschen zum ewig unzufriedenen Reintner und nimmt ihm die Möglichkeit, durch Sparen eigenes Vermögen zu erwerben und nationales Kapital zu bilden. Wohin eine Ueberspannung der Sozialpolitik führt, zeigt das Knappschaftsgesetz, dessen Neuregelung die wachsende Unzufriedenheit des gesamten Bergmannsstandes erzwingen wird.

In dem Betriebsrätegesetz, soweit es die Zusammenarbeit von Unternehmen und Werksangehörigen zum Besten der Wirtschaft fordert, erblicken wir einen großen Fortschritt. Für diesen Betriebsrat treten wir ein; jeglichen Mißbrauch aber zu politischen Nebenzwecken lehnen wir auf das entschiedenste ab.

Wir sind eine deutsche Arbeiterbewegung, die sich bewußt geworden ist, daß sie von internationalen Bestrebungen eine Besserung ihrer Lage nicht erwarten kann. Nicht die Proletariatsklassen aller Länder, sondern die mit der deutschen Unternehmerschaft zusammenarbeitenden deutschen werttätigen Menschen werden einen Ausweg aus der drückenden Lage der Gegenwart finden.

Die internationale Arbeiterbewegung hat den Beweis ihrer Unfähigkeit und ihres schlechten Willens erbracht gegenüber dem Ringen der deutschen Arbeiterschaft um Befreiung von den Tributverpflichtungen des Versailler Vertrages und von der Schmach der Besatzung. Wir sind auf uns selbst angewiesen und, vor die Entscheidung gestellt, mit den Arbeitern fremder Länder gegen die Unternehmerschaft oder mit der deutschen Unternehmerschaft zusammenzugehen, entscheiden wir uns für das Letztere.

Gemeinsam mit ihr wollen wir daran arbeiten, die deutschen Werttätigen aus der Proletariatsklasse in den Arbeiterstand zu heben zum Besten der Arbeiterschaft, zum Besten der Wirtschaft und zum Besten des Vaterlandes.

Anschließend sprach Herr

Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. Voigt Frankfurt a.M.

Er ging in seinen Ausführungen eingehend ein auf die Geschichte der Gewerkschaften.

Er bekennt, daß die guten Wirkungen, die man von den Gewerkschaften in der Wirtschaft erhofft habe, nicht eingetreten seien. Besonders kraß hätten das die Streiks

nach dem Kriege gezeigt. Wenn heute die Gewerkschaften immer predigen von den unverföhnlichem Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter, so stimmt das in Wirklichkeit nicht. Es lassen sich in diesem Kampfe auch gemeinschaftliche Interessen finden. Man muß sie nur finden, denn beide Parteien hätten Interesse daran, Arbeit zu bekommen.

Den besten Weg zur Lösung der Gegensätze erstrebt die **Werksgemeinschaft**. Außer dem Leistungslohn müßte natürlich auch ein Grundlohn festgelegt werden. Leistungslöhne seien nur innerhalb der jeweiligen Betriebe festzulegen. Diesen Zielen der wirtschaftlichen Arbeitnehmerschaft wünschte der Vortragende besten Erfolg.

Sodann ergriff Reichstagsabgeordneter

Bergwerksdirektor Leopold

das Wort. Wenn man heute Deutschlands Zukunft betrachtet, so könne man nur zu einem Pessimismus gelangen, zu einem Pessimismus, der uns nicht niederschlägt, sondern uns befähigt, die Kräfte zu wecken zum Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes.

Es komme auf unser Wollen und auf unsere Fähigkeiten an. Nur durch diese beiden Eigenschaften ist Deutschlands Aufstieg gekommen. Und nur dadurch können wir wieder eine bessere Zukunft erlangen. Sich gegen Ansprüche und Anforderungen zur Wehr zu setzen, ist heute mehr denn je Notwendigkeit. Man habe den deutschen Menschen eine falsche Gefühlsrichtung gegeben.

Nirgends träume man mehr so unverständiges Zeug, wie in der deutschen Arbeiterschaft. Es muß danach gestrebt werden, den deutschen Menschen zum Deutschtum zu bringen. Es ist falsch gegen den Besitz anzukämpfen, denn wir dienen alle, jeder an seinem Platze, dem deutschen Volke. Das Kapital gehört heute dem Auslande. Heute ist es gemeinsame Aufgabe der Unternehmer und Arbeiter:

Sich frei zu machen! Frei zu machen zu dem Zwecke, daß wir uns als freie Deutsche unter den Völkern fühlen. In Deutschland hat eine falsche Gefühlsrichtung Pag gegriffen. Wir verteidigen uns nicht, sondern laufen den anderen nach und erfüllen der anderen Wünsche — und ernten nur Undank.

Man hat geglaubt, weil wir eine Arbeiterregierung haben, daß wir Erleichterungen in Bezug auf das besetzte Rheinland usw. bekommen. Das Gegenteil ist richtig. Heute sind die Schwierigkeiten größer als zuvor geworden, schwieriger als noch eine nationale Regierung bestand. Ein Zeichen, daß mit Sentimentalitäten keine Politik getrieben werden kann. Wir haben uns deshalb den Willen zur Selbstbehauptung geistig zu erkämpfen.

Ein Volk von 62 Millionen kann auf die Dauer nicht unterdrückt werden. Notwendig ist aber, wenn der Aufstieg kommen soll, daß das Wollen und unsere Fähigkeiten vorhanden sind.

Anschließend wurde gemeinsam das **Deutschlandlied** gesungen. Die Jugend mehrerer Gruppen führte noch einige Freiübungen vor und erbrachte den Beweis, daß die Vereinigung auch an der Erhaltung der Jugend in geistiger und körperlicher Hinsicht arbeitet. Ein gefelliges Beisammensein bei Konzert bildete den Abschluß der großen Tagung.



Einem ehrwürdigen Brauche folgend wollen wir am Eingang unserer heutigen Zusammenkunft derer gedenken, die in dem letzten Jahre im Bergbau verunglückt und von uns gegangen sind. Kameraden ich bitte Sie, zum ehrenden Gedenken derer, die den Bergmannstod erlitten, sich mit mir von den Plätzen zu erheben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Kameraden. Als Vorsitzender der Arbeitnehmervereinigung im Mitteldeutschen Bergbau habe ich die Ehre, Sie am heutigen Tage willkommen zu heißen. Ich tue das umso lieber, als Sie in so gewaltiger Anzahl unserer Einladung Folge geleistet haben. Ich begrüße in erster Linie die Vertreter der Unternehmungen, die durch ihr zahlreiches Erscheinen ihren Willen bekunden, im Sinne unserer Bestrebungen mit uns zu arbeiten.

Ich begrüße die Redner, die nachher zu uns sprechen werden: Herrn Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Bogt aus Frankfurt a. M. und Herrn Reichstagsabgeordneten Bergwerksdirektor Leopold, Berlin. Die Herren sind uns keine Fremden mehr. Aus ihren Worten und Schriften haben wir viele wertvolle Anregungen empfangen.

Ich begrüße ferner die Abordnungen und Vertreter befreundeter Bergmannsorganisationen.

Ich begrüße sodann die Herren Vertreter der Presse, die es sich nicht nehmen lassen, zu unserer Veranstaltung zu erscheinen.

Ich begrüße schließlich nicht weniger herzlich alle unsere Mitglieder, die zum Teil von weither aus dem Neviener Halle, Borna und Meuselwitz in so stattlicher Zahl herbeigeeilt sind, um ihre Verbundenheit mit uns vor aller Deffentlichkeit zu bekunden.

Der heutige Vormittag hat uns bereits in eifriger und ernster Tätigkeit gesehen. Jetzt treten wir an die Deffentlichkeit mit einer Kundgebung, die über unsere Bestrebungen Aufschluß geben soll. Ich habe die Ehre, Ihnen diese programmatische Kundgebung zur Verlesung zu bringen:

„Die in Merseburg am 26. August 1928 versammelten, den Wirtschaftsfrieden erstrebenden Bergleute der mitteldeutschen Braunkohle treten mit dieser Kundgebung zum ersten Male vor die Deffentlichkeit. Lange genug haben wir geschwiegen zu den Schmähungen und Beschimpfungen, mit denen wir von gewisser Seite überschüttet worden sind. Wir weisen diese Anwürfe, die uns gelb nennen und damit etwas Schmutziges, Ehrenrühriges nachsagen wollen, auf das entschiedenste zurück. Von den Gewerkschaften erwarten wir keine Gerechtigkeit; aber von einer Regierung, die die Interessen eines gesamten Volkes und nicht die einer Partei vertritt, von dieser verlangen wir Gerechtigkeit.“

Die Bewegung des arbeitenden Volkes steht unter dem Schutze der Verfassung. Nach Artikel 159 ist die „Bereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für jederman und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

Die auf Arbeitsfrieden hindrängende Bewegung der mitteldeutschen Bergleute ist

eine Arbeiterbewegung

und trotzdem wird sie von der Regierung als solche nicht anerkannt. Man wirft ihr offen oder versteckt vor, daß sie von den Unternehmern abhängig sei, ohne auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen.

Wir erklären hierdurch vor aller Deffentlichkeit und feierlich, daß wir eine vom Unternehmertum unabhängige Arbeiterbewegung sind. Wir erwarten, daß die Regierung im Geiste des Artikels 159 unserer Verfassung diese unsere Erklärung nachprüft und unserer Bewegung Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Das Wort von der Wirtschaftsdemokratie ist in aller Munde, doch nur wenige sagen klar und offen, was sie damit meinen. Solange man auf dem Wege einer sogenannten Wirtschaftsdemokratie politische Nebenzwecke zu verfolgen sucht, solange man auf dem Wege über die Wirtschaftsdemokratie eine Räterepublik anstrebt, sind wir dagegen. Sobald aber die Wirtschaftsdemokratie einer zur

Mitverantwortung

und nicht nur zur Nutznießung der Wirtschaft herandrängenden Arbeiterschaft Rechnung tragen soll, sind wir dafür. Solange der Begriff der Ebenbürtigkeit des Arbeiters die Wertschätzung des Werktätigen als Mensch im Auge hat, stimmen wir zu; denn uns ist der Mensch Ziel, die Wirtschaft nur ein Mittel um des Menschen willen. Für uns hat die Wirtschaftsdemokratie nur dann einen Sinn, wenn der Gedanke des echten Führertums in ihr zur Verwirklichung kommt. Führer soll sein der Fähige, aus welcher Schicht des Volkes er kommen mag. Seine Eignung zum Führertum wird sich darin zeigen, daß er in Zusammenarbeit mit allen Verantwortungserfüllten versteht, das Wohl der Wirtschaft mit dem Wohl der Werktätigen zu verbinden.

Jede gesunde Arbeiterbewegung muß sich als Aufgabe stellen, ihre Mitglieder in beruflicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu fördern. Jede Arbeiterbewegung, die dies auf Kosten der Wirtschaft, des Volksganzen tut, ist als schädlich zu verwerfen.

In der beruflichen Förderung (Berufsausbildung und Berufsbildung) erblicken wir die stärkste Sicherung gegen Gleichmacherei und Terror der Ungelernten über die Gelehrten. In der wirtschaftlichen Förderung erstreben wir höchstmögliche Löhne.

Wir erkennen aber an, daß Lohnerhöhungen nur in Verbindung mit gleichlaufender Leistungserhöhung erfolgen können.

Der Leistungslohn

Ist darum ein Hauptgrundsatz unserer Bewegung. In kultureller Beziehung streben wir an, allgemeine Fortbildung unserer Mitglieder, Stärkung des Familienlebens und Erziehung der Jugend. Eine dauernde Hebung der wirtschaftlichen Lage der Werktätigen ist nur möglich, wenn man zugleich das Wohl der Wirtschaft im Auge hat. Nur gemeinsames Wirken von Kapital und Arbeit kann zum Ziele führen. Klassenkampf von oben und von unten und die mit ihm verbundenen Erschütterungen des Wirtschaftslebens durch Streik und Aussperrung schädigt Werktätige und Wirtschaft. Der Kampf um die Profiteure ist ein unsittlicher Kampf.

Kapital und Arbeit

sollen gemeinsam dem Volksganzen dienen. Auch hier soll es heißen: Gemeinnutz geht vor Sondernutz.

Im Mittelpunkt des Klassenkampfes unserer Lage steht das Ringen um den

Achtstundentag



Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 25. November 1928

Nr. 9

Der große Rechtsbruch am deutschen Volke.

Nach einer Meldung der „United Press“ vom 25. Mai 1928 hat der Senator Shipstead im Senat der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Resolution eingebracht, die sich mit der Schuld am Kriege befaßt. In dieser heißt es:

„Der Auswärtige Ausschuß soll im Sinne der Gerechtigkeit eine Entschluß darüber fassen, ob die Vereinigten Staaten eine Revision des Vertrages von Versailles empfehlen können, oder aber den alliierten Mächten ein Uebereinkommen vorschlagen, nachdem die Bestimmung des Versailler Vertrages, die Deutschland die Schuld am Weltkriege zuspricht, gestrichen wird.“

Wilson bezeichnete es als eine Pflicht der Vereinigten Staaten, in den kommenden Tagen den Frieden zwischen den Völkern der Welt auf eine andere, ganz neue Grundlage zu stellen und fügte, an die Senatoren gewendet, wörtlich hinzu: „Sie können sich dieser Dienstleistung mit Ehren nicht entziehen.“

In der Botschaft des Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 4. Dezember 1917 heißt es: „Ihr hört mit mir die Stimmen der Menschheit, die in der Luft schweben. Diese Stimmen beruhen darauf, daß der Krieg nicht in Akten der Rache irgendeiner Art endigen darf, daß keine Nation, kein Volk bestraft und beraubt werden soll. Dieser Gedanke ist es, der in der Formel ausgedrückt werden soll. Keine Anexionen, keine Kontributionen, keine Strafschädigungen. Niemand bedroht die Existenz oder die Unabhängigkeit oder die friedliche Unternehmungslust des Deutschen Reiches.“

In der Aussprache vom 8. Januar 1918 an den Kongreß betonte Präsident Wilson, daß der Tag der Eroberung und Vergrößerung vorbei sei. Wilson empfahl freien, unbefangenen und absolut unparteiischen Ausgleich aller kolonialen Ansprüche.

Die Interessen der betreffenden Bevölkerung müßten hierbei ebenso ins Gewicht fallen, wie die Rechtstitel der Regierungen. Die Vereinigten Staaten wünschten nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgend einer Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu sperren; es solle seinen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern der Welt einnehmen.

In der Antwort an den Deutschen Reichskanzler, die Präsident Wilson am 11. Februar 1918 im Kongreß gab, heißt es:

„Völker und Länder dürfen nicht von Oberherrschaft zu Oberherrschaft verschachert werden, als ob sie bloße Ware oder Steine in einem Spiel wären. Es soll keine Annexion, keine Kriegssteuer, keine Strafe geben.“

Im Vertrauen auf diese vor aller Welt verkündete Versicherung legte Deutschland die Waffen nieder. Nach monatelangen Beratungen, die im Gegensatz zu der ersten Friedensbedingung Wilsons nicht öffentlich, sondern geheim geführt wurden, überreichten die Gegner am 7. Mai 1919 in Versailles der deutschen Friedensabordnung ein Dokument von 440 Paragraphen, das völlig von den durch Wilson aufgestellten Bedingungen abwich und den

vollkommenen Bruch eines in völkerrechtlich bindender Form gegebenen Versprechens darstellte.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti urteilt über dieses Dokument in seinem 1924 erschienenen Werk „Die Tragödie Europas -- und Amerika?“ wie folgt:

„Nachdem ich den Vertrag von Versailles in allen seinen Einzelheiten mehrmals geprüft, habe ich mich überzeugt, daß er nicht nur im Geiste des Hasses und der Friedensfeindschaft gedacht und abgefaßt ist und sozusagen eine Sammlung aller möglichen Arten und Methoden des Raubes bildet, sondern daß es auch geriebenen Leuten gelungen ist, ohne Vorwissen oder Vermuten der verantwortlichen Vertreter der Großmächte eine Reihe von Bestimmungen in ihn hineinzuschmuggeln, die zu jeder künftigen Gewalttätigkeit den Vorwand zu liefern geeignet sind.“

Wilson war gegenüber dem französischen Vernichtungswillen zu schwach, seinen 14 Friedensbedingungen Geltung zu verschaffen. Er kehrte als ein seelisch und körperlich gebrochener Mann nach seinem Lande zurück. Das deutsche Volk aber wurde einer Beraubung ausgesetzt, die in der Weltgeschichte nicht ihresgleichen findet. Große Teile deutschen Landes wurden, obwohl sie von rein deutscher Bevölkerung bewohnt waren, gewaltfam abgetrennt und habgierigen Nachbarn ausgeliefert. Deutschland wurde ferner seiner gesamten Kolonien beraubt. Welche ungeheure Entschädigung es außerdem leisten mußte, deckt der schon genannte ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti in seinem Buche „Der Friede“ auf. Er sagt:

„Als Folge des Vertrages und für die Besatzungskosten hat Deutschland bis zum Abschluß des Dawesvertrages ungefähr 50000 Millionen Goldmark bezahlt.“

Der Dawesvertrag belegt das deutsche Volk ab 1928 mit einem Jahrestribut von 2500 Millionen Goldmark, das bedeutet, daß es

jeden Tag 6 Millionen 849000 Goldmark zahlen muß, ohne zu wissen, wann die Verpflichtung endigen soll.

Der Fluch des ungeheuren am deutschen Volke begangenen Rechtsbruchs muß fortzeugend Böses gebären und die Handelsbeziehungen der ganzen Welt in Unordnung bringen. Die in allen Ländern herrschende ungeheure Arbeitslosigkeit von Millionen von Menschen ist der unwiderlegbarste Beweis dafür. Am 24. Mai 1928 hat der Abgeordnete Hopkinson sich im englischen Unterhause über die schlimmen Wirkungen der deutschen Reparationen für die britische Industrie geäußert. Er erklärte:

Abgesehen von ein paar Mitgliedern des Parlaments gibt es wohl keinen denkenden Menschen in Großbritannien, der in den deutschen Reparationen nicht einen Fluch sieht. Es ist mir immer ein Rätsel gewesen, wie die Regierung eines zivilisierten Landes jemals von einem besiegten Feinde solche Reparationen verlangen und damit den ganzen Lebensstandard eines Volkes hinabdrücken und sein ganzes Leben habe in Verwirrung bringen können. Insbesondere habe ich mich immer gewundert, daß die Abgeordneten der Grubenarbeiter nicht aufgestanden sind, um die Regierung für ihre Torheit, auf solche Weise die britische Industrie umzubringen, in Stücke zu zerreißen.

Auf die in völkerrechtlich bindender Form gegebenen Versprechungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Wilson, insbesondere auf seine 14 Friedensbedingungen hin, schloß Deutschland, um dem Blutbergießen ein Ende zu machen, den Waffenstillstand. Nachdem es dieses getan und seine Truppen zurückgezogen hatte, wurde es durch die Drohung, den Krieg wieder zu eröffnen und die Aushungerungs-Blockade fortzusetzen, zum Unterschreiben des Versailler Diktats gezwungen.

Um den am deutschen Volke begangenen Rechtsbruch zu verdecken, wurde das Versailler Diktat mit der unbewiesenen Behauptung begründet, das deutsche Volk habe den Krieg böswillig verschuldet. Diese Bestimmung beruht nach den Urteilen vieler Geschichtsforscher und dem des amerikanischen Senators Shipstead auf Hysterie, Heuchelei und Fälschung.

Unsere Aufgabe, die Aufgabe jedes denkenden Deutschen, der noch einen Funken Nationalgefühl im Leibe hat, muß es sein, immer wieder auf das uns angestattete Unrecht hinzuweisen und die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege zu zerreißen. Sagen wir es immer und immer wieder besonders den irreführten Volksgenossen, die in ihrer Verbblendung den Gegnern Deutschlands recht geben und deren Geschäfte unbewußt besorgen. Hier ist eine Möglichkeit alle Deutschen Volksgenossen zu einen in der Abwehr des großen Rechtsbruchs, zu einen zum Wohle vor allem der Arbeiterschaft.

Deutschland hat die beste Sozialversicherung der Welt.

Das ist eine unbestrittene Tatsache, sowie man unter beste versteht die weitestgehende. Die Wirkungen dieser sehr weitgehenden Versicherung sind allerdings katastrophal. Wir haben des öfteren auf Schäden und Mängel der Reichsknappschaft hingewiesen und werden in unserem Kampfe gegen Schmarozer- und Simulantentum nicht erlahmen, um auch unsererseits dazu beizutragen, daß wieder tragbare Beitragslasten eingeführt werden und die Knappschaft wieder wie in der Vorkriegszeit zu einem Segen für den Bergmann wird, während man heute eher vom Gegenteil sprechen kann.

Heute etwas zur Arbeitslosenversicherung. Diese Versicherung, deren wohltuende Seiten wir durchaus nicht verkennen, hat aber in ihren Auswirkungen und Auswüchsen dahin geführt, daß es ungeheuer schwer ist, arbeitswillige Leute zu bekommen. Hierzu sei folgendes treffliche Beispiel aus einem Werk mitgeteilt: Zur Erhöhung der Belegschaft um 100 Mann wurden zugewiesen vom Juli bis Dezember 1927

=	1022 Mann.
Im gleichen Zeitraum kehrten wieder ab	= 937 Mann
Mitteln Vermehrung der Belegschaft in 6 Monaten	= 86 Mann

Im Frühjahr 1928 sollte die Gesamtbelegschaft weiter erhöht werden. Es wurden zugewiesen vom Januar bis Juli 1928

=	1843 Mann
Abgekehrt sind in gleicher Zeit	= 1530 Mann
Mitteln verblieben in sieben Monaten	= 313 Mann.

Von den 2466 Abkehrern innerhalb eines Jahres wurden folgende Gründe ermittelt: 633 hatten nach Zuweisung einer Arbeitsstelle und des damit verbundenen Fortfalls der Erwerbslosenunterstützung angeblich selbst

anderweitig Arbeit gefunden. Eingeschlossen sind etwa 20% regulärer Abgang in jedem Frühjahr.

94 waren untauglich zur Werkarbeit, 1097 kehrten nach wenigen Tagen ab mit den üblichen Ausflüchten: zu lange Arbeitszeit, zu weiter Weg, zu wenig Verdienst, 208 verschwanden unter Kontraktbruch, 404 haben die Arbeit überhaupt nicht aufgenommen.

Sn unseren Betrieben arbeiten nahezu 3000 Menschen unter denselben Verhältnissen, wie solche von den zur Arbeitsleistung zugewiesenen Erwerbslosen als Grund zu der kurzfristigen Arbeitsleistung angegeben wurden.

Neben der hierdurch unausbleiblichen Verwaltungsmehrarbeit zeigt sich aber eine weitere, ganz enorme Belastung der Knappschaftskrankenkasse, deren Lebensfähigkeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen sichergestellt werden muß. Viele der zugewiesenen Erwerbslosen lassen sich einstellen, um sich sobald als möglich krank zu melden. Ein Gesundheitsnachweis kann heute nicht mehr verlangt werden. Der Nachteil, daß Einstellungen ohne vorhergehende ärztliche Untersuchung erfolgen müssen, zeigt sich schon in der Zahl der wegen Untauglichkeit zur Werkarbeit abgekehrten 94 Mann, wovon nur wenige Arbeitsinvaliden sind. Deutlich aber wird das Bild über die Ausnützung der Krankenkassen bei Betrachtung nachstehender Aufstellung. Hier zeigt sich auch, in welchem Verhältnis Belegschaftsmitglieder krank feiern, die Mitglied des wirtschaftsfriedlichen Arbeitnehmervereins (Werkvereins) sind und solche, die diesem nicht angehören (Gewerkschaften usw.) Vom Januar bis einschließlich September feierten krank:

Von den Belegschaftsmitgliedern:

	die im Werkverein sind:	die nicht im Werkverein sind:
1928		
Januar	5,2%	8,9%
Februar	5,7%	7,8%
März	4,0%	7,8%
April	3,4%	7,1%
Mai	3,6%	6,7%
Juni	2,9%	6,4%
Juli	3,0%	7,4%
August	3,0%	6,7%
September	3,3%	7,2%

Aus diesen Zahlen ist klar ersichtlich, daß die sich mit dem Unternehmen verbunden fühlenden Arbeiter nur krank feiern, wenn sie es wirklich sind, während für die andere Seite Zweifel an einer ernstlichen Erkrankung

erhoben werden müssen. Urteile der Knappschaftsärzte bestätigen dieses. Für die produktiv arbeitenden, beitragszahlenden Krankenkassenmitglieder und auch für die Arbeitgeber bedeutet ein hoher Krankenstand stets eine Belastung, die in den hohen Beiträgen zum Ausdruck kommt.

Betrachtet man die Auswirkungen des WABG nach den überall gleichen Erfahrungen, daß ein großer Prozentsatz Erwerbsloser gar nicht arbeiten will, weil die Leute dank der Arbeitslosenversicherung gar nicht arbeiten brauchen, so muß man zu dem Schluß kommen, daß, bei aller Anerkennung der sozialen Fürsorge des Staates, hier Gefahr besteht, die Arbeitslust durch zu weitgehende Maßnahmen lahm zu legen. Werden nicht bald andere Wege zur Förderung der Arbeitswilligen ergriffen, so werden wir in nicht mehr fernliegender Zeit erfahren, wohin wir kommen.

Was sind Schmaroker?

Von R. Mally-Wuß.

Unter dieser Ueberschrift bringt der Zeiter „Volksbote“ in Nr. 267 vom 13. 11. 1928 einen recht plumpen Artikel, um die Wertgemeinschaftsbewegung als gelbe Sumpfpflanze und Schmaroker zu kennzeichnen. Der Volksbote bezeichnet im einleitenden Satz Schmaroker als eine Gattung Tiere, die von anderen leben. Weiter führt er aus, daß man diese Bezeichnung auch auf die Wertgemeinschaftsbewegung anwenden könne. Herr Wertgemeinschaftsvertilger, wie ist das! lebt die Wertgemeinschaftsbewegung von den sauer verdienten Arbeitergroßchen oder — Eure marxistischen Gewerkschaftsführer, die Euch seit einem Menschenalter mit den dummdreistesten Versprechungen speisen, um dadurch mit Hilfe Eurer Beiträge ein Schmarokerdasein zu führen?! Oder ist man im marxistischen Gewerkschaftslager mit der zoologischen Forschung und Veredlungsversuchen schon so weit, daß das Parteibuch aus einem „Schmaroker“ einen gut singenden Harzer Edelroller macht, der auf Grund seines Sing-Sangs sein Futter verdient. Daß aber Eure veredelten Schmaroker in ihre Urform zurückfallen, das hat die marxistische Gewerkschaftsbewegung im Bergbau bei der letzten Knappschaftswahl bewiesen. Wegen der „Schmaroker“-Futterplätze in der Knappschaft brachtet Ihr es fertig, mit den Risten „Fortschritt“ und „Einigkeit“ (?) unter Flugblattbenutzung Euch gegenseitig aus den „Freistellen“ auszubeißen. Derartige Eigenschaften sind ja wohl die Kennzeichen richtiger Schmaroker.

Wir wollen uns aber als Schmaroker bekennen, sobald Ihr nur einen Pfennig Lohneinbuße durch uns habt.

Wir stehen nun einmal auf dem Boden des gesunden Leistungslohngedankens, und die Erfahrung zeigt uns, daß Eure „Anhänger“ recht eifrige Verfechter des Leistungslohnes in der Praxis sind. Ja, selbst die marxistischen Gewerkschaftsführer wissen: „Je schöner und länger unser „Sing-Sang“, umsomehr Mitglieder, umso höher unsere Verbandsprozente!“

Wir haben aber auch bis jetzt aus dem marxistischen Gewerkschaftslager noch keinen gesunden, der außertarifliche Qualitätszulagen oder Prämien als „gelbe Errungenschaft oder Bestrebung“ zurückgewiesen hätte. Wohl haben die Gewerkschaftsvertreter bei den letzten Tarifverhandlungen für den Braunkohlenbergbau (Erfurt) die Unternehmervertreter zwingen wollen, unter Berufung auf das Novemberabkommen von 1928, doch endlich aufzuhören, mehr zu zahlen als sie nach dem Lohntarif zahlen müßten (!),

denn dadurch würden ja gerade die Bestrebungen der Wertgemeinschaftsbewegung gefördert. Gewiß, Ihr Herren „Schmaroker“, nach Eurem Willen soll heute wie früher der Weg zum Sozialismus über ein verelendetes Proletariat führen. Deshalb darf Euer „Stimmvieh“ nicht heraus aus der proletarischen Not — denn jeder gesunde Aufstieg hat ja mit Sozialismus nichts, auch garnichts gemein.

Schmaroker haben eben die Eigenschaft selbst die ungewöhnlichsten Wege zu ihrem Ziel einzuschlagen, und diese Wege sind Versprechungen, Loblieder auf den Sozialismus mit dem ergreifenden Schlußvers: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“. Bei Knappschaftswahlen und ähnlichen „Vorfällen“ wird dann die darin zum Ausdruck kommende „Solidarität“ beiseite geschoben; es gibt eben „Ausnahmefälle“. Ja, es gab selbst angehende „Schmaroker“, die als Knappschaftsältesten-Kandidat es für angebracht hielten 14 Tage vor der Wahl von der KPD zur SPD. überzutreten — weil eben viel „Stimmvieh“ reichen Schmarokerboden bietet.

Weiter wird dann im genannten Artikel die „von einer Anzahl Untertanen besuchte“ Merseburger Tagung gestreift. Warum „verehrter Volksbote“, wird diese Kundgebung erst jetzt nach einem Vierteljahr „beleuchtet“. Hätten Sie doch sofort die Kundgebung abgedruckt und mit den „schlagenden Beweisen“ der marxistischen Gewerkschaftstheorien einfach breitgeschlagen! Ihre Leser wissen ja garnicht, wie diese Kundgebung gelautet hat und wie groß die Zahl der anwesenden „Untertanen“ war. Ihr Bruderblatt, das „Halleische Volksblatt“ berichtete allerdings von „400 ausgemergelten schwankenden Gestalten“, die nach gemeinsamem Vertilgen von Freibier und Kollmöpsen unter dem Schutz der Schupo in Merseburg herumwankten. Ihrem Bruderblatt ist ja wie allen marxistischen Zeitungen zu verzeihen, denn von 1400 bis 400 hat der Druckfehlerteufel leichtes Spiel. Wir empfehlen dem Volksboten gelegentlich unserer nächsten Tagung unser Auftreten, insonderheit die „schwankenden, ausgemergelten Gestalten“ gemeinsam mit den Bruderblättern der Umgegend durch Film festzuhalten. Ihr benutz ja sowieso den Film jetzt so gerne als Mittel der Berichterstattung und zum Werben!

Auf eine Lüge mehr oder weniger ist es ja Euren marxistischen „Partei- und Gewerkschaftspäpsten“ samt dem „Propheten“ Marx nie angekommen. Heute ist eben der Sozialismus „Opium für die Massen“. Eure herr-



lichen Kampfgefänge und Aufrufe endeten früher meist: „den Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen“. Was hört man heute aus dem „Sing-Sang“ Eurer „beredelten Schmarozer“ heraus: „Der Freund, auf den wir uns verlassen, das ist die Dummheit un'rer Massen!“

Weiter behandelt der „Volksbote“ auch unsere Tarif-fähigkeit. „Armer Kerl“, — die wollen wir vom Zeiger Volksboten usw. gewiß nicht festgestellt wissen. Lesen Sie gefälligst unsere Rundgebung, von der Sie schwachen, einmal durch; da wird Ihnen die Stelle begegnen: „Von den marxistischen Gewerkschaften verlangen wir keine Beachtung, aber von der Regierung verlangen wir Ge-rechtigkeit!“

Im übrigen stehen wir dem „Volksboten“ bei Bedarf mit der namentlichen Anführung kleiner, mittlerer und großer „Schmarozer“ gerne zu Diensten.

Fast zur selben Stunde wie der Volksbote bringt die kommunistische „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 266 vom 14. 11. 1928 einen Artikel: „Die gelbe Pest im Bergbau“ — gezeichnet Nr. 401. Verehrter Herr Nr. 401! Sie schreiben wörtlich: „Während früher mit

Vorliebe freigewerkschaftliche Kameraden, und zwar solche, die noch „etwas Ansehen“ (so weh!) in der Belegschaft hatten, zu den Kurzen geschickt wurden . . .“ Ja, damit sagen Sie ja selbst, daß Euer letztes bißchen Ansehen, daß das letzte bißchen Verständnis für die marxistische Gewerkschaftstheorie und Eure praktische Gewerkschafts-politik bei den Belegschaften hin ist! — Eine „Vater-ländische Vereinigung“ kennen wir nicht. — „Heimliche“ Flugblattverteilung müßten wir dann gerade erst von Euch gelegentlich der letzten Knappschaftswahl („Einigkeit“ und „Fortschritt“! ! !) gelernt und übernommen haben.

Im übrigen, Herr Nr. 401, lüften Sie doch Ihre Decknummer — und wenn Sie noch „etwas Ansehen“ bei Ihrer Belegschaft genießen, dann auf zur Schneide-mühle und ehlich gekämpft, wenn man Ihnen die gefährtete „Verdummungsspritze“ ans Gehirn setzen sollte! Aber leider habt Ihr ja keine Geistes- und Bewegungsfreiheit. Eure herrliche marxistische Gewerkschaft droht jedem Kurjusteilnehmer mit Hinauswurf. Aber habt keine Bange! Die Drohung wird nicht wahr gemacht! Wenn die Groschen nicht wären für die „Schmarozer“! Ja, dann wär's etwas anderes!

Was der Arbeiter nicht wissen darf.

In der Agitation der sozialistischen Gewerkschaften und Partei spielt das sogenannte 700 Millionen-Geschenk an die Ruhrindustriellen immer noch eine Rolle.

Wie verhält es sich nun in Wirklichkeit damit? Hören wir, was Dr. Stresemann am 20. Februar 1925 im Reichstag ausgeführt hat:

„An der entscheidenden Kabinettsitzung vom 20. Oktober haben nicht nur die sozialdemokratischen Minister Schmidt und Sollmann teilgenommen, sondern auch der preußische Ministerpräsident Braun. Als Beschluß dieser Kabinettsitzung ist protokollarisch festgelegt, daß die Industrie zunächst aus Privatkrediten die Leistungen an Frankreich übernimmt, und dann heißt es wörtlich: „Das Reich anerkennt die Verpflichtung der Ersatzleistung, die aber erst eintritt, wenn die Finanzen des Reiches in Ordnung gebracht sind.“ Der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes, der sozialdemokratische Abgeordnete Hufemann, hat damals in einem Brief an den Kanzler Stresemann verlangt, daß die Sachleistungen der Industrie vom Reich bezahlt werden müssen. Alle Kabinettsmitglieder mit Einschluß der Sozialdemokratie waren sich einig in dieser Frage. Der sozialdemokratische Innenminister wandte sich sogar dagegen, daß der Finanzminister auf einzelnen Gebieten sparen wollte.

Der preußische Ministerpräsident Braun stimmte gleichfalls zu und hat nur, aus Gründen der Volksmentalität den Namen Stinnes nicht zu sehr in den Vordergrund zu stellen.“

Daß aber die Gewerkschaften ein 10 Millionen-Geschenk erhalten haben, das erfährt der Arbeiter nicht.

Technische Nothilfe.

Severing denkt daran, die Technische Nothilfe abzubauen. Derselbe Severing sagte am 2. Dezember 1920 im preußischen Landtag: „Der Elektrizitätsstreik! Man macht mir den Vorwurf, daß von mir die Technische Nothilfe zu spät eingesetzt sei. Es gilt meines

Erachtens, diese Einrichtung erst populär zu machen. Ich möchte mir in Zurückweisung dieser Angriffe gewisse Reserven auferlegen. Ich möchte nicht, daß die Waffe der Nothilfe stumpf würde. So viel aber darf ich sagen, wäre es zu einem allgemeinen Streik der städtischen Arbeiter gekommen, dann hätte die Technische Nothilfe nicht ausgereicht. Die Waffe ist inzwischen geschärft. Die Technische Nothilfe selbst und die vorgesezte Behörde, das Reichsamt des Innern, weiß, wo der Hebel der Besserung anzulegen ist, und heute ist die Waffe schon stärker.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bewilligt im Sommer 1922 24 Millionen Mark für die Teno.

Die vaterländischen Wehverbände

erfreuen sich befanntlich nicht der uneingeschränkten Beliebtheit bei den heutigen sozialistischen Machthabern. Vor einigen Jahren war das anders, als man sie brauchte, den Grenzschutz und die freiwilligen Truppen nämlich, die den Kern der vaterländischen Bewegung darstellen. Der sozialistische Kultusminister Hänisch erließ am 13. März 1919 folgenden Aufruf an die studierende Jugend:

„Noch einmal heißt es: Freiwillige vor! Heute winken keine Siegeskränze. Heute trägt Euch nicht der Aufschwung eines in ernster Kriegsnot geeinten Volkes. Heute reißt keine Begeisterung euch fort, noch zwingt das Gebot der allgemeinen Wehrpflicht. Die gereifte Jugend ergreift freiwillig die Waffen, weil sie den furchtbaren Ernst der Lage erkennt und weiß, was die Pflicht der Selbsterhaltung von ihr fordert. Die deutsche Wehrmacht liegt in Trümmern, die Flut des Bolschewismus droht unsern Grenzwall im Osten zu durchbrechen, die Hydra der Anarchie und des Bürgerkrieges erhebt im Innern ihr Haupt. Rette Dein Vaterland, deutsche Jugend! Der ganzen deutschen Jugend aller Stände gilt unser Ruf, auch auf diesem ersten Wege führend voranzugehen. Schulter an Schulter mit euern Altersgenossen aus dem Arbeiterstande sollt ihr jungen

Akademiker der Regierung helfen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Tretet ein in die Freiwilligenverbände, schützt das bedrohte Kulturerbe eurer Väter, rettet die eigene Zukunft. Hilf, deutsche Jugend!"

Und der preußische Innenminister Wolfgang Heine sagte in einer Versammlung am 27. April 1919: Wer jetzt verlangt, daß der Grenzschutz und die freiwilligen Truppen aufgelöst werden, und wer sie boykottiert, der begeht Landesverrat

Arbeiterchaft und Steuern.

Auf dem sozialistischen Parteitag in Cassel 1920

Gegen das Gewerkschaftsmonopol.

Wir lesen in „Wirtschafts Nachrichten“ des Bundes für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft Nr. 19 vom 1. 10. 28.

Nach § 11 Absatz 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes sind als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände Rechtsanwälte und Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben ausgeschlossen, dagegen sind zugelassen Mitglieder und Angestellte wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher Vereinigungen, die kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind, soweit sie für die Vereinigung oder für Mitglieder der Vereinigung auftreten und nicht neben dieser Vertretung die Tätigkeit als Rechtsanwalt ausüben, oder, ohne Rechtsanwälte zu sein, das Verhandeln vor Gericht gewerbmäßig gegen Entgelt betreiben. Diese Bestimmung hat zu den heftigsten Angriffen Anlaß gegeben; wir verweisen in dieser Beziehung auf die Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Neubert-Berlin in Nummer 3 dieser Blätter vom 1. Februar d. J. Dort wird gesagt: „Der Organisierte kann durch die Vertretung seitens Angestellter seiner Vereinigung jederzeit einen mit der Materie des Arbeitsrechts vertrauten Sachwalter finden, der Nichtorganisierte steht schutzlos einer ihm nach der Art ihrer Zusammensetzung von vornherein ablehnend eingestellten Entscheidungsbehörde gegenüber.“

führte der Vorsitzende Wehls u. a. folgendes aus: „Jellisch hat nur Einzelheiten bemängelt. Wir sollen beim Steuerabzug versagt haben. Einem so geschickten Agitator, wie Jellisch, müßte es doch leicht sein, den Arbeitern den revolutionären Charakter gerade dieser Art Steuerabzug auseinanderzusetzen. Die Arbeiter wälzen den Steuerabzug auf die Unternehmer ab, und die Unternehmer die Belastung auf die Produkte, und so werden letzten Endes die Steuern von der Gesamtproduktion aufgebracht — ein Zustand, den gerade wir stets erstrebt haben.“

Auf gut deutsch sagt man dazu: **Gehirnverfleisterung** oder Verdummung der Arbeiterchaft.

Das Arbeitsgericht Berlin hat nun in einer Entscheidung vom 4. Juli d. J. ausgesprochen, daß Rechtsanwälte vor den Arbeitsgerichten zugelassen seien, da die entgegenstehende Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes gegen Artikel 159 der Reichsverfassung verstoße. Dieser Artikel lautet: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

Der Beschluß des Berliner Arbeitsgerichts ist ausführlich und scharfsinnig begründet. Die Verfassungswidrigkeit des Ausschlusses von Anwälten wird einmal darin erblickt, daß einem Teil von Rechtssuchenden praktisch der Zutritt zum Richter verweigert ist (z. B. bei Krankheit, Transportunfähigkeit, weiter Entfernung), dann aber auch in der Tatsache, daß die Nichtzulassung von Anwälten mittelbar einen Zwang zum Beitritt zu wirtschaftlichen Vereinigungen enthält. Die Berliner Entscheidung wendet sich also gegen das Vertretungsmonopol der Gewerkschaften. Es wird nun abzuwarten sein, wie sich die höheren Instanzen zu ihr stellen. Eine Änderung des § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes scheint uns unermesslich zu sein.

Berlumpung.

Wenn irgendwo mal außerhalb der Sozialdemokratie eine, na sagen wir, finanzielle Schweinerei vorkommt, dann ist die rote Presse gleich bei der Hand, von Berlumpung zu sprechen. Wir sind mal neugierig, ob die S.P.D. nun auch ihren Genossen Claus als „Typ der Berlumpung der Sozialdemokratie“ hinstellen wird. Dieser Kavaliergenosse hat die Armen betrogen, das Vertrauen weiter Arbeiterkreise aufs schlimmste getäuscht und diese Arbeiterkreise um ihre Spargroschen gebracht. Wir lesen darüber in den Leipziger Neuesten Nachrichten Nr. 298 vom 24. 10. 28:

„Vor dem Chemnitzer Schöffengericht hat ein hochinteressanter Prozeß stattgefunden. Der ehemalige Prokurist der „sozialistischen gemeinnützigen Baugenossenschaft in Chemnitz“ ein Kaufmann Arthur Claus, hat, wie der Eröffnungsbeschluß des Gerichts mitteilte, seit dem Jahre 1924 insgesamt 42 243 Mark unterzlagen. Nach dem Bericht der sozialistischen Presse selbst hat „Genosse“ Claus sich nicht wie ein Mann benommen, der von einem Arbeiterunternehmen auf seinen Posten gestellt worden sei.

Er habe geradezu ein luxuriöses Leben geführt, sei Mitglied des Automobilklubs geworden und habe an allen kostspieligen Veranstaltungen seines neuen Gesellschaftskreises teilgenommen. Er habe sich nicht wie ein klassenbewußter Arbeiter betragen, sondern wie einer jener Bourgeois, die da glauben, daß man mit Geld alles könne.

Mit großem Pomp habe er die Hochzeit seiner Tochter gefeiert und im Anschluß daran die Angestellten der sozialdemokratischen Baugenossenschaft zu einem geselligen Abend eingeladen, wobei das Geld keine Rolle gespielt habe. Auf einem Fest in Chemnitz im Jahre 1927 habe er nicht weniger als 800 Mark verprakt. Das Tollste aber sei gewesen, daß er sich im Frühjahr 1927 ein vierstiges Personenautomobil gekauft und die Arbeiter in schlimmster Weise provoziert habe. Claus sei eben längst kein Arbeiter mehr gewesen. Vor dem Gericht habe sich Claus damit entschuldigt, daß er seine Unterschlagungen „nicht bemerkt“ begangen habe. Das Gericht hat diesen betrügerischen Genossen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.“

Die gekaufte SPD.

Die „Dresdner Volkszeitung“ polemisierte in ihrer Nummer vom vorigen Sonnabend gegen die „Arbeiterstimme“, die wiederum darauf hingewiesen hatte, daß die Sozialdemokratie von Karl Erdmann 250 000 Mark, von Barmat allein für Sachsen 200 000 Mark empfangen habe. Sie bestreitet diese Tatsachen heute nicht mehr; vor nicht allzulanger Zeit wollte dieses Blatt es ableugnen, jenes Geld empfangen zu haben. In gewundenen Sätzen aber sucht sie ihren Lesern einzureden, das man von kapitalistischen Geldgebern Summen entgegennehmen dürfe, wenn es sich bei diesen Geldgebern nur um Parteigenossen handle. Das Wichtigste sei, sich dabei keine Bedingungen vorschreiben zu lassen, wie es bei der ASP. der Fall gewesen sei.

Mit dieser infamen Lüge will sich die Dresdner Volkszeitung aus der ihr unangenehmen Situation befreien.

Ueber diese Verleumdung der ASP. durch die Dresdener Volkszeitung können wir mit Verachtung hinweggehen. Wir können es um so mehr, als wir umgekehrt wissen, daß die SPD. sich gegen Geld Be-

dingungen unterworfen hat. Bei den Reichstagswahlen 1920 hatte zuerst Scheidemann die Wahlparole ausschließlich gegen rechts ausgegeben. Damals brachte Erdmann Geld und stellte noch anderes Geld in Aussicht, falls die SPD. auch eine Wahlparole nach links aufstelle. Einige Tage darauf gab der Vorwärts die geforderte Parole gegen links aus, die Quittung für das Erdmann-Geld trägt das Datum des 22. Mai 1920; am selben Tage veröffentlichte der „Vorwärts“ auch schon die neue Parole.

Zum Schluß noch eine Frage: Ist auch Jakob Goldschmidt von der Darmstädter und Nationalbank sozialdemokratischer Parteigenosse? Von ihm hat nämlich der „Vorwärts“ kürzlich 800 000 Mark empfangen. Die Tatsache ist unlängst sogar vor Gericht festgestellt worden. Noch nicht festgestellt allerdings wurde, unter welchen Bedingungen der „Vorwärts“ dieses Geld empfing. Man braucht indes nur die allgemeinpolitische Linie des „Vorwärts“ zu beobachten, um sich seinen Vers machen zu können. (Aus „Der Volksstaat“ v. 10. 10. 28.)

Buchbesprechung.

Industrieller Friede. Unter diesem Titel ist im Verlag von Paul List, Leipzig, ein Buch von J. Davis und Th. Lüddecke erschienen. Wenn die „soziale Frage“ mit Papier und Druckbuchstaben gelöst werden könnte, wäre sie schon längst gelöst, denn im Laufe der Jahrzehnte ist so viel über diese Frage geschrieben worden, daß man sich sträubt jedes neuerscheinende Buch zu lesen, das sich mit dieser Frage beschäftigt. Und doch muß man sagen, daß das soeben erschienene Buch von Jerome Davis und Theodor Lüddecke über „Industrieller Friede“ eine recht interessante Ausnahme darstellt. Mit erfrischenden Worten schildert Lüddecke den neuen Wirtschaftsgeist, ohne den ein fruchtbares Zusammenarbeiten aller an der Produktion beteiligten Gruppen nicht möglich ist.

„Das Problem des „industriellen Friedens“ ist heute ein internationales wirtschaftliches Problem geworden. Wenn es einen Weg zum politischen Frieden gibt, so führt er über den industriellen Frieden.“

„Der Schrei nach dem großen Führer will im heutigen politischen Leben nicht verstummen. Alle schreien sie nach dem großen Führer — und kein Mensch will sich führen lassen.“

„Der neue Wirtschaftsgeist hat einen Unternehmer-Typ geschaffen, der mit der Haltung des Kapitalisten-Typs aus der Gründerperiode kaum noch etwas gemein hat. Sie fühlen sich als „Sachverwalter für industrielle Beziehungen“. Fords Evangelium von der Dienstleistung kehrt bei ihnen immer wieder.“

„Was diese Industriellen z. B. im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen Werk und Belegschaft sagen, ist gelegentlich radikaler als es sozialistische Utopisten zu erträumen wagten.“

Das sind so einige Worte aus dem Buch von Lüddecke. Seinem Aufsatz schließen sich zahlreiche andere von deutschen und amerikanischen Wirtschaftsführern an, die sich mit folgenden interessanten Fragen beschäftigen:

Wie kommen wir zum wirtschaftlichen Frieden. — Wirtschafts- oder Sozialpolitik? — Wie ich zu einer Werksgemeinschaft kam. — Die Notwendigkeit sozialer Grundrisse. — Klassenvertretung in der Industrie. — Ein Versuch industrieller Zusammenarbeit. — Industrie und menschliche Natur. — Organisierte Kirche und organisierte Arbeiterschaft. — Geschäft als ein Faktor des Fortschritts. — Was sollte die Kirche von der Industrie wissen? — Was die Kirche von dem Unternehmer erwartet und andere Ansätze mehr.

Der Kampf um die Werksgemeinschaft. Dr. Walter Ruppel, Berlin 1928. Die Schrift entwickelt im ersten Teil den Gedanken der Werksgemeinschaft — Berufsgemeinschaft. Wir begrüßen vor allem, daß hier hingewiesen wird auf den organischen Zusammenschluß mit den Unternehmern. Es ist zu bemerken, daß dieser Gedanke in unserer mitteldeutschen Bewegung bereits Wirklichkeit geworden ist in Gestalt unseres Gemeinschaftsausschusses.

Im 2. Teil beschäftigt sich der Verfasser mit einer Reihe von Einwendungen gegen die Werksgemeinschaft, wie sie immer wieder von gegnerischer Seite erhoben werden. Diese Einwände werden überzeugend widerlegt.

Die Schrift (45 Seiten, Preis 1,20 M.) ist leicht faßlich geschrieben und wird hierdurch unseren Mitgliedern empfohlen.

Aus der Bewegung.

Tagebau Wählig. Bei der jüngst stattgefundenen Wahl zum Betriebsrat gelang es unserer rührigen Gruppe, sämtliche Sitze (7) in ihren Besitz zu bringen. Ein sehr beachtlicher Erfolg, zu dem wir der Gruppe unseren herzlichsten Glückwunsch aussprechen.

In diesen Tagen ist den einzelnen Gruppen in den verschiedenen Revieren Agitationsmaterial zugelandt worden. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses Material sofort in geeigneter Weise zur Verteilung gebracht werden muß.

Rednerschulung.

Jeden Dienstag und Donnerstag, abends 8 Uhr, in Merseburg, Saal Nr. 1. Die Kameraden aus den Bezirken Halle und Geiseltal werden besonders hierauf aufmerksam gemacht.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena.

Vortragskalender:

Montag,	26. 11. 28	Benndorf
Dienstag,	27. 11. 28	Lobstedt
Donnerstag,	29. 11. 28	Thrana
Freitag,	30. 11. 28	Lützenendorf
Montag,	10. 12. 28	Börsau
Dienstag,	11. 12. 28	Neuzetsch
Donnerstag,	13. 12. 28	Borna
Freitag,	14. 12. 28	Trebniß
Montag,	17. 12. 28	Benndorf
Dienstag,	18. 12. 28	Kieritzsch
Mittwoch,	19. 12. 28	Braunsdorf
Donnerstag,	20. 12. 28	Lützenendorf

Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königsstr. 71.

Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Bereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens
aber einmal im Monat und wird
den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten
an die Druckerei Ewald Schellenbeck,
Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 23. Dezember 1928

Nr. 10

Ein deutsches Weihnachtsgebet.

Von Rudolf Herzog.

Laßt uns die Häupter neigen
Ein stilles Vaterunser lang,
Es zieht ein tiefes Schweigen
Durch deutsche Lande bang,
Ein lautlos fiebernd Fragen:
Wo geht der Weg? Wo steht der Stern?
Uns bleibt nur eins zu sagen:
Wir harren auf den Herrn.

Aus Davids Blut erkiesen,
Kam einst der Held, von Lieb' durchloht.
Sein Ahn erschlug den Riesen,
Der Entel zwang den Tod.
Uns hält ein Traum umschlossen
Vom Held Armin, der Ketten bricht,
Wir har'n des Hermanns sprossen,
Der deutsche Laute spricht.

Der in der Väter Sprache
Dem toten Volk den Beckruf heut,
Der in die öde Brache
Die Saat von Männern streut.
Der sie auf rauher Halde
Deutsch-Bethlehem erblicken läßt —
Im Teutoburger Walde
Gab's auch ein Wiegenfest.

Du Geist der alten Ahnen,
Wach auf in dieser Winternacht,
Wacht auf, ihr alten Fahnen,
Habt des Erlösers acht.
Schon ist sein Schritt zu spüren,
Er will aus Schmach und Bruderzwist
Ein Volk von Deutschen führen,
Das wert zu leben ist.

Allmächt'ger in der Wolke:
Und teilt dein Sohn mit dir den Thron,
So send dem deutschen Volke
Aus Hermanns Blut den Sohn.
Zur Winter Sonnenwende
Kein andrer Sang, kein andrer Klang.
Wir halten fest die Hände
Ein Vaterunser lang.

Weihnacht.

Frau Holle hat ihren weißen Schmuck über die Erde geschüttet. Wotan braust in den heiligen Julnächten mit seinen Gefellen durch das Land. So künden uns alte Ueberlieferungen aus germanischer Vorzeit. Diese Ueberlieferungen haben sich innig und wunderbar verwoben mit dem tiefsten und größten Geheimnis der christlichen Heilslehre. Weihe Nacht, geweihte Nacht, da der Erlöser geboren wurde im armseligen Stalle zu Bethlehem. Freue dich, du Christenvolk.

Das Weihnachtsfest wird wohl von keinem Volke so innig empfunden, so allgemein und festlich begangen wie vom deutschen Volke. Wer in fremdem Lande weiß, der puzt sich seinen Weihnachtsbaum und wenns nur ein kümmerlicher Zweig ist, entzündet Lichter und denkt an daheim. Heimatträume durchziehen in festlicher

Dämmerstunde sein Herz. Voll heißer Sehnsucht gedenkt er froher Jugendtage im Vaterhaus. Das tiefe deutsche Gemüt hat das Weihnachtsfest umwoben mit einem Zauber und einer Weihe, wie die Welt draußen sie nicht kennt.

So ist Weihnachten ein Bruderfest für alle Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen, ein Fest des Zusammengehörigkeitsgefühls, der Volksgemeinschaft für alle Kinder deutscher Muttererde.

Friede auf Erden! So singen und jauchzen die Engel bei der Geburt des Weltheilandes. Weihnachten — Friedensfest.

Ja wir haben Frieden. Er fing an mit Wilsons in 14 Punkten enthaltener Friedensbotschaft, die ein neues Zeitalter ewigen Friedens eröffnen sollte.

Für uns Deutsche begann dieses Zeitalter mit Versailles, dessen Bestimmungen man „Friedensvertrag“ nannte. Heiße Friedensworte begrüßten Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund. Nun wird alles sich wenden, ein goldenes Zeitalter bricht an, Deutschland gleichberechtigt im Rate der Völker. Honigsüße Worte flossen aus dem Munde fremder Staatsmänner. Sie sprachen Friede — es war Kirchhofsriede. Ein goldenes Zeitalter brach an — für die anderen.

Wir mußten schaffen, Gold schaffen und Goldeswert für die Reparationen und müssen es heute mehr denn je: jede Sekunde 80 Mark, jede Minute 4800 Mark, jede Stunde 288000 Mark, jeden Tag 7 Millionen — 365 Tage lang; unsere Kinder werden zahlen, unsere Enkel werden zahlen, zahlen . . .

Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

Locarno, Thoiry triefsten nur so von Frieden- und Freundschaftsbeteuerungen, Deutschland horchte auf, nun wird sich alles wenden. Das Rheinland wird frei von fremder Besatzung, es gibt Zahlungserleichterungen. So zogen wir hoffnungsvoll von einer Sitzung des Völkerbundes zur andern, Genf schwamm in Friedenswonne, und wer im lieben deutschen Vaterlande nicht an die wohlklingenden Worte glaubte, dem haute man den Schädel ein. Lugano war die letzte Etappe. Haben wir Erleichterungen bekommen? Ist das Rheinland oder auch nur die 2. Zone geräumt?

Zum 10. Male begeht das Rheinland sein Weihnachtsfest unter fremden Bajonetten. Friedensfest.

Von draußen können wir Frieden und Recht nicht erhoffen. Das sollte schließlich jedem deutschen Volks-

genossen klar geworden sein. Und trotzdem verzehrt sich das Volk in innerem Hader und Streit. Klassenkampf tobt mit einer nie gekannten Heftigkeit. Klassenkampf im Innern gegen die eigenen Volksgenossen, Verständigung mit denen, die unsere Vernichtung wollen. Noch in diesen Tagen sprach ein französischer Abgeordneter in der Kammer die Worte: Unser Bestreben muß sein, Deutschland zu zerstückeln. Nur nicht einig werden lassen! Darin aber liegt unser Heil: im einheitlichen nationalen Willen. Das ist die einzige Waffe eines wehrlosen Volkes.

Verständigung im Innern! Friede im Innern! Deutscher Arbeitnehmer, deutscher Arbeitgeber erkenne Deinen Bruder, erinnere Dich zur Weihnachtszeit Deiner Pflichten, die Du gegenüber den Volksgenossen hast. Reicht Euch die Bruderhand. Habt gemeinsames Wollen zu gemeinsamem Handeln. Baut gemeinsam am deutschen Hause. Schachtet aus, grabt in Euren Herzen tief innen, baut ein Fundament auf Verständnis und Vertrauen. Laßt Wertgemeinschaft werden, auf daß Friede werde im Volke und Volksgemeinschaft.

In diesem Gedanken begehen wir das Weihnachtsfest, das für uns symbolisch ist in vielfacher Beziehung. Der Welterlöser, der in der Christnacht geboren ist, mußte sterben an einem Karfreitag. Aber wir wissen, daß noch immer auf einen Karfreitag ein lichter Ostermorgen gefolgt ist. Und so hoffen auch wir, ja wir wissen in unserer unerschütterlichen Liebe zum Volke, daß dereinst wahrer Friede auch uns bescheren wird. Dann werden wir wieder ein rechtes Weihnachtsfest begehen, ein wahres Friedensfest.

Frohe Weihnacht!

Der Friedhof der Wirtschaft.

Es ist in den letzten Monaten wieder recht viel von Sozialisierung gesprochen worden. Da dieses Wort aber nicht mehr so richtig zieht, nennt man es „Wirtschaftsdemokratie“. Die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Kongresses in Hamburg haben gezeigt, daß nach Auffassung dieser Gewerkschaft kein Unterschied zwischen Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus besteht.

Auch in den Vorberatungen zum Reichswirtschaftsrat, die jetzt wieder einmal lebhafter gepflogen werden, spielt die Sozialisierung eine bedeutende Rolle. Aber es ist merkwürdig, daß immer nur von denjenigen Betrieben und Wirtschaftszweigen die Umwandlung in einen sozialisierten Betrieb gefordert wird, die die größten Schwierigkeiten im Konkurrenzkampf bereits hinter sich haben und deren Rentabilität gesichert ist. Aus diesem Grunde wendet sich die Aufmerksamkeit der Sozialisierungsfanatiker in erster Linie auf die Monopolbetriebe, die den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf nicht mehr zu fürchten haben.

Diese Tatsache muß zu gedenken geben. Es ist kein Kunststück, einen Betrieb zu übernehmen, der schon etwas einbringt und ihn vielleicht dazu noch aus öffentlichen Mitteln sicher zu stellen. Die Sozialisierungsbeflüßten sollten doch vielmehr ihre Aufmerksamkeit jenen wirtschaftlichen Betrieben und Industriezweigen zuwenden, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Aber davon will man nichts wissen. Davon will man auch nicht sprechen, denn wenn die Arbeiterchaft sich klar machte, daß die großen

Betriebe, deren Sozialisierung sie anstreben, immer nur einzelne sind, die auf Grund der Tüchtigkeit und vielleicht auch des Glücks ihrer Führung unter vielen anderen hochgekommen sind, die dieses Ziel nicht erreicht haben und im Konkurrenzkampf auf der Strecke geblieben sind, dann würde sie der Frage der Sozialisierung wahrscheinlich ganz anders gegenüber stehen.

Aus diesem Grunde ist ein Gang auf den Friedhof der Wirtschaft immer recht nützlich und regt zum Nachdenken an. Der Friedhof der Wirtschaft ist die statistische Tabelle der Konkurse. Wir führen in der nachfolgenden Zusammenstellung für die Jahre 1913, 1924, 1925, 1926 und 1927 die Anzahl der Konkurse in den verschiedenen Gewerbezweigen an:

Konkurse im Deutschen Reich in den Jahren 1913, 1924 bis 1927.

Beruf, Erwerb oder Geschäftszweig	1913	1924	1925	1926	1927
Land- u. Forstwirtschaft	429	68	154	265	160
Kunst- u. Handelsgärtnerei	65	9	22		
Tierzucht	6	—	5		
Bergbau, Salinenwesen, Torfgräberei	34	33	42	19	4
Industrie der Steine u. Erden	232	88	183	195	87
Metallerarbeitung	406	234	525	400	182
Maschinenindustrie, Apparatebau	410	585	914	740	305
Chem. Industrie	79	81	155	170	63
Ind. der forstw. Nebenprodukte	36	44	76	—	—
Textilindustrie	208	148	328	426	115
Papierindustrie	79	49	78	140	83

Beruf, Erwerb oder Geschäftszweig	1913	1924	1925	1926	1927
Lederindustrie	123	92	189	133	48
Kaufschuß- u. Asbestind.	—	—	—	17	8
Ind. der Holz u. Schnitzstoffe	610	269	572	510	250
Maschinen- u. Spielwarenind.	—	—	—	44	24
Industrie der Nahrungsmittel	1000	389	803	651	389
Bekleidungsgewerbe	911	508	919	946	310
Reinigungsgewerbe	56	4	17	—	—
Baugewerbe	913	114	384	390	307
Graphisches Gewerbe	75	26	57	—	—
Künstlerische Gewerbe	34	11	19	—	—
Wasser-, Gas- u. Elektrizitätserzeugn. u. Versorgung	—	—	—	3	3
Handelsgewerbe	5211	5010	8805	8677	3632
Davon Warenhandel	(4712)	(4684)	(8280)	(8190)	(3362)
Versicherungsgewerbe	27	19	25	24	3
Verkehrsgewerbe	136	57	128	105	63
Gast- u. Schankwirtschaft	749	77	206	241	169
Sonstige	897	119	198	1733	1655
insgesamt:	12756	8034	14805	15829	7870

Sicherlich sind unter diesen zahllosen Geschäftsbetrieben, die in den angeführten Jahren zusammengebrochen sind, viele enthalten, deren Geschäftsleitung untüchtig war und die es vielleicht auch im Interesse der Gesamtwirtschaft garnicht verdienten, weiter geführt zu werden. Aber wie viele Tausende und Abertausende sind darunter gewesen, die mit dem besten Wissen und Können ihres Leiters ins Leben traten und die im harten Konkurrenzkampf trotzdem gescheitert sind. Welch eine Anzahl begrabener Hoff-

Schamlose Ausbeutung durch die Gewerkschaften.

Wenn man einen Blick in die Gewerkschaftspresse tut, findet man nahezu täglich Äußerungen der Entrüstung über einzelne Fälle untertariflicher Entlohnung von Arbeitskräften. Heute gelst ein Notschrei ausgebeuteter Verkäuferinnen zu den Lesern, morgen entrüstet man sich sittlich und vernehmlich über die unerhörten Hungerlöhne von Kaufmannsgehilfen. „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“. „Unterschlagungen, Diebstahl aus Not“. Jedes Verbrechen, jede Straftat wird dem verruchten Ausbeutungssystem zugeschoben.

Schuld hat an allem der „Kapitalist“ der auch manchmal abgebildet wird im Lohnsessel sitzend, natürlich Schwergewicht, nicht unter zwei Zentner, Börsen- nachrichten lesend, dicke Zigarren, Pulle Kognak . . . wie er sich das Leben eines Kapitalisten vorstellt, der Herr Gewerkschaftssekretär nämlich, der natürlich zu den Notleidenden gehört (wenigstens in den Versammlungen), dem man das Vaterunser aus sämtlichen Knochen herauslesen kann, er, der Aermste der Armen, der nur den Beruf in sich fühlt, den notleidenden Volksgenossen Hilfe und Erleichterung zu schaffen, dessen Denken sich erschöpft in Tarifen.

Wir können uns ja alle diesen und jenen uns vom Ansehen bekannten „Arbeiterführer“, Konsum- verwalter, Lagerhalter usw. vorstellen, diese ausgemergelten, im Dienste der Arbeiterklasse sich verzehrenden Glendsgestalten, die immer Gegenstand unseres Mitleids sind, wenn wir ihrer ansichtig werden.

Sie kämpfen (wie die Löwen) um menschenwürdige Löhne. Tarif ist ihnen alles. Untertarifliche Entlohnung ist das größte Verbrechen, auf das eigentlich fünf Jahre Zuchthaus stehen müßte.

Wie siehts aber nun bei ihnen selbst aus? Nach dem Augenschein zu urteilen, sicherlich besser als bei uns Kumpels. Und wie ist mit den angestellten Kräften der Herren? Ja, Bauer, das ist etwas anderes. Das

nungen liegt in dieser Tabelle. Wie viel Menschen haben hier in der Hoffnung auf einen späteren Gewinn ihr Geld in wirtschaftliche Unternehmungen gesteckt und haben es dann verloren. Und wenn diese wirtschaftlichen Unternehmungen nicht gescheitert wären, sondern sie hätten sich fortentwickelt und vergrößert und hätten dann auch eine Rente abgeworfen, dann, nach den Jahren der Opfer, des Risikos und der großen Schwierigkeiten, die jedes Unternehmen im Konkurrenzkampf überwinden muß — dann, will man, nein, wollen Leute, die nichts von diesen Sorgen wissen, die nichts von diesem Risiko getragen haben, den Betrieb sozialisieren, d. h. enteignen. Nicht Eigentum, sondern Enteignung ist Diebstahl.

So lange sich die Augen der nach Sozialisierung Strebenden nur auf die gutgehenden Betriebe richten und nicht dabei in Rechnung stellen, was die Geldgeber dieser Betriebe in den ersten Jahren des Unternehmens für Risiko getragen haben, wird sich immer ein schiefes Bild ergeben. Diejenigen Arbeitnehmer aber, die über die wirtschaftlichen Zusammenhänge ernsthaft nachdenken und sich nicht von politischen Schlagworten beeinflussen und verleiten lassen, werden der Frage der Sozialisierung mißtrauisch und ablehnend gegenüber stehen, wenn sie an die vielen gescheiterten Betriebe und die Tatsache denken, daß die heute bestehenden großen Unternehmungen, die angeblich „sozialisierungsreif“ sein sollen, auch nur unter großen Opfern und Risiko ins Leben getreten und über die erste Zeit hinweggeführt worden sind.

versteht der Unverstand der Massen wieder nicht. Da gibt es keinen Tarif.

Da wird die schamloseste Ausbeutung getrieben, da gilt auf einmal der Tarif nicht mehr. Es ist oft genug bereits die Rede gewesen von tariflichen Abmachungen hohnsprechenden Zuständen in einzelnen Konsumvereinen. Dem gewerkschaftlichen Ausbeutungssystem aber setzt die Krone auf folgender Vorfall, den wir nachstehend berichten:

Ein Buchhalter in Plauen i. V. hat sich um eine Buchhalterstelle beim Gewerkschaftshaus beworben und erhält folgende Antwort:

Gewerkschaftshaus Plauen i. V., den 3. 8. 1928.
Pausaerstraße 95. - Telefon 385

Herrn

Antwortlich Ihrer werten Offerte teile ich Ihnen mit, daß ich bereit bin, Sie auf vierwöchentliche Probezeit zu engagieren. Gehalt 140.— RM. (Einhundertvierzig RM.), zahlbar in zwei Teilen am 1. und 15. jeden Monats.

Aufmerksam machen muß ich Sie aber im Voraus darauf, daß im Falle Ihres Verbleibens bei uns der ortsübliche Tarif nicht in Frage kommen kann, da wir dazu nicht in der Lage sind. Wir würden uns sonst gezwungen sehen, eine billigere weibliche Kraft einzustellen.

Sie wollen uns schriftlich mitteilen, ob Sie geneigt sind, unter diesen Bedingungen bei uns probe- weise einzutreten.

Hochachtungsvoll

B. S.

So sehen diese Volksbeglücker bei Licht besehen aus. Sehen, nur sehen, dafür werden sie ja bezahlt, von unsern Groschen nämlich. Aber wenn sie selbst Arbeit zu vergeben haben, wenn sie selbst Arbeitgeber sind, dann zeigen sie ihr wahres Gesicht:

Ausbeuter schlimmster und gemeinster Art!

Kameraden, reißt ihnen die scheinheilige Maske vom Gesicht herunter. Sagt es den unaufgeklärten Arbeitskollegen, die noch nicht klug und lebend geworden sind. Selbt mit, daß diese irregeleiteten Kollegen auf den

rechten Weg kommen und herfinden zu uns. Wir brauchen keine Sekretäre und keine Vormünder. Wir haben unser Schicksal selbst in die Hand genommen und wir werden es meistern. Mit uns ist die neue Zeit und unser ist die Zukunft.

Stimmen aus England.

Der bekannte englische Arbeiterführer Ramsay MacDonald prägte kürzlich ein bemerkenswertes Wort. Er sagt, daß die Art der Methoden, den Arbeitsfrieden zu sichern, von geringerer Bedeutung sei, als das Vorhandensein des Wunsches auf beiden Seiten zu einer friedlichen gemeinsamen Arbeit. Er sagte ferner, daß zwar die alte Feindschaft zwischen den Trade-Unionisten und den Arbeitgebern ihre historische Berechtigung habe, aber heute als unmodern und überlebt bezeichnet werden müsse und er betont, daß die gewöhnliche Mentalität des bürgerlichen oder industriellen Krieges nichts als Armut, Verringerung der Kaufkraft und nationalen Niedergang nach sich ziehen könne.

In ähnlichem Sinne äußert sich der Generalsekretär der „T.U.C.“, des Generalverbandes der Trade-Union. Dieser schreibt in der eindringlichsten Weise, daß die Arbeitnehmerv Verbände in gemeinschaftlicher Arbeit eifrigst dazu beitragen müßten, die rationellsten Erzeugungsmethoden zu fördern, die Verschwendung zu vermindern und alle Ursachen gegenseitiger Reibungen und Konflikte aus dem Wege zu räumen, denn nur eine möglichst große Erzeugung der Industrie könne eine allmähliche Hebung der Verhältnisse des Arbeiters bringen.

Auch unseren Arbeitern sollten diese Mahnungen englischer Arbeiterführer zu denken geben.

Aus der Bewegung.

Bezirk Borna. Veranstaltungen und Versammlungen im Monat November.

16. 11. Werksgruppe A. S. W. Böhlen, Monatsversammlung. Der 1. Vorsitzende Kamerad Zäbisch behandelt im geschäftlichen Teil als wichtigste Punkte die Beitragshöhe und die Beitragszahlungen, ferner die beabsichtigte Einrichtung der Werksparkasse. In reger Aussprache wurde die allgemeine Zustimmung zu den Vorschlägen des Vorstandes festgestellt.

Kam. Martin hielt einen längeren Vortrag über das Thema „Sozialpolitische Betrachtungen mit besonderer Berücksichtigung des Reichsknappschaftsgesetzes“, und verstand es die Kameraden zu fesseln. Am den Vortrag schloß sich eine Aussprache an.

22. 11. Werksgruppe Kraftl. Thra, Monatsversammlung. Der 1. Vorsitzende, Kamerad Jahn, behandelte die einzelnen Punkte der Tagesordnung, aus welcher folgendes als wichtigstes hervorzuheben ist: Spargelder, Wahl des Schiedsobmannes, Gemeindevahlen. Die Vorschläge des Vorstandes fanden nach allgemeiner Aussprache Zustimmung.

Im Anschluß an den geschäftlichen Teil hielt Kamerad Jahn einen interessanten Vortrag: „Rückblick auf die vergangenen 10 Jahre“, der mit dankbarem Beifall aufgenommen wurde.

2. 12. Werksgruppe Braunkohlenwerk Borna A. S. Monatsversammlung. Nach der Neuaufnahme von Kameraden gab Kam. Engelmann einen kurzen Ueberblick über die Schulungs- und Reberkurse der A. S. W. Die weiteren Punkte der Tagesordnung behandelte der 1. Vorsitzende, Kamerad Morgenstern. Die rege Beteiligung an der Aussprache zeigt das große Interesse, daß die Kameraden an der allgemeinen Arbeit in unserer Bewegung haben.

2. 12. Werksgruppe Dora und Helene, Großzößen, Monatsversammlung. In dieser sehr gut besuchten Versammlung wurde in erster Linie das in Aussicht genommene Weihnachtsfest behandelt, welches die Gruppe für ihre Familienangehörigen veranstalten will.

Wie bereits im vorigen Monat veranstaltete der Bezirk auch in diesem Monat einige Vortragsabende, die recht gut besucht waren. So sprachen am 27. 11. Herr Dr. Hoffmann-Ruzsichke, Halle über die „Internationale“ in Lobstädt, und am 29. 11. Herr Barts, Halle, in Thra über „Politische Fragen“.

Die nächsten Vollversammlungen finden statt

Werksgr. Witzniger Kohlenw., Sonntag, d. 16. 12. 4 Uhr nachm. Borna.
Dora u. Helene, Sonntag, d. 30. 12. 3 Uhr nachm. Großzößen.
„ A. S. W. Böhlen, Sonnabend, den 15. 12. 6 1/2 Uhr abds. Böhlen.
„ Breunsdorf, Sonntag, d. 13. 1. 29. 3 Uhr nachm. Rieritzsch.
„ Kraftl. u. III., Sonntag, d. 16. 12. 7 Uhr abds. Thra.

Bezirk Geifetal. Beunaer Kohlenwerke. Am Sonntag den 25. November fand im Gasthof „Wünsche“ in Oberbeuna die Monatsversammlung der Arbeitnehmer-Vereinigung der Beunaer Kohlenwerke statt. Anlässlich des Totensonntags wurde die Versammlung zu einer kleinen Gedenkfeier für unsere verstorbenen Kameraden. Kamerad Steindorf sprach über das Leben und Wirken dieser Kameraden in unserer Bewegung. Die Versammlung ehrte sie durch ein stilles Gedenken. Anschließend wird in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1: Aussprache über den Ausschluß

einiger Kameraden. Punkt 2: Besprechung über innere Angelegenheiten. Punkt 3: Verschiedenes. Zu 1. werden die Maßnahmen des Vorstandes anerkannt. Zu 2. bittet der Vorsitzende, da er zugleich Vorsitzender der A. M. B. ist, ihn vom Vorsitz zu entbinden. Der Vorschlag, bei der in der Generalversammlung stattfindenden Vorstandswahl einen jüngeren Kameraden zu wählen, wird den Mitgliedern bekanntgegeben, um geeignete Kameraden vorzuschlagen. Aus der Bewegung berichtet Kamerad Steindorf über Gründung von Werkgemeinschaften auf anderen Werken. Diese erfreuliche Tatsache wird von der Versammlung begrüßt, zeigt sie doch, daß es vorwärts geht. Die Weihnachtsfeier und Bescherung unserer Kinder fand am Sonntag, den 16. Dezember, 16⁰⁰ Uhr bei „Wünsche“ statt. Um ein festes Zusammenarbeiten zum Besten unserer Bewegung herbeizuführen, wird den Mitgliedern empfohlen, Fragen die im Betriebe entstehen und einer Regelung bedürfen, in der Versammlung einzubringen. Die Einrichtung von Schlichtungsstellen ist geplant. Der Vorstand erbittet hierzu Ratsschlüsse und Wünsche der Kameraden. Den Delegierten soll dadurch Gelegenheit gegeben sein, diese Wünsche bei den Gemeinschaftssitzungen anzubringen. Zu 3. teilt der Vorsitzende die Zusage der Direktion mit. Der gewünschte Fahrdrachschuppen wird in nächster Zeit gebaut.

Da weiter keine Anträge vorliegen, wird die Versammlung vom Vorsitzenden mit dem Wunsch, auf zahlreiches Wiedersehen bei der Weihnachtsfeier, um 18⁰⁰ geschlossen.

Bezirk Meuselwitz. Werksgemeinschaft Grube Schaebe, Zippendorf, Gründungsversammlung. Ein Kreis von Belegschaftsmitgliedern der Grube Schaebe hatte sich am 30. 11. 1928 im Gasthof zur „Goldenen Weintraube“ in Meuselwitz versammelt um sich den Schlussvortrag einer Vortragsreihe anzuhören. Die Aussprache über das behandelte Thema „Die praktische Arbeit in der Werksgemeinschaft“ brachte den Antrag auch auf Grube Schaebe eine Werksgemeinschaftsgruppe zu gründen. Nach längerer Aussprache erfolgte die Gründung, sämtliche Anwesenden traten der Gruppe bei. Nach Erledigung verschiedener Anfragen konnte die Versammlung geschlossen werden.

1. Mitgliederversammlung. Am 14. 12. 28 hielt die neugegründete Gruppe ihre erste Monatsversammlung in Zippendorf im „Ratskeller“ ab. Sämtliche Mitglieder waren erschienen. Nachdem die Niederschrift der Gründungsversammlung verlesen und genehmigt war, hielt Kamerad Sporbert einen längeren Vortrag, in welchem er das Programm für die zukünftige Arbeit innerhalb der Gruppe entwickelte. Die sich hieran knüpfende Aussprache ergab volle Zustimmung zu den Anträgen, aus denen zunächst nur der auf baldige Schaffung einer „Wohlfahrtskasse“ herausgehoben sei. Die anschließende Vorstandswahl brachte folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzende: Kamerad Paul Sporbert, Zippendorf
2. Schriftführer: Kamerad Rudolf Burkhardt, Zippendorf
Kassierer: Kamerad Otto Helbach, Meuselwitz

Nach Vollziehung mehrerer Neuaufnahmen Kamerad Sporbert ein beifällig aufgenommenes Referat über „Die soziale Lage“, an welches sich noch eine lebhafteste Aussprache anschloß, ehe der Vorsitzende gegen 12 Uhr die erste Mitgliederversammlung mit dem alten Bergmannsgruß „Glückauf“ beschließen konnte.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena. — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71.

l²

von Va 382

4^o

+

(1/3, 1928/30)

Zeitung

ULB Halle 3
009 060 669



Wilh. Felger
Buchbinderei
Halle a. S., Gr. Nicolaistr. 8





Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71-72

1. Jahrgang

Halle (Saale), den 15. April 1928

Nr. 1

Pos: Va 382.4



Zum Geleit!

Unser Mitteilungsblatt, das bisher nur in einfachster Form auf einem Vermehrfertigungsapparat hergestellt werden konnte, erscheint ab heute in der vorliegenden Gestalt. Es ist nichts Welterstatterndes dies kleine Blättchen. Aber es ist unser Blatt. In aller Stille, kaum bemerkt in dem Wirrwarr des vielgestaltigen öffentlichen Lebens, hat sich unsere Bewegung aus kleinsten Anfängen heraus entwickelt. Die Osterkonferenz 1928, über die an anderer Stelle dieser Nummer noch zu berichten ist, bedeutet einen Wendepunkt in unserer Entwicklung. Dies Auferstehungsheft 1928 wird in unser aller Gedächtnis haften bleiben, bedeutet es das für unsere Bewegung ein Auferstehen aus dem Dunkel, aus dem Nichts. Die



Organ zu schaffen, das wir heute erstmalig hinausenden. Wir können geschafft. Trotz unserer geringfügigen Beiträge können wir heute dank der ehrenamtlichen Tätigkeit unserer Vorstandsmitglieder und Obleute offen.

enen, unsere Interessen in der Öffentlichkeit wahrzunehmen, ein Band er und Freunde, alles Wissenswerte unsern Mitgliedern zugänglich zu gegenüber Verhegung und Lüge. Dienen wollen wir mit unserm Blatt und damit uns selbst; denn jeder von uns ist ein Glied der Wirtschaft. in der Wirtschaft Tätigen organisch mit einander verbunden sein müssen; lebendigen Organismus wie auch in jedem einzelnen Werk. Wir setzen in aller im Werk, in der Wirtschaft, im Volk. Gemeinschaft ausgehend amilie, auf sittlicher Grundlage fußend, erfüllt von Verantwortungs- n: das ist unsere Parole. Das ist unser Ziel. Und an der Verwirklichung iten. Das haben wir uns gelobt, das werden wir auch halten. Und eichen müssen dem Wonnemond, wie Eis und Schnee schmelzen müssen ie Natur sich auffauchzend schmückt mit den Farben des Frühlings und leid und Haß, Mißgunst und Unverstand überwinden, bis uns endlich zu aber Bedarf es der Mitarbeit aller, Unternehmer und Arbeitnehmer. rüwärts geschaut, sondern vorwärts den Blick und aufwärts gerichtet! Es gibt keinen Grund, wenn die Welt voll Teufel wär, es muß uns doch gelingen.

Com.

